Frankfurter
StudentInnenzeitung

diskus

NR.4 · DEZ.1990 · 39.Jahrgang

editorial

Der **diskus** füllt neuerdings nicht nur die eigenen Seiten, sondern auch die anderer Zeitungen: der Frankfurter Rundschau und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Zunächst zu den eigenen: Eigentlich hätte der **diskus** schon zu Semesterbeginn erscheinen sollen, doch ergab sich eine Verzögerung, die in Zusammenhang mit seiner Satzung steht. Als Voraussetzung für sein Erscheinen müssen zunächst fünf HerausgeberInnen vom StudentInnenparlament gewählt werden. Diese Wahl wäre zum Ende des letzten Semesters fällig gewesen. In etwas veränderter Zusammensetzung kandidierte die Gruppe erneut, die nach zweieinhalbjähriger Zwangspause des **diskus** die StudentInnenzeitung wieder aufbaute. GegenkandidatInnen gab es nicht. Doch trotz der Absprachen in der AStA-Koalition aus Jusos, Grünen und Linker Liste, die zusammen mit den Feministisch Autonomen Uni Frauen die Mehrheit im StudentInnenparlament stellen, verhinderte ein Juso-Mitglied die Wahl. Eine politische Begründung abzugeben, befand er nicht für nötig.

Bereits in den sechziger und siebziger Jahren geriet der **diskus** immer mal wieder in die Klemme. Doch waren es damals ein CDU-Bundestagsabgeordneter, der den **diskus** auf die anti-kommunistische Linie der Bundesregierung bringen oder wechselnde Universitätspräsidenten, beziehungsweise der Akademische Senat, die den Geldhahn zudrehen wollten. Angriffsursache war immer, daß sich der **diskus** eine von den Institutionen unabhängige Arbeitsform bewahrt hatte, die dazu führte, daß sich aus kontinuierlicher Auseinandersetzung mit universitären, politischen und kulturellen Themen ein Kritikpotential herausgebildet hatte, das machtpolitischen Interessen zuwiderlief. Da der **diskus** aus öffentlichen Geldern finanziert wurde und wird, zunächst teilweise aus Mitteln der Landesregierung, später ganz von StudentInnenschaftsgeldern, wurden ihm von seinen Gegnern ein Repräsentationsanspruch entgegengehalten, der jede substanzielle Kritik mit dem Pluralismusargument zu erschlagen trachtete. Dies entspricht einer Auffassung, daß Publikationen die Meinung ihrer Finanziers vertreten sollten, im Falle der Studentinnenschaft bestünde sie mehr oder weniger in der allgemein herrschenden.

Trotz mehrerer erzwungener Unterbrechungen konnte sich der **diskus** behaupten und entwickelte sich zu einem Organ der Gegenöffentlichkeit. In den siebziger und Anfang der achtziger Jahre sah er sich den sozialen Bewegungen verbunden, die Universität hatte eine gewisse Politisierung erfahren, in der der **diskus** eine wichtige Rolle spielte.

Die Universitätsspitze hatte ihren Kampf gegen die Zeitung inzwischen aufgegeben, stabile Spontimehrheiten im StudentInnenparlament sicherten eine dauerhafte Arbeit ab. Doch 1984 hatte der **diskus** plötzlich einen neuen Gegner. Damals hieß es im editorial: „Die vielfältigen Diskussionsprozesse innerhalb der neuen Linken, die den politisch-kulturellen Ort des ‚diskus' bestimmten, waren immer Angriffen seitens der Rechten ausgesetzt. Daß nun aber auch die Jusos versuchen, den ‚diskus' *mit allen Mitteln* umzugestalten, ist neu." Die Juso-Fraktion hatte, obwohl mit der Undogmatischen Linken im AStA, die HerausgeberInnen im StudentInnenparlament abgewählt. Diesmal griffen *sie* das Pluralismusargument auf, meinten jedoch nichts anderes als die Glotzsche Parole nach der „Wiedergewinnung kultureller Hegemonie" seitens der SPD. Heute geht es nicht einmal darum.

Bereits bei den Haushaltsverhandlungen sahen sich die HerausgerInnen viel grundsätzlichem Widerstand, jedoch keinem politischen Argument, geschweige denn einer inhaltlichen Kritik ausgesetzt. Bemerkenswert ist, daß ständig die angeblich untragbare Höhe des Etats ins Feld geführt wird, obwohl er seit Anfang der siebziger Jahre nicht angehoben wurde – trotz Vervielfachung der Produktionskosten.

Der **diskus** versteht sich als politische StudentInnenzeitung, die in autonomer Redaktion die inhaltliche Bestimmung vornimmt und nicht wie die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten dem Parteienproporz unterliegt. Bereits in der Anfangsphase zu Beginn der fünfziger Jahre sollte der **diskus** eine wesentlich kritische Funktion erfüllen und das hieß auch damals kritisch im Gegensatz zur herrschenden bürgerlichen Öffentlichkeit. Wo inhaltliche Debatten möglicher gesellschaftlicher Veränderung dem Management der Krise weichen, ist auch heute noch an Vorstellungen von Gegenöffentlichkeit festzuhalten. Daß die Universität dabei zu sein scheint, sich gegen Kritik zu immunisieren, sollte diese nicht entwerten. Deren Wirkungsmächtigkeit erweist sich jedoch an verändernder Praxis.

Die Herausgeber und HerausgeberInnen wurden vor ein paar Wochen schließlich doch gewählt. Nachdem FAZ und Rundschau „den Tod der Legende im Jubiläumsjahr" an die Wand malten, reagierte der Unterbezirk der Jusos Frankfurt: „Wir halten es für unerträglich, daß einzelne Personen mittels ihres machtpolitischen Spieltriebs ohne politische Substanz politische Beschlüsse einer Juso-Gliederung konterkarieren."

die redaktion

impressum:
diskus
Frankfurter StudentInnenzeitung
Heft 4, November 1990

Anschrift:
diskus
Jügelstraße 1
(StudentInnenhaus)
6000 Frankfurt/M. 1

Tel.: 069/798-3188

HerausgeberInnen: Tim Darmstädter, Andreas Fanizadeh, Dagmar Ganßloser, Michael Hintz, Katharina Pühl.
Redaktionelle Mitarbeit: Rembert Baumann, Raymund Burghardt, Bernd Eichhorn, Gerhard Fischer, Christoph Kind, Birgit Michalek.
Für ihre freundliche Unterstützung bedanken wir uns bei:
Hannes Honecker, Karl Kopp und Lutz Schulenburg

Erscheinungsweise: vierteljährlich (zweimal pro Semester)
Satz: CARO-Satz/Wolfgang Röckel
Druck: CARO-Druck, Frankfurt/M.
Titelmontage: Henry Rapior
Auflage: 8000

inhalt

Soziologentag 4
Ein bißchen Kritik ...

Jagdszenen 6
aus Bockenheim

Golfkrise 7
Der Irre und die Irren

Verdammte Arabiens? 9
Ein Gespräch

Israels Linke 12
und die Golfkrise

Geheimbericht 14
über Marcuse-Geheimtagung

Marcuse-Experten 16
im Institut für Sozialforschung

Guten Morgen! 18
Rede an die Erstsemester

Mandarine im MERKUR 21
Bohrer, Dahrendorf und Oevermann

Leibwächter 27
Aus aktuellem Anlaß

Konki Kru 30

Lateinamerika 32
Tomás Borge und Sofia Montenegro an der Uni Ffm

Österreich 34
Schleicht's Euch, Piefkes

Wohnhaft: Hafenstraße 37

Der § 129 a 39
zu Gast an der Uni Hamburg

Rassismus 45
Eine Analyse von Etienne Balibar

Redaktionsschluß für den nächsten diskus ist der 12. Januar 1991

Öffentliche Redaktionssitzung im diskus-Raum (Raum 106, StudentInnenhaus, I. Stock) jeweils mittwochs 19.30 bis 22.00 Uhr.

Bürozeiten: Dienstags von 10 bis 13 Uhr und mittwochs von 14 bis 17 Uhr.

Thema der nächsten Ausgabe: Morgenland — Abendland

Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, können jedoch weder für sie haften noch in jedem Fall Korrespondenz führen. Die Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn ihnen entsprechendes Porto beiliegt.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

„Ein bißchen Kritik ist doch auch ganz chic"

Das SIfkI* auf dem 25. Deutschen Soziologentag

„Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?" — das ist schon lange keine Frage mehr, weder für Ralf Dahrendorf noch für das Gros der übrigen TeilnehmerInnen des 25. Deutschen Soziologentages, die sich wieder einmal zusammenfanden, um sich selbst und ihre Disziplin gebührend zu feiern. Erneut wurde Frankfurt zum Tagungsort gewählt, das bereits den Rahmen für den turbulent verlaufenen, heute beinahe legendären Soziologentag von 1968 geboten hatte. Auf ihn wurde auch häufig und gern verwiesen, doch geschah dies vorzugsweise in Form einer anekdotischen Verklärung („Schon damals haben die Linken niemals das Mikrofon wieder hergegeben, wenn sie es einmal in Besitz hatten ..") oder über den dezenten Hinweis darauf, selbst „damals", in stürmischen Zeiten und gegenüber der hartnäckigen Opposition von SDS und marxistischen Intellektuellen, die Positionen vertreten zu haben, die sie auch heute noch vertreten — und die deshalb auch um keinen Deut richtiger geworden sind, wie zu ergänzen wäre. Folgerichtig wurde — nach dem scheinbar offensichtlichen Sieg der „sozialen Marktwirtschaft" über den früher einmal real existierenden Sozialismus — auf gesellschaftskritische Fragestellungen dieses Mal weitgehend verzichtet und stattdessen ein neues Objekt der Begierde ausgespäht, welches den SoziologInnen ein neues Betätigungsfeld und ihrer Tagung das passende Motto geben sollte: statt um die Widersprüche des Spätkapitalismus ging es 1990 um die *Modernisierung moderner Gesellschaften.*

Damit war gewiß ein weites Terrain geöffnet, in dem sich soziologischer Erfindungsgeist austoben konnte, und an Vorschlägen darüber, welches denn der rechte Name für jenes soziale Gebilde sein könne, das gerade im Entstehen begriffen sei, bestand zu keiner Zeit ein Mangel: ob Risikogesellschaft, ob Informationsgesellschaft, ob post-industrielle Gesellschaft, ob post-moderne Gesellschaft — alles war erlaubt. Zwar riskierten derartige Versuche einer theoretischen Durchdringung des Gegenstandes mittels der systematisierenden Zusammenstellung von empirisch zu konstatierenden Phänomenen immer mal wieder, nicht so ganz ernst genommen und als „soziologische Kalauer" oder „semantische Weihnachtsbäume" abgetan zu werden, wie dies Ulrich Oevermann auf dem Soziologentag griffig formuliert hatte, doch ließ sich die Gilde der SozialwissenschaftlerInnen von solchen Einwänden nicht allzusehr beirren.

Allen Ernstes wurde vielmehr der Entwicklungsweg der „modernen Gesellschaften" — die von Wolfgang Zapf auf der Eröffnungsveranstaltung kurzerhand mit den sozialstaatlich regulierten marktwirtschaftlichen Systemen Westeuropas gleichgesetzt wurden — zum Modell erklärt, zumindest für die vormals realsozialistischen Staaten Osteuropas, wenn nicht gar für all die bislang aus unerfindlichen Gründen noch unterentwickelten Länder insbesondere der südlichen Erdhalbkugel. Nun muß fairerweise hinzugefügt werden, daß solche Ausführungen den meisten ZuhörerInnen ein skeptisches bis ungläubiges Kopfschütteln entlockt hatten. Das Manko blieb jedoch: Die realen Widersprüche entwickelter kapitalistischer Gesellschaften zu Beginn der 90er Jahre, die sich in Stichworte wie „ökologische Krise", Geschlechterkonflikt, die Zunahme innergesellschaftlicher Aggressivität gegenüber ethnischen oder sozialen Minderheiten oder die gegenwärtig einem neuen Höhepunkt zustrebende Militarisierung des Verhältnisses zwischen Erster und sogenannter „Dritter Welt" fassen lassen, blieben, von vereinzelten „ad hoc-Gruppen" zu diesen Themen abgesehen, auf dem 25. Deutschen Sozio-

logentag weitgehend ausgeblendet.

Ulrich Beck gebührt zumindest das Verdienst, die Zapfschen Worte nicht unwidersprochen gelassen zu haben. Die Antiquiertheit der von diesem vertreten westlichen Modernisierungstheorie wie auch die einer Vielzahl traditioneller Bindestrich-Soziologien wollte Beck dann auch keineswegs gelten lassen: „Und wenn wir sie nicht einfach bleiben lassen, diese Art von Soziologie, dann leben wir auch in dreihundert Jahren noch in dieser Kleinfamilien-, Klassen-, Berufs- und Industriegesellschaft." Beck war auch einer der wenigen, die auf die Konflikthaftigkeit der aktuell stattfindenden Modernisierungsprozesse der industriellen Gesellschaften explizit hinwiesen, gerade im Kontext der mehr und mehr globale Dimensionen annehmenden „ökologischen Frage". Die These einer von ihm als „Konflikt der Zukunft" angesehenen Auseinandersetzung zwischen jenen Ländern, die den Weg in die Moderne erst noch zu gehen versuchen, und denen, deren Erfahrungen mit ihr das Konzept einer „reflexiven Modernisierung", welches die negativen Begleiterscheinungen der Moderne zu überwinden sucht, attraktiver erscheinen läßt, besitzt somit einiges an Plausibilität.

Irritierend bleibt allerdings nach wie vor Becks These der *Universalisierung von Lebensrisiken*, an der er unverändert festhält, und damit die Relativierung *inner*gesellschaftlicher Antagonismen. Daß Schadstoffe im Trinkwasser auch vor den Trinkwasserhähnen von Generaldirektoren nicht haltmachen, kann ihnen niemand verdenken und leuchtet ein. Genauso müßte jedoch einleuchten, daß sich ein Generaldirektor im Falle einer zweifelhaften Trinkwasserqualität auf unnötige Risiken nie einlassen und bei drohender Unbill mit einem entsprechenden Sortiment an importierten Tafelwässerschen schadlos halten würde.

An diesem Punkt bleibt Beck freilich unscharf, so daß die kokettierende Aufforderung, die ausgerechnet ein Politiker an die in Frankfurt versammelte SoziologInnenschaft richtete, nämlich in Anknüpfung an die hiesige Tradition — gemeint war die der Kritischen Theorie — „der Gesellschaft den Spiegel vorzuhalten und sie notfalls auch zum Tanzen zu bringen" (OB Hauff auf der Eröffnungsveranstaltung), weiterhin ihrer adäquaten Beantwortung harrt. Ob von den auf dem 25. Deutschen Soziologentag versammelten ModernisierungsexpertInnen ein Beitrag erwartet werden darf, dieser Einladung praktische Folge zu leisten, darf jedenfalls einstweilen bezweifelt werden.

Was vom *SIfKi*, dem einzigen kritisch-interdisziplinären Institut an der Frankfurter Universität, das von StudentInnen betrieben wird, in dieser Hinsicht zu erwarten ist, steht zwar auch noch in den Sternen, doch ist ihm immerhin ein gewisses Bemühen nicht abzusprechen. Um sich nämlich nicht dem Vorwurf geistiger Überfliegerei auszusetzen, immer alles besser zu wissen, aber die politische Konfrontation letzten Endes zu scheuen, beschloß das SIfKi, den Sprung in die Arena des Soziologentages zu wagen und am abschließenden Freitags-Special mit dem Titel „Soziologie als Studienerfahrung" teilzunehmen. Der Mut sollte belohnt werden: tatsächlich war das SIfKi anschließend um eine Erfahrung reicher.

Wie von den Veranstalterinnen zu Beginn stolz angemerkt wurde, war dies das erste Mal in der Geschichte der Soziologentage, wo — unter Beteiligung von echten StudentInnen — Belange der Lehre verhandelt wurden und die momentan eher miesen beruflichen Perspektiven von SozialwissenschaftlerInnen größere Beachtung gefunden haben. Für das SIfKi war es deshalb beinahe Ehrensache, auch aus seiner Sicht einige Worte über die allseits konstatierte „Krise der Sozialwissenschaften" zu verlieren und die gängigen Strategien zur Bewältigung dieses Zustands einer kritischen Untersuchung zu unterziehen (vgl. dazu den Beitrag im nächsten SIfKi-Reader, der Ende November erscheinen wird).

Zunächst aber trugen die Teilnehmerinnen eines Kolloquiums zur Frauenforschung, das unter der Leitung von Professorin Ingrid Sommerkorn an der Universität Hamburg stattgefunden hatte und unter dem Titel „Soziologiestudium als Interaktionsprozeß — Wie Frauen miteinander lernen" angekündigt war, ihre Arbeitsergebnisse vor. Die individuelle Betroffenheit von Frauen im Wissenschaftsbetrieb sollte dort thematisiert und hierarchische Strukturen im Umgang miteinander abgebaut werden. Die Studentinnen berichteten über ihre im Kolloquium gemachten Erfahrungen sowie die Versuche, ohne einen entfremdet-verwissenschaftlichten Sprachjargon auszukommen, und eigentlich klang alles recht überzeugend, wenn auch der als Zaungast anwesende Wolfgang Zapf bereits nach zehn Minuten genug gehört hatte.

Leicht zu irritieren vermochte allein der erstaunlich autoritäre Duktus, ohne den die Frau Professorin nicht auszukommen schien. Dieser drängte sie offenbar dazu, alle Beiträge — seien es die der Kolloqiumsteilnehmerinnen oder Fragen aus dem Publikum — mit erläuternden Bemerkungen zu versehen, um sie von der alltagssprachlichen Betroffenheitsebene wieder abzukoppeln und damit sozusagen wissenschaftlich salonfähig zu machen. Eine Reflexion von hierarchischen Strukturen in der *eigenen* Gruppe und unter Einschluß der Diskussionsleiterin — im konkreten Fall gewiß eine spannende Frage — unterblieb somit genauso wie der Hinweis auf patriarchale Herrschaftsformen *jenseits* der Universität. Die Verklärung von Betroffenheit zum individuellen Problem und das hartnäckige Ignorieren ihrer gesellschaftlichen Bestimmungsfaktoren bieten daher kaum Anknüpfungspunkte für eine wie auch immer geartete emanzipatorische Praxis. Man/frau kann allerdings froh sein, daß derart verkürzte Begriffe von „Erfahrung" und von „Frauenforschung" eher die Ausnahme bilden und dem aktuellen Stand der in diesem Kontext geführten Debatten weit hinterherhinken.

Eine zweite Gesprächsrunde, die sich dem Abbau von Berührungsängsten zwischen SoziologiestudentInnen und „der Privatwirtschaft" gewidmet hatte und vorwiegend aus Frankfurter DiplomandInnen zusammengesetzt war, präsentierte als nächstes ihre Ergebnisse. Sie stammten aus einer „empirisch gesicherten Studie", in der von den StudentInnen durchgeführte standardisierte Interviews mit Unternehmern und Professoren (n = 16!) ausgewertet wurden, und die den ob ihrer unsicheren Berufsaussichten wohl arg frustrierten SozialwissenschaftlerInnen neuen Mut machen dürfte. Das Bild, das Personalchefs von SoziologInnen entworfen hätten, sei nämlich vielfach, so die Studie, von Vorurteilen durchsetzt („unzuverlässig", „wirtschaftsfeindlich", „aufmüpfig"), die sich aber leicht ausräumen ließen. Zudem sei „den Unternehmern" häufig nicht bekannt, mit welch hervorragenden Zusatzqualifikationen (Volkswirtschaft, Jura, Statistik, Psychologie) SoziologieAbsolventInnen für gewöhnlich bestückt sind. Die Chancen für eine „soziologische Unterwanderung" der Privatwirtschaft stünden mithin gar nicht schlecht, wenn sich zum einen erst mal herumgesprochen hätte, mit welch patenten Jungs und Mädels man es eigentlich zu tun habe und wenn zum anderen das Ausbildungsprofil der SoziologInnen stärker an die Erfordernisse beruflicher Praxis, vor allem in der Privatwirtschaft, angeglichen werden könnte.

Auch hier wurde auf ein wichtiges Moment hingewiesen, das die gegenwärtige „Krise der Sozialwissenschaften" kennzeichnet und sich in Form von Arbeitslosigkeit vieler ihrer AbsolventInnen manifestiert. Der gesellschaftliche Stellenwert der Soziologie hat in der Tat in den letzten Jahren stark abgenommen. Ob sich diesem Zustand allerdings dadurch Abhilfe schaffen läßt, daß man den Erwerb von Zusatzqualifikationen für zentral hält, sozialwissenschaftliche Kompetenzen hingegen zum Anhängsel degradiert und sich damit von der Soziologie tendenziell verabschiedet, wäre noch weiter zu diskutieren.

Das SIfKi hält demgegenüber eine solche Strategie für verkehrt und zweifelt daran, daß ausgerechnet der Leiter der Commerzbank-Filiale Bornheim-Ost einen Beitrag dazu leisten kann, das Ausbildungsprofil einer Frankfurter Soziologie-StudentIn den aktuellen Erfordernissen anzupassen und damit die Sozialwissenschaften aus der Krise zu führen. Deshalb beabsichtigte das SIfKi auch, auf dem Soziologentag einige Thesen zu den *Perspektiven einer Soziologie* zu formulieren, die sich als kritische Gesellschaftstheorie begreift, sich interdisziplinären Problemstellungen gegenüber offen zeigt und damit ihre Angemessenheit in der Erfassung zunehmend komplexer werdender sozialer Konfliktlagen zurückzu-

gewinnen trachtet.

Die Hoffnungen, sich auf diese Weise möglicherweise historische Verdienste um die Restrukturierung der in die Krise geratenen Sozialwissenschaften zu erwerben, wurden jedoch bereits nach wenigen Sätzen jäh gestoppt: „Zu theoretisch", „klingt ja ganz nach '68", „entsinnlicht und bedürfnisentleert" etc. hallte es durch den Hörsaal. Derweil räsonnierte Prof. Ingrid Sommerkorn darüber, daß „zwischen Hamburg und Frankfurt anscheinend mehr als 500 Kilometer liegen . . .", und eine Teilnehmerin ihres Kolloquiums assistierte, daß in Frankfurt die Konsequenzen aus dem „Scheitern der Kritischen Theorie an der Praxis" anscheinend immer noch nicht gezogen worden seien.

Am letzten Tag des Soziologentages wurde damit drastisch vor Augen geführt, welcher Stellenwert der häufig und gerne beschworenen „Tradition der Frankfurter Schule" tatsächlich beigemessen wurde. Zwar wurde das SIfKi hier in gewisser Weise mit fremden Federn geschmückt, doch hatten augenscheinlich einige Passagen seines Beitrag, in denen von „Interdisziplinarität" und „Kritik" sowie dem „schwindenden Status der Gesellschaftswissenschaften, insbesondere der kritischen" die Rede war, dazu ausgereicht, diese etwas schmeichelhafte Analogie herzustellen. Zugleich war das SIfKi damit als Spielverderber entlarvt, der die traute Harmonie dieses letzten Veranstaltungstages zu durchbrechen gewagt und das von den Organisatoren tolerierte Maß an alternativen wissenschaftspolitischen Positionen („Ein wenig studentische Kritik ist doch auch ganz chic!") hemmungslos überschritten hatte.

Daß das SIfKi auch aus der am gleichen Abend aufgezeichneten Rundfunksendung über „Soziologie als Studienerfahrung" wieder ausgeladen wurde, in der VertreterInnen der teilnehmenden Gruppen angehört werden sollten, war schon beinahe wieder konsequent. Absurd war diese Entscheidung nichtsdestoweniger, da die Befürchtung, daß durch eine Teilnahme des SIfKi die Konzeption der Sendung oder die von den VeranstalterInnen favorisierte sozialwissenschaftliche Modernisierungsstrategie gefährdet worden wären, das SIfKi zwar ehrt, aber in seinen subversiven Fähigkeiten — zumindest vorerst noch — maßlos überschätzt. Ob die Einschaltquote der Sendung vom Ausschluß des SIfKi tangiert worden ist, müßten unsere EmpiriespezialistInnen feststellen können. Vielleicht kommt sie ja mit n = 16 aus.

Reiner Hartel

* Studentisches Institut für kritische Interdisziplinarität, während des Universitätsstreiks 1988 an der Frankfurter Universität gegründet.

Jagdszenen aus Bockenheim

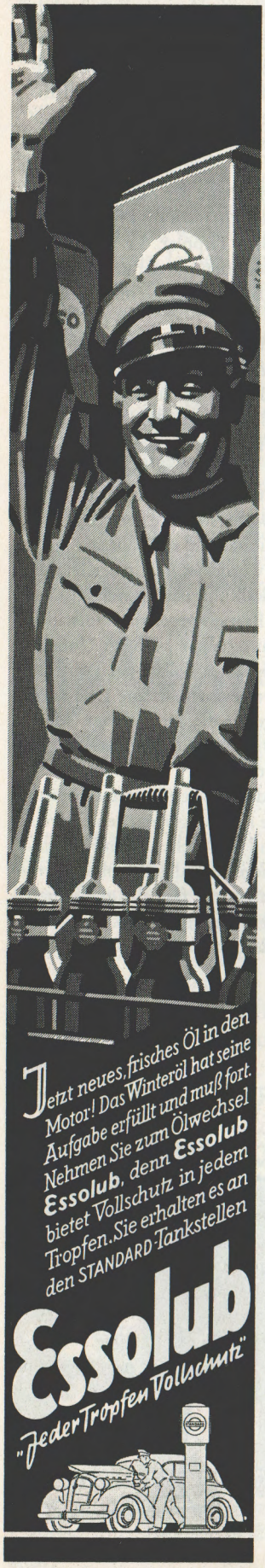
Die soziale Ausgrenzung der sogenannten *Minderheiten* spiegelt sich in der Informationspolitik der Medien wider: die Realität der Ausgrenzung findet in der Berichterstattung kaum Niederschlag, selbst wenn sie ihre schlimmsten Formen annimmt und sich in gewalttätigen Übergriffen auf Leib und Leben einzelner Gruppenangehöriger manifestiert.

Im folgenden drucken wir die Darstellung eines solchen Vorfalls ab. Gewöhnlich werden Informationen dieser Art nur über informelle Strukturen und die jeweiligen Szeneorgane weitergegeben. Über den *diskus* haben wir die Möglichkeit, ein breiteres Publikum und damit vielleicht auch mehr praktische Solidarität mit den Betroffenen zu erreichen.

Nach dem HIV-Positiven-Kongreß im Foyer des Hauptgebäudes der Uni am 29.9.1990, der schon im Verlauf massiv durch Steinwürfe und Anpöbeleien („Schwule Schweine" . . .) gestört wurde, griff eine Gruppe Jugendlicher, deren Mitglieder vorwiegend mit Bomberjacken bekleidet waren, drei schwule Männer an. Demütigungen, Beleidigungen und gezielte „Kicks" in die Nierengegend führten bei einem der drei Angegriffenen zu schweren Verletzungen. Das hätte den Tod für ihn bedeuten können — genauso wie für einen in der Schwulenbewegung engagierten Mann, der vor kurzem nach Verlassen eines Szenelokals in der Innenstadt niedergestochen wurde.

Daß ein solcher Vorfall sich auf dem Campus der Uni abspielte, der immer noch eine Nische zum Rückzug für andersdenkende und andersfühlende Menschen war, ist schier unglaublich. Gewalt gegen Frauen, Schwule, Lesben, Obdachlose, AusländerInnen und auch gegen freiere und emanzipiertere Männer und Frauen ist hier leider zur Alltäglichkeit verkommen. Alltäglicher Rassismus und alltägliche Ausgrenzung — alltägliche brutale Übergriffe hier auf den Straßen. „Es herrscht Krieg." Hier in Bockenheim, wo vor allem Frauen, Männer und soziale und politische Bewegungen zu einem freieren menschlichen Zusammenleben führten. Die damaligen Träume von freier Liebe und vom Rollenzwang und Dressur befreiten Mann scheinen völlig zerstört. Hier darf man(n) wohl kein Mensch mehr sein. Gezeigte Gefühle werden immer öfter mit Beleidigungen, „Kicks" und selbst lebensgefährlichen Angriffen beantwortet. Und es trifft vor allem jene, die im Wege des Finanzmetropolenwahns schon eh aus allen Lebensbereichen (vor allem Wohnwelt/WGs) gedrängt werden.

Bei den Tätern der Tat am Campus handelte es sich nicht, wie zuerst vermutet, um rechtsradikale Skins, sondern um bekannte Bockenheimer Jungs, die, vorwiegend in kleinen oder größeren Gruppen sich bewegend, durch einen zum Exzeß getriebenen Männlichkeitskult auffallen, sowie anscheinend nicht ertragen können, daß Frauen Politik machen, und nicht verstehen können, daß auch Männer Menschen sind, und als solche auch Gefühle äußern. Die extrem geschlechtsspezifische, patriarchal-hierarchische Struktur dieser Jugendlichen, besonders in einer Streetgang, wo „Männer" gelernt haben, ihre Gefühle und auch ihre weiblichen Wesensteile abzutöten, ist sicherlich eine der Ursachen, warum solche Jungs bei anderen das hassen, was sie selbst nicht sein dürfen. Welche Gründe auch immer — wir werden sowohl gegen die Täter als auch die Ursachen für solche Taten kämpfen. Wir — das Autonome Schwulenreferat und ein Netz von Initiativen bis hin zu autonomen Gruppen, oder einfach alle, die nicht wollen, daß hier in Bockenheim Menschen schon aufgrund ihrer menschlichen Gefühle, die sie auch körperlich ausdrücken, russisches Roulette spielen müssen.



Der Irre und die Irren

Hören wir Irak, denken wir an Saddam. Sadddam der Geiselgangster, Saddam der Kinderquäler, Saddam der Kurdenmörder, Saddam der Antisemit.

Mein Freund ist Tankwart. Er ist schon lange im Geschäft und hat mir alles erklärt:

Schau zum Beispiel den Iran an. Die Briten rufen um die Jahrhundertwende einen kleinen iranischen Oberst zum König aus. 1951 verstaatlicht die Regierung Mossadegh die Anglo-Persian Oil; der Westen reagiert mit einem internationalen Boykott iranischen Öls; die iranischen Demokraten verjagen den Schah. 1953 putscht die CIA, der Schah kommt zurück und der Westen kriegt wieder billig sein Öl. Der Iran wird zur Hegemonialmacht über den arabischen Raum aufgebaut. Schah-In-Schah Reza Pahlevi und Farah Diba sind ein Traumpaar für den Westen, die Linke stolpert derweil über Lenin, Mao oder Stalin. Die islamische Revolution macht der Narretei ein Ende, vernichtet die iranische Linke und fordert den Westen heraus. Da überfällt der Irak den Iran. Der Westen freut sich und beliefert zusammen mit der Sowjetunion und Israel beide Seiten mit Waffen. Gut dosiert, keinem zufiel, so daß der Stellungskrieg doppelt so lang wie der erste Weltkrieg dauert. In den letzten zwei Kriegsjahren ist doch noch passiert, was nicht hätte passieren sollen: der Irak siegt und verfügt durch freundliche Unterstützung des Westens über die stärkste Militärmaschinerie im arabischen Raum. Ich hab mir einen Artikel von Henryk M. Broder aus der taz aufgehoben. Ich les Dir mal ein paar Zeilen daraus vor:

„Dieselben Regierungen, die jetzt scheinheilig und verlogen ‚Wie konnte er nur?' rufen, haben wider besseres Wissen den Irak aufgerüstet und Saddam Hussein in die Lage gebracht, genau das zu tun, was er jetzt tut. 1981, nachdem Israel den irakischen Atomreaktor außer Betrieb gesetzt hatte, wurde dieser ‚aggressive Akt' von allen europäischen Regierungen verurteilt. Dabei war es die letzte richtige und vernünftige Initiative der israelischen Regierung im Umgang mit den arabischen Nachbarn. Alles, was danach kam, der Krieg im Libanon, das geplatzte Geheimabkommen mit König Hussein, die Behandlung der Palästinenser in den besetzten Gebieten, war dumm, verkorkst und kriminell. Die Reaktorruine qualmte noch, da erlärte sich Frankreich schon bereit, die Anlage wieder aufzubauen. Seit 1984, sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Norbert Gansel, habe die Bundesregirung in Bonn gewußt, das deutsche Firmen dem Irak bei der Produktion von Giftwaffen mit Material und Know-how zur Hand gehen. Die Bundesregierung habe es gewußt und nichts dagegen unternommen.

Was ich in diesem Zusammenhang sagen möchte: wie oft hat Bundeskanzler Kohl, der peinlichste aller Deutschen, von 1984 bis heute die deutsche Verpflichtung zur konsequenten Friedenspolitik beschworen, wie oft hat er, aus Anlaß der Kristallnacht, bei der Woche der Brüderlichkeit oder einem KZ-Besuch, von der ‚besonderen deutschen Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk' gesprochen? Spätestens seit 1988, als Saddam Hussein Tausende von Kurden im Irak vergaste, konnte niemand mehr meinen, er würde seine Rüstungsprojekte nur zum Zwecke der Abschreckung betreiben. Allerdings war mit dem Massaker an diesen Eingeborenen keine Gefahr einer Preiserhöhung für Erdöl verbunden, es gab also keinen Grund, aufzuhorchen und Alarm zu schreien. Ginge es in der Welt gerecht zu, hätte Saddam Hussein Schleswig-Holstein oder das Department Cote-d'Or überfallen und nicht das unschuldige Kuwait."

*

Diesen Einfall mit Schleswig-Holstein und der Cote d'Or finde ich ganz besonders gut. Aber daß das Scheich-Regime in Kuwait an der Entwicklung so unschuldig ist wie Broder meint, das glaube ich nun wirklich nicht. Weder der Tankwart noch Henryk M. Broder können mir da weiter helfen. Deswegen gehe ich zu einem iranischen Bekannten, und der hält mir einen langen Monolog:

Um diesen Punkt zu klären, müssen wir zurück zum Anfang der europäischen Kolonialisierung des arabischen Raumes. Natürlich haben die Europäer und Nordamerikaner, die mit den Gesetzen der Tauschökonomie und des internationalen Handels nicht vertrauten Herrscher in den agrarisch-nomadischen Gebieten einfach übers Ohr gehauen. Aber die jeweiligen Herrscher-Cliquen haben das auch mit sich machen lassen.

Mossan Massarat hat mir das einmal so erklärt*:

Als schlechte Anwälte der Natur und sorglose Verwalter der Interessen der eigenen Völker öffneten sie den öldurstigen britischen, holländischen, französischen und vor allem US-amerikanischen Konzernen die Pforten ihrer natürlichen Schatzkammern und wurden mehr oder weniger zu Almosenempfängern und stummen Zuschauern eines noch nie dagewesenen Wirtschaftsbooms in den entwickelten kapitalistischen Ländern, dessen Motor unbestritten eben das zu Schleuderpreisen erworbene Öl aus der Golfregion war. Durch die Unterbewertung des Öls haben die Regierungen der ölimportierenden Staaten des Nordens über Jahrzehnte auf Kosten der Ölexporteure ihre Staatshaushalte sanieren und Hunderte Milliarden Dollar aus dem Süden in den Wirtschaftskreislauf des Nordens umleiten können. Dazu kommt noch: von den Gesamteinnahmen in den achtziger Jahren aller ölexportierenden Länder von 1150 Milliarden flossen in den Norden wieder 460 Milliarden Dollar (40%) für Waffeneinkäufe zurück. So gründet sich das Nord-Süd-Gefälle nicht nur auf den Protektionismus, sondern auch auf eine unfähige Politik der Petro-Oligarchien. Gerade die Petro-Oligarchien in Kuwait, den Emiraten und Saudi Arabien, deren Ölanteil 40% innerhalb der OPEC ausmachen, sorgten dafür, daß das OPEC-Öl beständig unterbewertet blieb. Es dürfte in der internationalen Ökonomie kein anderes Beispiel geben, daß Warenproduzenten von sich aus eine Preissteigerung für ihre Ware verhindern oder sogar bereit sind, z.B. durch Überproduktion eine Preissenkung zu erzwingen. Dies erklärt sich wiederum aus der doppelten Funktion der Petro-Oligarchien als Ölproduzenten der Golfregion und als Kapitaleigner in den westlichen Industrieländern. Als Eigner einer in den USA, Großbritannien, der Bundesrepublik und Japan etc. investierten Kapitalsumme von mindestens 270 Milliarden Dollar — wobei Kuwaits Einnahmen aus dem Auslandskapital bereits über seinen Öleinnahmen liegen — folgen die Petro-Oligarchien offenbar eher einer Logik der ölverbrauchenden Ökonomien westlicher Industriestaaten, die bestrebt sind, alle Kostenfaktoren, insbesondere bei importierten Produktionsfaktoren möglichst niedrig zu halten, als den ökonomischen Rationalitätskriterien der Ölproduktion. In der Tat sind diese parasitären Petro-Oligarchien in ihrer ökonomischen Funktion integraler Bestandteil der ölverbrauchenden Industrieländer des Nordens und mißbrauchen ihre historischen und kulturellen Bindungen mit der Golfregion im Interesse des Nordens, gegen die Interessen der Völker dieser Region und gegen die Natur überhaupt. Vor dem Hintergrund dieser Analyse dürfte nun offensichtlich geworden sein, weshalb über Jahrzehnte hinweg westliche Industriestaaten gerade diese autoritären, konservativen bis reaktionären und durch keinerlei demokratische Institutionen legitimierten Petro-Oligarchien stets als ‚gemäßigte' Ölproduzenten feierten und sie als verläßliche Partner in der Golfregion einstuften. Andererseits zeigt sich, daß Ayatollah Khomeini und nun auch Saddam Hussein mit ihrer Kampfansage an die Petro-Oligarchien — ungeachtet ihrer unterschiedlichen Motive — den Nerv des neokolonialistischen Kreislaufs getroffen haben. Nach der Annektion Kuwaits — falls auf Dauer — wird der Einfluß Iraks auf die Preisgestaltung der OPEC wachsen. Auf kuwaitischem Gebiet lagern enorme Ölvorkommen. Außerdem war der Irak bei den kuwaitischen Scheichs hochverschuldet. Der Irak könnte mit der Annektion Kuwaits auch seine Schuldenkrise beilegen.

*

Sehr freundlich von meinem iranischen Kollegen, daß er mir das alles so genau auseinandersetzt. Zusammen mit dem, was mir der Tankwart erzählt hat, blicke ich nun schon etwas besser durch. Dennoch bin ich immer noch nicht ganz zufrieden. In der größten deutschen Tageszeitung habe ich ein Bild Saddams gesehen und daneben die Überschrift: Wir werden Eure Piloten auffressen. Das war schon ein starkes Stück. Also gehe ich zum Kiosk und kaufe mir eines der kleinsten politischen Monatsmagazine der Republik (*Konkret* 9/90). Ich blättere nach und finde einen Artikel von Jochen Hippler. Er analysiert, warum wir mit Begriffen wie der unberechenbare ‚Hitler von Bagdad' gar nichts anfangen können:

Der Irak pokert hoch, aber er pokert auf der Grundlage einer nüchternen Kalkulation. Die irakische Führung ist zum großen Teil mit westlich ausgebildeten, hochqualifizierten Technokraten besetzt und agiert vollkommen skrupellos, wenn es um die Verwirklichung der eigenen Ziele geht. Bei einer westlichen Regierung würde man ein derartiges Verhalten ‚zweckrational und realpolitisch' nennen. Tatsächlich wurde der Irak in den letzten Jahren auch als kalkulierbare, gemäßigte Alternative und als Barriere gegen die iranisch-islamische Bedrohung einer ‚völligen Unberechenbarkeit' aufgebaut. Selbst ein Politiker wie Otto Schily rief noch Anfang 1988 dazu auf, den Irak ‚gegen die fanatisierten Menschenmassen des Iran' mit modernen Waffensystemen auszustatten.

Der Irak hatte den Scheichtümern erst dann gedroht, als diese sich weigerten, den Ölpreis hochzusetzen und sich nicht an den Folgekosten des Golfkrieges beteiligen wollten. Immerhin zitterten einmal fast alle arabischen Herrscher vor der iranisch-islamischen Revolution und standen im Golkrieg auf der Seite

ihres Stellvetreters Irak.

Erst als endgültig feststand, daß die Scheichtümer ihren Schuldner nicht aus dem ökonomischen Würgegriff entlassen würden, überfiel der Irak Kuwait. Nicht ohne die US-amerikanische Regierung vorab genauestens über Gründe und Absichten zu informieren.

Militärische Gegenmaßnahmen der USA konnte die irakische Führung nicht ausschließen, durfte aber darauf spekulieren, daß diese begrenzt bleiben würden. Schließlich hatten die achtziger Jahre gezeigt, daß die USA militärisch ausschließlich gegen Staaten vorgingen, die sich nicht verteidigen konnten: Grenada, Nicaragua, Lybien, Panama. Selbst an Syrien hatten sie sich nicht herangetraut, vor dem Iran waren sie immer wieder zurückgeschreckt. Als sich der Konflikt dann doch bedrohlich zuspitzte, da erwies Hussein abermals sein taktisches Geschick: seine Appelle an die ‚arabischen Massen' anderer Länder über die Köpfe ihrer Regierungen hinweg, die Forcierung des arabischen Nationalismus und die politische Ausnutzung der US-Truppenentsendung waren kluge Schachzüge. Besonders brisant und zugleich nicht ohne Witz war dann sein Aufruf zum ‚Heiligen Krieg' — ausgerechnet ein laizistischer Diktator, der sich acht Jahre als Bollwerk gegen den islamischen Fundamentalismus iranischer Prägung bewährt hatte, rief plötzlich zur ‚Befreiung der Heiligen Stätten Mekkas, Medinas und Jerusalems von der Schändung durch Ausländer und die korrupten Herrscher' auf. Ein politisch-psychologischer Coup, der sich ganz auf die vom Westen favorisierten Kriegsvermeidungsstrategie der Abschreckung bezieht. Derzeit ist eine weitere militärische Aggression von Seiten des Iraks nicht zu erwarten, da sie seine erreichte starke Position nur gefährden würde. Drohgebärden gegen Saudi-Arabien, die Türkei und vor allem Israel bleiben allerdings auch weiterhin innen- und außenpolitisch sehr nützlich, unterstreichen sie doch den irakischen Anspruch auf Führung der arabischen Welt. Nur wenn es dem Irak nicht gelingen sollte, das gegen ihn verhängte Wirtschaftsembargo zu unterlaufen, könnte die irakische Führung gezwungen sein, ihre letzte militärische Offensive zu betreiben.

*

Nachdem wir uns zunächst ein wenig die ökonomischen Hintergründe der Golfkrise haben erläutern lassen, wissen wir nun auch etwas von den Rationalitätskriterien, nach denen der irakische Aggressor handelt. Warum der Konflikt am Golf in den Augen vieler zu einer Auseinandersetzung zwischen Panarabismus/Panislamismus gegen westliche Zivilisation/Christentum gerät, ist aber immer noch unklar.

Rede ich von den düsteren alten Männern mit grauen Bärten, von Kaftan und Schleier, kontert mein Freund der Tankwart sofort mit den Ölpreisen:

Schau her. In der Bundesrepublik entfielen beispielsweise vom Endpreis einer 50-Liter-Tankfüllung Treibstoff, der im August dieses Jahres 67 DM betrug, 41,50 DM (62%) auf den bundesrepublikanischen Staat, 14,50 DM (21,6%) auf die Förderländer (Importpreis), 8,50 DM (12,7%) auf die Mineralölkonzerne und 1,50 DM (3,7%) auf mich, würde mir die Tankstelle gehören. Die europäische und nordamerikanische Auffassung von Kultur kannst Du exakt diesem Zahlenverhältnis entnehmen.

Andreas Fanizadeh

* Siehe Zeitschrift *links*, 10/1990.

Die Verdammten Arabiens ungewollt wachgerüttelt?

Der Göttinger Professor Basam Tibi erläuterte kürzlich in der *FAZ* seine Vorstellungen zur Beendigung der Golfkrise: „Wenn es fast so viele Vorstellungen zur Lösung der Golfkrise wie bestehende arabische Staaten gibt, dann stellt sich zu Recht die Frage, welche denn die arabische Lösung wäre." Er hält die nichtarabische, das heißt militärische Lösung der Krise für unumgänglich. Nach getaner Arbeit sollten die US-Truppen Arabien wieder verlassen und Ägypten die arabische Führerschaft antreten: „Die Ägypter fühlen sich mit Recht den anderen Arabern zivilisatorisch überlegen." Panarabismus sei eine Phrase, die arabische Nation eine Fiktion, mit der nicht zu rechnen sei. Nur, wie der Göttinger Professor „fühlen" nicht unbedingt die „arabischen Massen", und das weiß auch der US-amerikanische Generalstab.

Am Golf kann es jederzeit knallen, muß aber nicht. Bei einer militärischen Auseinandersetzung wäre der Irak nicht der einzige Verlierer. Ob die bestehenden Grenzen und verschiedenen arabischen Diktaturen die US-amerikanische Lösung überleben könnten, weiß niemand so recht zu sagen.

In einem Gespräch mit Shraga Elam erläutert der Palästinenser Azmy Bishara Auswirkungen und Hintergründe der jüngsten Golfkrise. Bishara, 33 Jahre, ist Dozent für Philosophie an der palästinensischen Bir-Zeit Universität.*

Shraga Elam: Welche Bedeutung hat die Explosion am Arabischen Golf, die sogenannte Golfkrise, für die arabische Welt?

Azmy Bishara: Man sollte wirklich nicht von einer Krise, sondern von einer Explosion reden, von einer Explosion, die die vielen verschiedenen Widersprüche in dieser Region aufgedeckt hat. Saddam Hussein hat unbeabsichtigt die schlafenden Widersprüche wachgerüttelt. Nun gibt es Phänomene, die keine tiefe Analyse benötigen. Es hatte sich in der arabischen Welt unglaubliche Verbitterung gegen die Öl-Regimes am Golf aufgestaut. Eine Bitterkeit, die die arabischen Intellektuellen — darunter auch die Linken — nicht ernstgenommen hatten. Sie wußten alle, daß in jedem arabischen Haus mindestens zweimal in der Woche Witze über die Ölscheichs gerissen werden. Aber sie begriffen nicht die politischen Implikationen dieses Spotts. Fast alle Intellektuellen sind auf die eine oder andere Weise von den Petrodollars gekauft worden. Sie spielten bisher eine wichtige Rolle in der Reproduktion dieser Systeme: Alle hatten irgendeine von Petrodollars finanzierte Stelle, z.B. in einem Forschungsinstitut oder in einer Zeitung. So konnten sie sich gar nicht vorstellen, daß es den Massen anders erging, und der Gedanke lag nahe, daß im Grunde nur ein Verrückter diese Öl-Regimes verfluchen könnte.

Dabei profitierte die breite Mehrheit der Bevölkerung von den Petrodollars überhaupt nicht. Ja, sie sah in der Öffnung zum Westen und der Rolle des Öl-Bürgertums den wesentlichen Grund für ihre fortschreitende Verelendung. Jede Veröffentlichung über arabische Gelder, die die Scheichs zurück in den Westen fließen ließen, wurde mit Schmerzen und Wut registriert. Keiner identifiziert sich mit ihnen, sie erwecken im Gegenteil eher Schamgefühle. Denn trotz ihrer wichtigen Rolle für den Westen ernten sie dort nur Mißachtung.

Die Scheichs sind also das klassische Beispiel von Parasiten, deren einzige Leistung darin besteht, in der Nähe einer Ölquelle geboren zu

sein, aufgrund welcher Tatsache sie andere Leute für sich arbeiten lassen können, während sie selber in ehrloser Weise das Geld verschwenden. Die Ausbeutung in den Golfstaaten wurde immer größer, und daher sollte es niemanden überraschen, daß sich in Jordanien bei den Pro-Saddam-Demonstrationen sehr viele ehemalige Gastarbeiter, die in den Golfstaaten geschuftet hatten, beteiligten. Das war ein direkter Klassenprotest.

Aber in Ägypten demonstrierten die gleichen Menschen gegen Saddam Hussein.

Ja, das stimmt, aber man darf nicht vergessen, daß der Irak auch ein Golfstaat ist, und sehr viele Ägypter hatten dort gearbeitet. Für sie gibt es keinen großen Unterschied zwischen dem Irak und Kuwait. Trotzdem ist auch in Ägypten das letzte Wort noch nicht gesprochen. Denn dort wird die Öffnung zum Westen noch direkter als Ursache der Verarmung empfunden. Der frühere ägyptische Präsident Gamal Abdel-Nasser hat mit seiner panarabischen Ideologie und seiner antiimperialistischen Praxis letzten Endes einen verzerrten Staatskapitalismus errichtet, der keine soziale Gerechtigkeit brachte, dafür Zentren einer korrupten Bürokratie in Bündnis mit den Sicherheitskräften entstehen ließ. Dank staatlicher Kontrolle über die wichtigsten Produktionsmittel und den Außenhandel ermöglichte er immerhin gewisse soziale Leistungen, etwa die Subventionierung des Brotpreises. Nasser kreierte zudem eine zündende und vereinigende Ideologie. Seinen Nachfolgern gelang weder das eine noch das andere.

Es sind aber nicht nur die armen Leute, die gegen die Golfregimes demonstrieren, auch bürgerliche Kreise gehen auf die Straße. Warum?

Nicht nur die Massen haben offene Rechnungen mit dem Bürgertum der Golfstaaten, sondern auch die Bourgeoisie der arabischen urbanen Zentren. Die Rivalität zwischen diesen zwei Hauptströmungen des Bürgertums im arabischen Raum ist alt. Schon nach dem Ersten Weltkrieg wurden als Folge der britischen Politik diese Zentren ärmer und ärmer, die Staaten der arabischen Wüste dagegen reicher und reicher. Dieser ökonomischen Differenzierung entsprachen unterschiedliche soziale und kulturelle Entwicklungen.

In den Golfstaaten wurden die alten Stammes- bzw. Clanstrukturen praktisch konserviert. Der Clan beschäftigt sich nicht mehr mit Herden von Kamelen und Schafen, sondern mit Herden von Autos und Firmen. Dieses „Bürgertum" verdankt seine Existenz dem Imperialismus, und heute ist es nicht einfach dessen Agent in der Region, sondern ein Bestandteil des weltweiten imperialistischen Systems. Das entspricht auch dem Selbstverständnis der Herrschenden in den Golfstaaten: Sie sind der Überzeugung, daß sich ihre Interessen mit denen des Imperialismus decken — das ist genau die gleiche Haltung, die auch die Herrschenden Israels an den Tag legen.

Die Bourgeoisie der arabischen urbanen Zentren auf der anderen Seite hat verschiedene Phasen durchgemacht. Zwar drängte auch sie nicht besonders auf soziale Änderungen, auf eine Säkularisierung der Gesellschaft. Immerhin gab es aber schon in den zwanziger Jahren in Ägypten eine Partei mit einer typischen liberal-demokratischen Ideologie (Wafd). Weitreichende Änderungen waren dann Folge einer Verbindung bürgerlicher Kreise mit dem Militär. Nach militärischen Umstürzen wurde über Verstaatlichungen ein System mit einer unabhängigen ökonomischen Infrastruktur zu errichten versucht. Einige wichtige Errungenschaften gehen auf das Konto dieser Verbindung, im großen und ganzen scheiterte aber auch dieser Weg, nicht zuletzt aufgrund der globalen Teilung der Arbeit und des Reichtums, also des typischen Nord-Süd-Verhältnisses. Es entwickelte sich eben keine Ökonomie, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig war. Diese Schwäche trug mit dazu bei, daß sich politische Macht in erster Linie nicht ökonomisch, sondern immer zunächst militärisch begründete. So verkamen die Systeme auf die Dauer zu Diktaturen mit fast unbeschränkten Kompetenzen.

Die Linke andererseits war nicht willens oder in der Lage, den Charakter dieser Regimes zu begreifen. Die Kommunisten z.B. unterstützten Verstaatlichungsprogramme, in denen sie Schritte in Richtung Sozialismus sehen wollten oder sahen. Nun, sobald sie doch einmal Kritik übten, wurden sie sehr schnell und sehr brutal eines Besseren belehrt.

Einen Ausbruch aus diesem Teufelskreis sollte ausgerechnet eine noch direktere Anbindung an die imperialistischen Staaten und ihre Vertreter in der Region bieten. Das ist es, was in Ägypten schon passierte und jetzt offenbar auch in Syrien ansteht. In Ländern wie Algerien oder Tunesien wurde diese Entwicklung angesichts der starken fundamentalistischen Bewegungen verlangsamt.

Im Irak verlief die Entwicklung anders. Anfang der siebziger Jahre, als sich in Ägypten und Syrien die Krise vertiefte, stieß man im Irak auf neue Ölvorkommen in großen Mengen. Hier wurde das Öl nicht bei beduinischen Stämmen gefunden, sondern im Machtbereich eines modernen diktatorischen Regimes, in einem Land mit einer alten urbanen Tradition und einer starken Armee. Hier wurde nicht nur von „Entwicklung" geredet — dem arabischen Modewort der letzten Jahrzehnte —, sondern auch etwas getan. Das Regime investierte nicht allein in den Ausbau seiner Armee, sondern auch in die Modernisierung der Infrastruktur, in die Entwicklung einer selbständigen Industrie, einer leistungsfähigen Landwirtschaft. Nicht zuletzt steckte Bagdad sehr viel Geld in den Ausbildungssektor. Studenten werden mit Stipendien ins Ausland geschickt, und die meisten von ihnen kehren nach dem Studium auch wieder zurück — im Unterschied zu ihren ägyptischen Kollegen, die von ihrem heimischen Regime regelrecht vertrieben werden.

Klar ist das irakische Regime totalitär, diktatorisch usw. Gleichzeitig ist es aber auch das pragmatischste Regime im arabischen Raum. Es verkörpert eigentlich die beste Wiedergabe des Begriffs „Bürgertum" im arabischen Kontext. Saddam will lediglich die Beziehungen mit den ökonomischen Zentren neu aushandeln. Er will keineswegs die Geschäftsverbindungen mit ihnen abbrechen, sondern weiter Öl an den Westen verkaufen. Allerdings mußte schon der Versuch, das Verhältnis zu den Metropolen des Weltmarktes neu zu bestimmen, zum Konflikt führen. Auch wenn es also nicht seine Absicht war, mußte Saddam Hussein bei seiner Politik mit dem US-Imperialismus und den Öl-Regimes aneinandergeraten. Und die zögerten denn auch nicht mit ihrer Kriegserklärung. An sich war die Kuwait-Invasion nichts anderes als der irakische Versuch, eine unerklärte Blockade zu durchbrechen.

Die Invasion der Westmächte hat nunmehr jedoch den ganzen Begründungszusammenhang der irakischen Politik bedeutungslos gemacht.

Erst als Reaktion auf die Invasion des Westens kam es zur Solidarisierung mit Saddam, erst zu dem Zeitpunkt begannen die proirakischen Demonstrationen. Und je länger das Ganze dauert, desto populärer wird Saddam in der arabischen Welt. Es herrscht nicht die gleiche Begeisterung wie zu Zeiten des Nasserismus, aber die Konfrontation zwingt in jedem Fall dazu, das irakische Regime anders zu betrachten. Saddam hat nie das panarabische und antiimperialistische Pathos eines Nasser gehabt. Immerhin wurde er aber zu jenem arabischen Führer, der es wagte, Israel und die USA herauszufordern.

Die Dynamik des Kampfes zwingt den Pragmatiker Saddam jetzt zu antiimperialistischen Parolen und zur Einforderung sozialer Gerechtigkeit. Sie zwingt ihn dazu, die Korruption in den Golfstaaten anzuklagen. Früher hätte er das nicht gemacht, im Gegenteil, unter seiner Herrschaft wurde sogar öffentliche Kritik an den Öl-Regimes unterdrückt. Nun hat er noch keinerlei Maßnahmen ergriffen, die eine Demokratisierung des Irak ankündigen würden. Trotzdem genießt er soviel Unterstützung, daß er es sich leisten kann, Waffen an das Volk zu verteilen, ein Schritt, für den es in der arabischen Welt nur wenige Präzendenzfälle gibt. Und er kann glaubhaft gegenüber den arabischen Massen erklären, daß ein Bruch der Blockade des Irak „nicht nur in meinem, sondern auch in eurem Interesse" liege. Er verlangt also nicht nur Solidarität, sondern einen gemeinsamen Kampf.

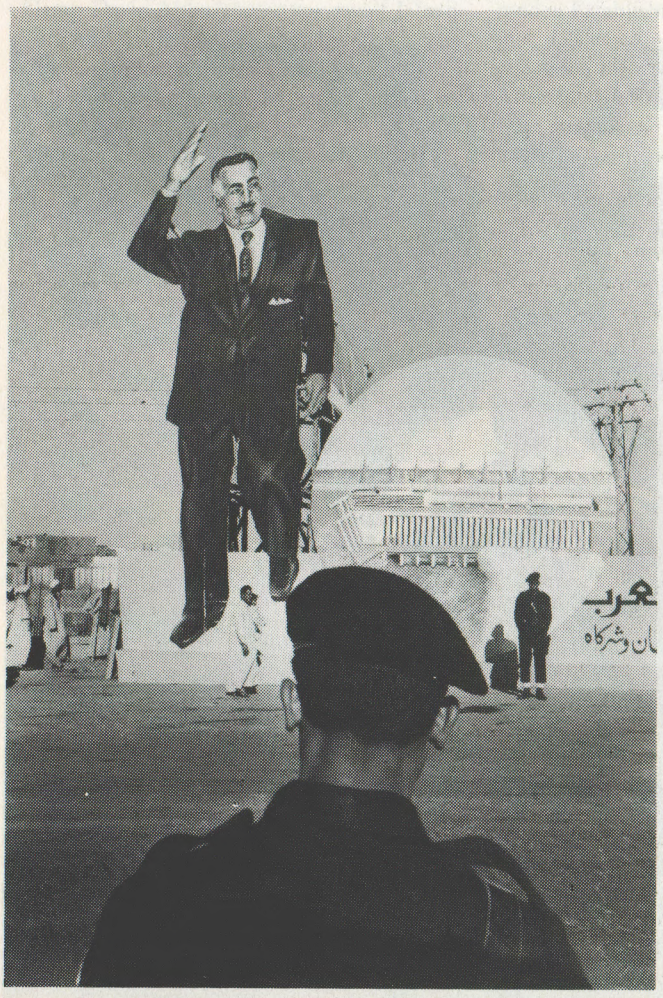
Noch vor kurzem mußte sogar die links-nationalistische palästinensische Organisation PFLP religiöse Parolen übernehmen. Mit Saddam Hussein scheint jetzt der Panarabismus wieder Oberwasser zu haben, und der Fundamentalismus scheint abzuebben.

Das ist schon sehr überraschend. Nach der Niederlage des Panarabismus 1967 („Sechs-Tage-Krieg") war die Ansicht allgemein verbreitet, diese Idee sei tot. Der wachsende Einfluß Saudi-Arabiens und später dann der aufkommende Fundamentalismus schienen das noch zu bestätigen. In der jetzigen Situation wurde nun aber deutlich, daß die panarabistische wie auch die panislamische Bewegung von intellektuellen Eliten geprägt werden. Bei den Massen gibt es dagegen die Trennung der beiden Richtungen, diese Dichotomie, nicht. Man ist beides zugleich. Die islamischen politischen Bewegungen konnten Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre großen Einfluß gewinnen. Mittlerweile zeigt sich aber in den arabischen Staaten eine antiimperialistische Stimmung, die nationalistisch eingefärbt ist, und die islamischen Bewegungen müssen ihrerseits Kompromisse mit dem Nationalismus eingehen, wollen sie ihre Massenbasis nicht verlieren.

Wie steht es mit der arabischen Linken?

Sie präsentiert sich derzeit sehr schwach und zersplittert, ja, genaugenommen ist sie in der aktuellen Situation gar nicht vorhanden. Das ist kein Zufall, denn die Linke im arabischen Raum ist absolut unterentwickelt. Das hängt nicht zuletzt mit ihrer stalinistischen Erblast zusammen, die jede Selbstreflexion verhindert hat. Darunter leiden nicht nur die kommunistischen Parteien, sondern auch andere linke Organisationen.

Das Problem mit den Kommunisten war, daß sie halb Nationalisten, halb Sozialisten zu sein versuchten. Sie galten als prosowjetisch und als Verräter, die Israel anerkennen. Zweifellos waren sie opferbereit, zugleich aber auch immer wieder offensichtlich inkonsequent. Dadurch verloren sie auf die Dauer alle Glaubwürdigkeit. Wie kannst du für Freiheit kämpfen und gleichzeitig die Sowjetunion mit ihrem Verhältnis zu Freiheitsrechten zum Maß aller Dinge machen? Wie willst du konsequent nationale Parolen vertreten, wenn du zugleich mit abstrakten sozialistischen Prinzipien, hinter denen sich nur mühsam vermeintliche außenpolitische Interessen der Sowjetunion verbergen, daherkommst? Auch in der sozialen Frage blieben die Kommunisten immer auf halbem Weg stehen. So unterstützten sie z.B. die Regimes der Baath-Partei so lange, wie sie von ihnen geduldet wurden. Erst mit dem Rücken zur Wand gestatteten auch sie sich Kritik. Das ist keine prinzipielle Haltung und wird nicht dadurch besser, daß die Genossen an sich nicht opportunistisch sind.



Nasser, Ägypten 1971

Es rechtfertigt nichts, erklärt aber einiges, daß es anderen Organisationen nicht besser erging. Die beiden palästinensischen Bewegungen PFLP und DFLP verhielten sich vielleicht konsequenter in der nationalen Frage, im Grunde haben aber auch sie keine umfassende linke Perspektive und Politik entwickelt. Sie haben eigentlich nur eine linke Verpackung. Gleich den bürgerlichen palästinensischen Organisationen wurden auch sie von Kuwait finanziell unterstützt. Die Linken sind den bürgerlichen Organisationen immer nur hinterhergelaufen. Nun, jetzt gibt es neue Hoffnung.

Wieso jetzt?

Weil endlich die richtigen Fragen gestellt werden. Die arabische Nation beschäftigt sich nicht mehr mit Nebensächlichkeiten wie den Schleiern der Schülerinnen in Paris oder der Anerkennung Israels. Plötzlich geht es um wirklich schicksalhafte Probleme: um die arabischen sozialen Strukturen, die Verteilung des Reichtums, das Verhältnis zu den kapitalistischen Ländern. Es geht um die Zersplitterung der arabischen Nation, es geht darum zu klären, was „Entwicklung" im arabischen Kontext überhaupt heißt. Das sind die wesentlichen Fragen, die seit dem Ende der revolutionären Phase Nassers, seit etwa 1965, niemand mehr ernsthaft zu beantworten versucht hat.

Jetzt müssen die Linken Antworten liefern, jetzt sollte ein Programm entwickelt werden, die Zeit ist reif. Es gibt in der arabischen Welt heute die Aufnahmebereitschaft für revolutionäre Projekte. Dabei ist die Aufgabe aus der arabischen Situation heraus zu lösen, wir dürfen es nicht noch einmal mit Westimporten versuchen.

Es geht darum, eine Bewegung zu initiieren, deren Ziele soziale Gerechtigkeit und Säkularisierung sind. Säkularisierung im Sinne einer Trennung des Islam von der Politik, aber nicht vom gesellschaftlichen Leben. Die arabische Kultur ist weitgehend vom Islam gefärbt. Ich selber bin Atheist (christlicher Abstammung), aber in meiner Kultur bin ich den islamischen Arabern viel näher als den christlichen Europäern.

Was ich hier vorschlage, heißt nicht, eine sozialistische Orthodoxie durch eine islamische zu ersetzen, sondern Perspektiven für eine echte Befreiung zu entwickeln, die den aktuellen arabischen Kontext berücksichtigen. Das Ziel allerdings ist universell, genau wie die Gerechtigkeit universell und nicht islamisch ist.

Wie verhält sich dieses von Dir geforderte neue Programm zu anderen Versuchen, z.B. der Intifada?

Was die Intifada betrifft, so muß man zwischen Mythos und Realität unterscheiden. Es ist eine Lüge zu behaupten, die Intifada besitze eine bewußte soziale Ebene. Nur weil die Massen die Träger des Kampfes sind, bekommt dieser nicht automatisch eine soziale Dimension. Die Intifada verfolgt grundsätzlich nationale Ziele.

Dies läßt sich an der Situation der Frauen demonstrieren. In der ersten Phase der Intifada verbesserten sie ihre Lage zweifellos. Die fortdauernde Belagerung des Aufstands zeigte jedoch je länger je mehr entgegengesetzte Wirkung. Die Bewegung suchte das Gemeinsame, den Konsens und stellte das Trennende zurück. So gewannen Konservatismus und Frömmigkeit erhebliches Gewicht gegenüber einer revolutionären Haltung.

Mittlerweile werden „traditionelle" Werte noch strenger beachtet als früher. Das betrifft vor allem Frauen, die sich z.B. Kleidervorschriften anpassen müssen und allgemein in ihren Freiheiten eingeschränkt sind. Die klar antifeministischen Tendenzen nehmen zu. Die Frauenorganisationen lehnen es ab, noch öffentlich über spezifische Frauenprobleme zu reden. So wird auch die Tötung von Kollaborateurinnen nicht

thematisiert.[1] Und die Tatsache, daß Frauen Steine werfen, ist sicher kein Beweis für eine soziale Änderung oder für einen Kulturwandel. Die Frauen kehren irgendwann nach Hause zurück und sind dann wieder ihren Männern unterworfen, die im übrigen keine Steine geworfen haben. Meiner Meinung nach ist die Situation der Frauen grundsätzlich heute noch schlechter als vor Beginn der Intifada.

Auch die Situation der Arbeiter hat sich nicht gebessert, sie sind im Gegenteil ärmer und haben genausowenig zu sagen wie zuvor.

Was tun?

Die Linken können nicht warten, bis das Programm entworfen ist. Sie müssen bei den Massen sein. Die Linken müssen jetzt den Kampf gegen die US-amerikanische Invasion unterstützen. Sie müssen schauen, wo die Kräfte sind, die den antiimperialistischen Kampf führen können. Saddam Hussein und die bürgerlichen Kreise um ihn herum suchen wie gesagt nichts anderes als einen Kompromiß mit dem US-Imperialismus. Die Linken müssen eine andere Zukunft als die Saddams anbieten können.

1 Verhaftete Palästinenserinnen werden häufig bei Verhören vom israelischen Geheimdienst sexuell gefoltert. Danach können sie zur Kollaboration gezwungen werden. Denn in der traditionellen arabischen Gesellschaft ist die Frau — als Trägerin der Ehre der Familie — schuldig, wenn sie vergewaltigt wird. Der Vater muß sie umbringen, um die Ehre der Familie wiederherzustellen. Solange die Intifada-Führung nicht in aller Klarheit gegen die patriarchalen Strukturen und ihre Konsequenzen auftritt, ist die Verurteilung von Kollaborateurinnen mehr als fragwürdig. Diese Haltung vertrat die palästinensische Feministin Manar Hassan in Zürich (Dezember 1989).

* Das Gespräch wurde in der Züricher *Wochenzeitung* am 2.11.1990 erstveröffentlicht.

Israels Linke und die Golfkrise

Die Golfkrise hat den nationalistischen Teil des sogenannten Friedenslagers in Israel verwirrt und wenigstens zeitweise gelähmt. Es handelt sich dabei um einen typischen Reflex, der sich immer wieder in kriegsbedrohlichen Situationen einstellt; insbesondere dann, wenn der Konflikt mit den Palästinensern in eine akute Phase zu treten droht.

Im August war man den Palästinensern bitterböse, weil sie nicht die von ihnen erwartete Haltung zusammen mit Israel, den USA und Ägypten gegen den Irak einzunehmen bereit waren. Anstatt mit der „zivilisierten Welt" an die saudiarabische Front zu eilen, redete die PLO einer Kompromißlösung im arabischen Rahmen das Wort, mit der Absicht einen neuen Krieg zu vermeiden.

Die israelische Regierung erwies sich als verläßliche strategische Alliierte der USA und wahrte ein „niedriges Profil", um den Aufmarsch der arabischen Heere an der Seite der US-amerikanischen Armee im Golf nicht zu behindern. Gleichzeitig gab Israel der Hoffnung Ausdruck, daß es möglichst sofort zu einem Krieg und der gründlichen Zerstörung der irakischen Infrastruktur und Kriegsmaschinerie kommen solle. Dagegen begingen

Foto: Abisag Tüllmann

die Palästinenser inner- und außerhalb der von Israel besetzten Gebiete den *unverzeihlichen* Fehler, nicht nur den irakischen Einmarsch in Kuwait, sondern alle fremden Besatzungen in der Region zu verurteilen. Den quasi moralisch motivierten Charakter des sofort geforderten Feldzugs gegen die irakischen Besetzer Kuwaits enthüllten die Palästinenser als scheinheilige Intervention der neokolonialistischen amerikanischen Großmacht.

Führer der links-zionistischen und liberalen Oppositionsparteien waren empört und stellten alle freundschaftlich-politischen Kontakte zu palästinensischen Gesprächspartnern in Ost-Jerusalem ein. „Die Palästinenser begehen einen groben Fehler, indem sie die Golfkrise palästinisieren. Sie haben sich von den Amerikanern losgesagt und von Ägyptens Mubarak ... Und wo suchen sie ihre Zukunft? Bei Saddam Hussein."[1] Linke Zionisten wollten nicht verstehen, daß für die meisten Palästinenser Saddam Husseins Irak als ein Symbol für „Durchbruch und Änderung" gilt. In einer Welt, die das palästinensische Schicksal vergessen hatte und nicht mal mehr über die Intifada zu berichten bereit war.

Vorstellungen und Hoffnungen der Palästinenser mögen illusorisch und falsch sein, aber ihre „gut-reaction" zu dieser Entwicklung in der Region erzeugte noch stärkere Emotionsausbrüche bei Knessetabgeordneten der linkszionistischen Opposition. Wie zu Zeiten des Camp David-Abkommens vor zwölf Jahren wird nun wieder die PLO beschuldigt, Israels Friedenskräfte bitter enttäuscht zu haben, indem sie sich von Mubaraks „arabischem Friedenslager" distanzierte.

Der gute Kenner der israelisch-palästinensischen Verhältnisse, Danny Rubinstein, schrieb am 30. August im *Ha'arez*: „Die Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern haben eine Regression von über zehn Jahren erfahren. Sie sind zurückgeschraubt in die Zeit der Sadat-Initiative und des Camp David-Abkommens. Damals ist es auch zu einem Abbruch der wackeligen Beziehungen zwischen den Palästinensern und der israelischen Linken gekommen, die das Camp David-Abkommen vollauf unterstützt haben. Die Palästinenser mußten für ihre Ablehnung der Sadat-Initiative mit zehn Jahren verschärfter Unterdrückung zahlen. Die palästinensische Ablehnung der USA und Ägyptens in jener Zeit hat der Begin-Scharon-Regierung in Israel den bequemen Hintergrund für eine harte anti-arabische Politik und den Krieg im Libanon (1982) geliefert." (*Ha'arez*, 30. Aug. '90)

Nicht alle linksliberalen Führer der israelischen Oppositionsparteien waren bereit, den Palästinensern alle Schuld für den zusammengebrochenen Friedensdialog in die Schuhe zu schieben. Knessetabgeordnete Schulamit Aloni der Raz-Bürgerrechtspartei teilt zwar keineswegs die Einstellung der Palästinenser zum Golfkonflikt, aber sie meint, daß die Verschiedenheit der Interessen der beiden Völker (Israelis und Palästinenser) kein Hindernis für

Foto: Abisag Tüllmann

weitere Verhandlungen und der Anbahnung einer friedlichen Lösung bilden dürfen. „Weshalb sollte mich die palästinensische Stellungnahme enttäuscht haben? Haben die Israelis irgendetwas zugunsten der Palästinenser erwirkt? Die israelische Linke ist ein loyaler Bestandteil der israelischen Regierung, des regierenden Establishments. Wir glauben manchmal, daß wir verschieden sind — anders; daß wir etwas für die Palästinenser getan haben. Aber die Wahrheit ist, daß wir nichts dergleichen zustandegebracht haben: die Regierung hält die Territorien weiter besetzt, sie unterdrückt weiter, sie zerstört und mordet. Und wir sind Partner dabei, weil wir keinen Aufstand dagegen organisiert haben. Wir sind gesetzestreue Bürger, wir dienen in der Armee, wir beachten das Gesetz, das Zusammenkünfte mit der PLO verbietet. Wir sind loyale Mitspieler der demokratischen Ordnung, und da wir mitmachen, sind wir auch Partner." (*Ha'arez*, 24. Aug. '90)

Das war Frau Alonis Antwort auf ihren Parteikollegen Jossi Sarid (Mitglied der Knesset), der in einem vielbeachteten Artikel im *Ha'arez* vom 17. August den palästinensischen Gesprächspartnern den Laufpaß gab: indem sie den Irak unterstützten, bewiesen die Palästinenser, daß sie die Okkupation verdienten ... Für Sarid (ansonsten ein bekannter und mutiger Friedenskämpfer und Verteidiger demokratischer Rechte), waren die Palästinenser nur mehr Prostituierte, die von einem arabischen Bett ins andere sprängen. Sie sollten doch Arafat zum Teufel jagen. Angeblich hätten die Palästinenser durch ihre fehlende Unterstützung der Vereinigten Staaten und Mubaraks Ägypten ihre Stellungnahme gegen eine friedliche, politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts bewiesen. Und so kündigt Sarid den Palästinensern seine Sympathie auf: von nun an könnten sie ihn suchen, schrieb Sarid zur Freude der israelischen Rechten.

Die Frage ist bis heute noch umstritten: Kann es überhaupt noch einen Dialog mit den Palästinensern geben? Nach dem ersten Golf-Schock meinen die meisten ‚peaceniks' in Israel: es kann; aber die Frage ist worüber? Immerhin hat die Golfkrise auch Bewegung in andere Konflikte im Mittleren Osten gebracht. Auch wenn Israels Regierungskreise keinerlei Verbindung zulassen wollen, ist der Golfkonflikt zum großen Katalysator im Mittelost-Prozeß geworden, der den israelisch-palästinensischen Konflikt in eine neue Phase bringt. Damit wird sich die israelische Linke und Friedensbewegung überhaupt erst auseinandersetzen müssen. Gegenwärtig ist sie zersplittert, destabilisiert und ohne klare Perspektive. Die Differenzen zwischen der linkszionistischen Opposition und den friedensorientierten arabischen Parteien in Israel, die sich eindeutiger mit der Intifada identifizieren oder solidarisieren, sind gewachsen. Man spürt, daß man sich in einem Übergangsstadium vor großen Veränderungen befindet und ist besorgt ...

Amos Wollin

1 Zitat aus einer Erklärung des Mapam (Sozialdemokraten) Generalsekretärs Elazar Grannot.

Geheimbericht über Geheimtagung

Vom 15. bis 17. Oktober diesen Jahres organisierte das Institut für Sozialforschung eine ‚Internationale Fachkonferenz' unter dem Titel ‚Zum Verhältnis von Kritik und Utopie im Werk von Herbert Marcuse'. Abgesehen von der Eröffnungsveranstaltung am Montag, den 15.10. in der Aula der Universität, fanden sowohl Vorbereitung als auch Durchführung der Tagung unter strengster Geheimhaltung statt.

Da das Institut eine Informationspolitik betreibt, in deren Lichte die Geheimdienst-Kontrollkommission des Bundestages geradezu als weltoffen bezeichnet werden kann, schien der *diskus* gezwungen, das Dunkel um die Marcuse-Tagung unangetastet zu lassen. Über Umwege erreichten uns jedoch die kursorischen Aufzeichnungen einer teilnehmenden Person, allerdings chiffriert. Es bereitete uns einige Mühe, den Jargon zu knacken; wegen der sprachlichen Eigenheiten bitten wir unsere LeserInnen um Nachsicht.

Verschlüsselter Name / Vermutlich gemeinte Person

(es treten auf:)

Ludwig XIV	Ludwig von Friedeburg (Vorsteher des Instituts für Sozialforschung)
Hausmeister	(des Instituts für Sozialforschung)
1. Sekretärin	(")
2. Sekretärin	(")
Le Fou	ungeklärt
Der Verleger	Siegfried Unseld, Chef des Suhrkamp Verlages
Mr. Starnberg	Jürgen Habermas, Prof. f. Philosophie
Old Shatterhand	Iring Fetscher, Prof. em. f. Politologie
Die drei Doktoren	Dr. Hauke Brunkhorst Dr. Axel Honneth Dr. Helmut Dubiel

(erwähnt werden:)

Prof. Elch	Joachim Hirsch, Prof. f. Politologie
Prof. Gamsjager	Helmut Reinicke, Prof. f. Philosophie, (Flensburg)

Der Bericht im Wortlaut:

Der Sitzungssaal des Frankfurter Instituts für Sozialforschung. Im großen Carré sitzen um Tische herum etwa 30 angesehene Wissenschaftler aus Westdeutschland, Berlin, Paris, Sarajevo, Zagreb, Neapel, Florenz, Amsterdam, Tel Aviv, Chicago und New York. An der Stirnseite des Raumes sitzt leicht erhöht Ludwig XIV, zu seiner Linken Mr. Starnberg und zu seiner Rechten der Verleger.

Es ist früh am Morgen, vor jedem der Herren (und etwa vier Damen) dampft Kaffee. Ludwig XIV schüttelt eine Tischglocke.

Ludwig XIV: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Namen des Instituts für Sozialforschung heiße ich Sie herzlich willkommen zu dieser Internationalen Fachkonferenz über das — äh (*blättert in seinen Papieren*) — wie war noch schnell das Thema — äh — da haben wir es ja — über ‚Zum Verhältnis von Kritik und Utopie im Werk von Herbert Marcuse', und freue mich, daß Sie so zahlreich erschienen sind.
(*Die drei Doktoren nicken.*)
(*Die Tür geht auf, der Hausmeister und Le Fou treten ein, wild gestikulierend, beide hochrot.*)

Hausmeister: Es stehen drei Journalisten und ein Dutzend Studenten vor der Tür und begehren Einlaß. Sie behaupten, daß dies eine öffentliche . . .

Ludwig XIV: Nein, nein, nein. Wie oft soll ich Ihnen das noch sagen? Dies ist eine Fachkonferenz, da geht es um wissenschaftliche Diskussion. Das muß doch auch hier in Frankfurt möglich sein, ohne immer gleich wegzufahren ins Grüne.

Mr. Starnberg: Nicht schon wieder nach Bayern . . . (*murmelt vor sich hin.*)

Ludwig XIV: Also keine Presse, keine Studenten, keine selbsternannten Marcuse-Spezialisten, niemand, niemand außer den 37 persönlich geladenen Doktoren. — Hängt denn das Schild noch nicht?

Hausmeister: Natürlich hängt es. (*Geht verärgert.*)

Ludwig XIV: . . . Wo waren wir stehen geblieben?

Der Verleger: Bei der Fachkonferenz.

Ludwig XIV: Stimmt, stimmt.

Le Fou: Eine kurze Frage, Herr . . .

Ludwig XIV: . . . Ludwig der vierzehnte.

Le Fou: . . . hm . . . na gut . . . warum ist die Öffentlichkeit zu dieser Veranstaltung nicht zugelassen, wo doch dafür mit Plakaten geworben wurde und wo doch Herbert Ma . . .

Ludwig XIV: Mein Herr! Erlauben Sie bitte, daß ich Sie unterbreche, aber da Sie zu spät gekommen sind, haben Sie offensichtlich meine Ausführungen zu diesem Thema verpaßt . . . im übrigen sind die Plakate, auf die Sie rekurrieren, eine, wenn auch gelungen witzige, Fälschung.
(*Die drei Doktoren nicken.*)
Im Einvernehmen mit dem Herrn Verleger und Mr. Starnberg wurde entschieden, diese Tagung streng wissenschaftlich durchzuführen und nicht im H VI. Sie sind der erste der Teilnehmer, der diesen Ratschluß nicht mittragen will . . .
(*Tür geht auf, 1 Sekretärin tritt ein.*)

1. Sekretärin: Herr Ludwig der vierzehnte, soeben hat ein gewisser Herr Professor Gamsjager aus Flensburg angerufen, er sollte heute eigentlich zur Krise des Marxismus sprechen. Der Herr Professor läßt ausrichten, daß er nicht zu kommen gedenkt.

Ludwig XIV: Gründe?

1. Sekretärin: Aus Protest gegen den nichtöffentlichen Charakter der Veranstaltung, er habe Sie das bereits vor

Tagen schriftlich wissen lassen.
(*Allgemeines Gemurmel. 1 Sekretärin verschwindet wieder.*)

Ludwig XIV: (*klingelt*) Ich darf doch sehr um Ruhe bitten, meine Herren!

Mr. Starnberg: Mein lieber Ludwig der vierzehnte, ich schlage vor, Sie kommen jetzt zum Ende Ihrer Einleitung, damit wir endlich zum — sagen wir es einmal ganz deutlich — corpus delicti übergehen können.

Ludwig XIV: Ganz recht, ganz recht, doch lassen Sie mich zunächst ein für alle Mal die Frage der Nicht-Öffentlichkeit dieser Veranstaltung klären: Viele Jahre konnte man Marcuse kaum erwähnen, ohne gleich in den Geruch der Nähe zur Studentenbewegung und all ihrer schlimmen Konsequenzen zu geraten . . . es gab, lassen Sie mich das so sagen, so etwas wie eine Überbetonung des politischen Marcuse und ein Vergessen des wissenschaftlichen Marcuse. Das soll nicht heißen, Marcuse, da er nun schon einige Zeit tot ist,
(*Die drei Doktoren nicken.*)
einfach sezieren und in zwei Teile zerlegen zu wollen — im Gegenteil: Diese Fachkonferenz, die sozusagen harmonisch an die vom AStA und der Zeitschrift *links* vor einem Jahr veranstaltete sogenannte ‚politische Arbeitstagung' zu Marcuse anschließt, ergänzt den Teil, der damals vernachlässigt wurde — nicht als Konkurrenz, sondern quasi als eine Art Fortsetzung mit anderen Mitteln: Im Hörsaal VI ist die wissenschaftliche Erkenntnis immer in Gefahr, von der politischen Demonstration erstickt zu werden.

Mr. Starnberg: Wie wahr, wie wahr.

Old Shatterhand: Oh, that's right, isn't it?
(*Tür geht auf, 2. Sekretärin tritt ein.*)

2. Sekretärin: Herr Ludwig der vierzehnte, entschuldigen Sie bitte die Störung, aber soeben hat ein gewisser Herr Professor Elch angerufen, er sollte heute zur Krise des Marxismus sprechen und wird nicht eintreffen.

Ludwig XIV: Gründe?

2. Sekretärin: Keine . . . ach doch: (*Sie räuspert sich.*) Aus Solidarität mit der vor einem Jahr veranstalteten Arbeitstagung zu Marcuse und deren Veranstaltern, die zum Teil von dieser Fachkonferenz ausgeschlossen wur. . .

Ludwig XIV: Danke, das genügt!
(*Die drei Doktoren schütteln den Kopf, die 2. Sekretärin verläßt wieder den Raum.*)

Mr. Starnberg: Wir sollten doch endlich beginnen, mein Herr. . .

Ludwig XIV: Ganz recht, ganz recht.

Der Verleger: . . . sonst bekommen wir hier nie ein Buch zusammen!

Ludwig XIV: Ganz recht.

KRITIK UND UTOPIE IM WERK

HERBERT VON MARCUSE

Immer mehr begreifen, daß man auch anders leben kann.

Herbert Marcuse,
Die Linke angesichts
der Konterrevolution

Jerry Rubin, USA/Helmut Dubiel, BRD
Vernunft und Management -
Subversive Potentiale der zivilen Gesellschaft

George Jackson, USA
Das Ghetto als Lebensform

Helmut Pohl, BRD (angefragt)
Radikale Gesellschaftskritik und der Verrat der Intellektuellen

Öffentliche Arbeitstagung

Dienstag , 16. Oktober, 9.30 - 22.00 Uhr Mittwoch, 17. Oktober, 9.30 - 19.00 Uhr

In den Räumen des Instituts für Sozialforschung, Frankfurt am Main

Linke Liste/Institut für Sozialforschung

Johann Wolfgang Goethe - Universität

(*Tür wird aufgestoßen, Hausmeister stürmt außer Atem herein.*)

Hausmeister: (*Brüllt*) Ich halt's nicht mehr aus, ich halt's einfach nicht mehr aus. Da draußen ist die Hölle los, die Bande rennt mir gleich die Tür ein. Vorhin hat sogar so ein Wirrkopf behauptet, er sei Herbert Marcuse und wolle sofort nachsehen, was hier passiert.
(*Die drei Doktoren lachen auf. Unruhe im Raum, eine Kaffeekanne fällt vom Tisch.*)

Old Shatterhand: Keep cool ... why don't you just shut up?

Der Verleger: Aber meine Herren, denken Sie doch an unsere Aufgabe und das Buch.

Old Shatterhand: (*Erhebt sich, will zur Tischglocke greifen.*)

Ludwig XIV: (*Entreißt ihm die Tischglocke, schreit ihn an:*) Nein! Das ist meine Klingel! (*Läutet wie wild drauf los.*)
(*Die drei Doktoren schütteln den Kopf und grinsen dabei.*)

Ludwig XIV: (*Erschrocken über seinen Auftritt, läutet nochmals, diesmal wieder kontrollierter.*) Entschuldigen Sie bitte den Zwischenfall meine Damen und Herren — aber wir sollten jetzt wirklich mit dem ersten Thema des heutigen Tages beginnen, ‚Krise des Marxismus', die Diskussionsleitung hat Old Shatterhand.

Old Shatterhand: Oh — isn't that great, ladies and gentlemen ...

Le Fou: Mein Herr, bevor Sie beginnen, erlauben Sie mir eine kurze Bemerkung ...

Der Verleger: (*leise*) ... der schon wieder, das interessiert doch niemanden ...

Le Fou: Machen wir uns nichts vor: Sie versuchen hier in einer Art 2. vatikanischen Konzil die zukünftige, dogmatisierte, allein anerkannte Marcuse-Interpretation festzulegen und in einer beim Suhrkamp Verlag zu veröffentlichen Enzyklika festzuschreiben.

Der Verleger: Na und?

Le Fou: Ihr inhaltliche Absicht liegt klar auf der Hand: ... um es mit Heidegger zu sagen: aus einer Theorie als seiende soll eine als ge-wesene — oder ...

Mr. Starnberg: (*abwesend*) ... aber, daß Heidegger die Nazis unterstützte, muß nicht unbedingt seine Theorie diskreditieren ...

Der Verleger: ... hat er *das* gesagt?

Mr. Starnberg: Wieso, hat er das nicht gesagt?

Old Shatterhand: My God!

Le Fou: ... wird mir hier nun eigentlich zugehört oder was? Kurz gesagt: warum sollen die Leute hier nicht rein?

Ludwig XIV: (*preßt heraus*) Die Bande da draußen? Das sind alles Autonome, Maschinenstürmer, die hauen mir die neuen Computer klitzeklein!

Le Fou: ... dann bleibt wohl nur noch der Polizeieinsatz — oder?

Old Shatterhand: Stop it, please!

Le Fou: ... Mr. Starnberg hat da ja Erfahrung ... diesmal wird Marcuse keine Protestbriefe aus den USA schicken wie damals ...

Old Shatterhand: Shut up! Bloody fucking asshole.

Mr. Starnberg: (*erbleicht, zu den drei Doktoren gewandt*) Der gehört nicht zu uns.

Ludwig XIV: Es reicht, es reicht! Wie kommt der Kerl hier rein ... wer hat ihn geladen?

Hausmeister: (*stürzt herein, sieht Le Fou, schreit*) Da isser jo, der ist mir vorhin durch die Lappen gegangen, hat sich reingeschmuggelt und sitzt jetzt hier und säuft Kaffee!

Mr. Starnberg: Pfui, pfui, Sie Schwein ... ich hab's ja gleich gesagt: Ein dreister Narziß stört unsren Diskurs.

Le Fou: (*zu Hausmeister*) Hey, alter Knabe! Ich sag's Dir — die andere Gesellschaft ist doch möglich!

Old Shatterhand: Incredible!

Ludwig XIV: Raus, raus, raus mit Ihnen.
(*Die Menge gröhlt und jauchzt. Kaffeetassen fliegen durch die Gegend. Einer stößt ein Fenster auf, andere packen Le Fou und heben ihn auf's Fensterbrett. Rhythmisches Klatschen. Le Fou stürzt.*)
- ein kurzer Schrei -

Old Shatterhand: Would you please shut the window. Let's start to discuss rreasonablyand without these revolutions.
(*Text bricht ab.*)

Etienne Largend

Liturgische Feierstunde

Der europäische Fußballverband hat schon so manchen Verein mit einer Platzsperre belegt. Diese Maßnahme wird dann ergriffen, wenn das Publikum der Heimmannschaft seinen Unmut über Spiel oder Schiedsrichter lautstark und vor allem in manifester Form äußert. Die Bestrafung sieht dann meist so aus, daß das nächste Spiel bzw. ein Wiederholungsspiel vor leeren Zuschauerrängen in einem neutralen Stadion durchzuführen ist: Geisterspiele nur mit den Akteuren.

Nun gibt es in Frankfurt ein Institut, das in den letzten Jahren weder durch Rabaukentum noch durch andere Ausschreitungen aufgefallen ist. Aus Zwecken reiner Theoriekultur und mit dem Anspruch intellektuellen Elitarismus hat man dort vor einigen Wochen gegen sich selbst eine Platzsperre ausgesprochen. Eine Handvoll auserlesener Kenner verdrehte den Namen des Instituts für Sozialforschung in ein Institut der Geister, in ein Geisterinstitut.

Eine wohldurchdachte Entscheidung, wie man der nicht zugelassenen studentischen Öffentlichkeit nachträglich weismachen wollte. Denn die ideale Scientific Community bedarf nur der Selbstvergewisserung, besonders dann, wenn die Unübersichtlichkeit der Zeit niemandem Gewißheit verschafft — und Experten der Unübersichtlichkeit waren reichlich geladen.

Nicht nur die, auch fleißige Schreiber über die demokratische Frage gehörten zum Kreis. Helmut Dubiel, Direktor des Instituts, u.a. hatten sich erst vor wenigen Monaten in einem kleinen Bändchen auf Hannah Arendt berufen: in einer theoretischen Auseinandersetzung über das Verhältnis von Demokratie und Öffentlichkeit. Aus diesem Grund und zahlreichen anderen Bemühungen, die Arbeit des Instituts wieder ins Bewußtsein der (zu-

mindest universitären) Öffentlichkeit zu bringen, hätte man annehmen können, etwas von Hannah Arendts Schriften müsse in die praktische Arbeit hineinreichen. So heißt es in Vita Activa: „Keine psychologisch erfaßbaren Eigenschaften, die man erziehen und heranzüchten könnte, weder Begabung noch Talente, können das ersetzen, was das Öffentliche konstituiert . . ." Weiter ist dort zu lesen, „das Wort öffentlich . . . bedeutet erstens, daß alles, was vor der Allgemeinheit erscheint, für jedermann sichtbar und hörbar ist, wodurch ihm die größtmögliche Öffentlichkeit zukommt. . . . Der Begriff des Öffentlichen bezeichnet zweitens die Welt selbst, insofern sie das uns Gemeinsame ist und als solches sich von dem unterscheidet, was uns privat zu eigen ist, also dem Ort, den wir unser Privateigentum nennen."

Fußballvereine müssen sich immerhin teilweise über den Verkauf von Eintrittskarten finanzieren, und wenn schlecht gespielt wird, bleiben die Pfiffe nicht aus. Undankbares Publikum. Pfiffe und Zwischenrufe, so dachte man sich im Institut der Geister, können von vornherein vermieden werden. Die Finanzierung des Treffens war ohnehin gesichert. Die Bandenwerbung des Suhrkamp Verlages sollte fürs erste alle Unkosten decken.

Gerüchte kursieren. Schon während der Vorbereitungsphase hätten einige innerhalb der geschlossenen Gesellschaft das Geheimtreffen auf höchster intellektueller Kommandoebene kritisiert. Doch selbst diese Kritik wurde nicht öffentlich verhandelt. Einige Gerüchte sind allerdings mit Vorsicht zu genießen. Denn daß einer der dort aufgetretenen Denker es leid sei, als „geistiger Wegbereiter des Terrorismus" zu gelten, ist so alt wie unoriginell. Der über den man heute in akademischer Abgeschiedenheit verhandelte, schrieb 1968 aus der Perspektive der aktuellen Kämpfe der Schwarzen um gleiche Rechte in den USA: „Die Idee, daß es ein Recht gibt, das höher ist als das positive Recht, ist so alt wie die Zivilisation selbst. Hier ist der Konflikt der Rechte, vor den jede mehr als private Opposition gestellt ist; denn das Bestehende hat das legale Monopol der Gewalt und das positive Recht, ja die Pflicht, diese Gewalt zu seiner Verteidigung auszuüben. Demgegenüber steht die Anerkennung und Ausübung eines höheren Rechts und die Pflicht des Widerstands als Triebkraft der geschichtlichen Entwicklung der Freiheit, ‚civil disobedience', als potentiell befreiende Gewalt. Ohne dieses Widerstandsrecht, ohne dieses Ausspielen eines höheren Rechts gegen das bestehende Recht ständen wir heute noch auf der Stufe der primitivsten Barbarei." Wer darüber heute redet, da doch die „civil society" als das non plus ultra gilt, wird zum Ziehvater des Terrorismus? Welche Phantasien, welche Gerüchte?

Ein anderes Gerücht macht schon vor dem offiziellen Anstoß die Runde: Ziel dieser Veranstaltung sei es, das zu Verhandelnde so zu destruieren, daß damit endlich Schluß ist. „Versuche über die Befreiung" sollen im akademisch eingeschränkten Blick ad acta gelegt werden.

„Aber die Forderung, die konkreten Alternativen anzugeben, ist noch aus einem anderen Grunde gerechtfertigt. Das negative Denken zieht alle Kraft, die es haben mag, aus seiner empirischen Basis: aus dem tatsächlichen Zustand des Menschen in der gegebenen Gesellschaft und aus den gegebenen Möglichkeiten, diesen Zustand zu transzendieren, das Reich der Freiheit zu erweitern."

Die personelle Besetzung war ein name dropping. Gerade so, wie das Unseld in seiner Veröffentlichung zur Geschichte des Suhrkamp Verlages gemacht hat: er nimmt seine Schreiber in den Arm, suggeriert, daß alles in der langen Geschichte des Verlages harmonisch verlaufen sei. (Was ist mit der Auseinandersetzung um den Nachlaß von Walter Benjamin, was mit der überteuerten und miserablen Gesamtausgabe desjenigen, der dann in der liturgischen Feierstunde im Institut verhandelt wurde?)

Die Geister des Instituts hatten wenig Inter-

esse, Leute zu ihrem Scheingefecht einzuladen, die in den harmonisierenden Diskurs mit dem Hinweis auf die realen Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft hätten einbrechen können. ‚Zerstört uns nicht unsere Diskussionskultur'. Aber, „die Vereinigung der Gegensätze, die den kommerziellen und politischen Stil charakterisieren, ist eine der vielen Weisen, in der Sprache und Kommunikation sich gegen den Ausdruck von Protest und Weigerung immunisieren".

Doch der Protest gegen das gesponserte Geisterspiel blieb nicht aus. Kurz vor dem Anpfiff in der Aula tauchte ein Plakat auf dem Campus auf. Neue Referenten mit anderen thematischen Schwerpunkten wurden angekündigt. Wie sehr das Original schon eine Fälschung war, zeigte sich, als das Plagiat mehrheitlich für das Original gehalten wurde. „Relativ neu ist, daß die öffentliche und private Meinung diese Lügen allgemein akzeptiert und ihren ungeheuerlichen Inhalt vertuscht. Verbreitung und Wirksamkeit dieser Sprache bezeugen den Triumph der Gesellschaft über die Widersprüche, die sie enthält . . ."

Völlig konfus, ohne jedes Verständnis und in völliger Verkennung der Lebenswelt, in der sich die Institutsgeister als Kenner der Gesellschaft und der sozialen Bewegungen seit Jahrzehnten bewegen, lief der Ehrenspielführer des Instituts mit dem hochgehaltenen Plakat die Frankfurter Universität ab. Als unaufgeklärter Aufklärer seiner Lebenswelt forschte er nach den Urhebern des Plakats: „Sind die Verfasser dieses Plakats nicht die Autonomen, die immer die Computer kaputt schlagen?" Wie gut kennen sich die Experten sozialer Bewegungen eigentlich aus, wenn ihre Gewaltphantasien schon dann mit ihnen durchgehen, wenn ein Plakat kurzerhand als kausallogischer Zusammenhang mit „mutmaßlichen Gewalttätigkeiten" interpretiert wird? (Hauptsache Frieden herrscht in meiner Burg.) Die zur Privatsache erklärte Veranstaltung geriet in Gefahr, von einer aufgebrachten Randgruppe gesprengt zu werden. „. . . der subjektive Faktor — das heißt das politische Bewußtsein — existiert bei der nonkonformistischen jungen Intelligenz; und das vitale Bedürfnis nach Veränderung bestimmt das Leben der Ghettobevölkerung und der unterprivilegierten Teile der Arbeiterklasse in zurückgebliebenen kapitalistischen Ländern".

Die Angst vor den jungen Rebellen machte die Runde. Denn „sie werden gewahr, daß [Veränderung] heute noch möglich ist und daß die Erreichung dieses Ziels eine Auseinandersetzung fordert, die nicht von den Regeln und Vorschriften einer Pseudo-Demokratie in einer Freien Orwellschen Welt eingedämmt werden kann". Also mußten für die Eröffnungsveranstaltung, zu der eigens Eintrittsbillets gedruckt worden waren, neue Strategien gefunden werden. Vor dem Auftritt zweier bekannter Theoretiker: der Auftritt des Ehrenspielführers, der schon als ehemaliger Kultusminister immer in der Lage war, Konflikte an der Universität so zu regeln, daß sich die sozialdemokratische Parteilinie durchsetzte. Legitimationsgefasel am Abend: Schon vor einem Jahr habe ja ein öffentlicher Kongreß zu jenem Theoretiker stattgefunden; in der Öffentlichkeit könne man nicht diskutieren, wie die großen Kongresse über die Vertreter der Kritischen Theorie in den letzten Jahren gezeigt hätten; man wolle zwar einen öffentlichen Diskurs führen, nur jetzt nicht. Und schließlich wolle man ja nicht politisch, sondern nur rein theoretisch diskutieren usw.

Damit wird aber ein entscheidender systematischer Zusammenhang der kritischen Gesellschaftstheorie auseinandergerissen. „Zum Beispiel glaube ich, daß der Begriff der Freiheit, daß der Begriff der Gerechtigkeit, daß der Begriff der Menschlichkeit, der Menschheit, wenn er wirklich analysiert und entwickelt wird, einschließt den Kampf gegen die bestehende Ausbeutung, gegen die bestehende Unmenschlichkeit. Der Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis ist also ein wesentlicher und innerer. Oder anders ausgedrückt: die theoretischen Begriff werden falsch, wenn nicht die Sphäre der Praxis einbezogen würde."

Die Eskapaden der wichtigsten Geister und Hilfsgeister des Instituts treiben seltsame Blüten. Da bemühen sie sich um eine studentische Öffentlichkeit, beteiligen sich gar an Kolloquien und einer Vorlesungsreihe mit Studenten und Studentinnen der Universitäten von Leipzig, Ost-Berlin und Frankfurt und suchen händeringend nach einem Publikum, da sonst die ReferentInnen in die ehrwürdige Leere des Raumes hineinreden und das alles, damit man aus der selbstproduzierten Anonymität herauskommt. Gut so. Aber auch hier trügt der Schein. Denn in dem Moment, in den nicht mehr das Interesse des Instituts im Mittelpunkt steht, wenn Forderungen von außen an das Institut herangetragen werden, verschließt man die Türen. Die Diskurse und Debatten sollen doch bitte kontrolliert und herrschaftsfrei nach Kriterien der Nutzenmaximierung für das Institut und dessen Repräsentationszwecke eingesetzt werden.

„Es gibt", so schrieb Michel Foucault in „Die Ordnung des Diskurses", „eine dritte Gruppe von Produzenten, welche die Kontrolle der Diskurse ermöglichen. Diesmal handelt es sich darum, ihre Kräfte zu bändigen und die Zufälle ihres Auftauchens zu beherrschen. Es geht darum, die Bedingungen ihres Einsatzes zu bestimmen, den sprechenden Individuen gewisse Regeln aufzuerlegen und so zu verhindern, daß jedermann Zugang zu den Diskursen hat: Verknappung diesmal der sprechenden Subjekte. Niemand kann in die Ordnung des Diskurses eintreten, wenn er nicht gewissen Erfordernissen genügt, wenn er nicht von vorneherein dazu qualifiziert ist. Genauer gesagt: nicht alle Regionen des Diskurses sind in gleicher Weise offen und zugänglich . . ."

Alle nicht näher gekennzeichneten Zitate sind den Schriften Herbert Marcuses entnommen, zu dessen Theorie das Institut für Sozialforschung am 14. und 15. Oktober 1990 eine „geschlossene wissenschaftliche Arbeitstagung" mit dem Titel „Wirklichkeit und Utopie im Werk Herbert Marcuses" veranstaltete. Eine interne Kritik an der Konzeption wurde genauso wie der Protest von studentischer Seite ignoriert.

Jan Sibar

Grußwort an die Erstsemester

Wir veröffentlichen an dieser Stelle die Rede eines AStA-Vertreters an die Erstsemester der Magisterstudiengänge, gehalten am 15.10.1990. Wir dokumentieren diesen Text, da er aus der Sicht des AStA's eine Darstellung der allgemeinen Situation an der Universität enthält und über das derzeitige politische Grundverständnis des AStA's informiert.

Guten Morgen!

Im Namen der Linken Liste im Allgemeinen StudentInnenausschuß begrüße ich Euch herzlich an dieser Universität.

Über zwei Punkte möchte ich kurz sprechen: zum einen über die universitäre und studentische Selbstverwaltung, zum anderen über die Studiensituation, die Ihr erleben werdet. An beidem ist mir wichtig, die Möglichkeit bzw. Unmöglichkeit studentischer Mitbestimmung an der Universität herauszustellen.

Mit Eurer Immatrikulation seid Ihr „Bürger der Universität", wie Max Horkheimer das Anfang der 50er Jahre anläßlich einer damals noch „feierlichen" Immatrikulation formulierte. Der Ausdruck bezieht sich auf die weitgehende Selbständigkeit (Autonomie) der Hochschulen, die nicht durch übergeordnete ministerielle Bürokratie, sondern durch ihre Mitglieder selbst verwaltet werden. Dabei sind die Studenten freilich Bürger zweiter oder gar dritter Klasse.

In den Selbstverwaltungsorganen der Universität, in Konvent und Senat, sind die Stu-

dentInnen neben Professoren und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen nur so schwach vertreten, daß sie hier kaum Einfluß auf relevante Entscheidungen nehmen können. Die Professoren haben überall die absolute Mehrheit, die Dreistigkeit der Universitätsleitung im Umgang mit studentischen Forderungen tut ein übriges. Zentrale Anliegen der StudentInnenbewegung waren daher die Drittelparität (ProfessorInnen, wissenschaftliche MitarbeiterInnen, StudentInnen) bei der Besetzung dieser Gremien, und weitgehend formale Demokratie bei ihrer Wahl; dies würde der übergroßen Mehrheit der Universitätsangehörigen, den StudentInnen, auch die Mehrheit in den wesentlichen Entscheidungsgremien der Universität sichern.

Darüber hinaus seid Ihr automatisch Mitglieder der StudentInnenschaft, deren institutionelle Vertretung der Allgemeine StudentInnenausschuß (AStA) ist.

Wie kommt der AStA zustande? Die StudentInnen wählen einmal im Jahr in allgemeinen, geheimen, gleichen Wahlen das StudentInnenparlament (StuPa). Zur Wahl stehen nicht Einzelpersonen, sondern Listen, politische Gruppierungen; das sind zum Teil Hochschulorganisationen von Parteien, zum Teil selbständige StudentInnengruppen.

Das StuPa hat zweiundzwanzig Mitglieder; es wählt den AStA-Vorstand. Im Moment wird der AStA getragen von einer Koalition aus den feministisch-autonomen Unifrauen, Grünen, Jusos und der Linken Liste. — Zur Linken Liste hätte ich eigentlich schon bei der ersten Erwähnung des Namens eine Anmerkung machen müssen: wir haben nichts mit der Linken Liste/PDS zu tun. Die ist sozialdemokratisch und staatstragend, wir sind keins von beidem. Wie gesagt, ich hätte es am Anfang klarstellen sollen, bin aber noch nicht gewohnt, ständig diese Verwechslung ausräumen zu müssen. — Doch zurück zum AStA. Der AStA arbeitet den Haushalt der StudentInnenschaft aus, das StuPa beschließt ihn; finanziert wird er hauptsächlich durch studentische Beiträge, durch zehn von den sechzig Mark, die jede StudentIn bei der Einschreibung bzw. Rückmeldung bezahlen muß.

Die restlichen fünfzig Mark gehen an das Studentenwerk; das ist eine ungewöhnliche Verteilung. An den meisten Unis sind die studentischen Beiträge pro Semester insgesamt niedriger — zwischen vierzig und fünfzig Mark — der Anteil der StudentInnenschaft deutlich höher, er liegt im Schnitt bei dreizehn Mark. Das Frankfurter Studentenwerk bekommt also außergewöhnlich viel Geld; dabei kann man nicht sagen, daß es seiner ausdrücklichen Aufgabe, sich um die sozialen Bedürfnisse der StudentInnen zu kümmern (Wohnheime, Mensen, BAföG) nachkommt. Die Wohnheimkapazität z.B. wurde in Frankfurt seit zehn Jahren nicht mehr erhöht, was jede und jeder bei der Wohnungssuche zu spüren bekommt. Daß das so ist, ist nicht erstaunlich, wenn man weiß, daß der letzte StudentInnenwerksvorstand mit der Begründung entlassen wurde, er kümmere sich zu sehr um die sozialen Bedürfnisse der StudentInnen.

Wie sieht nun die Arbeit des jetzigen AStA aus? Er bietet zunächst eine Reihe von Dienstleistungen an: Rechtsberatung, Autovermietung (Kfz-Referat), das Kommunikationszentrum (kurz KOZ), das vor allem als Café auf dem Campus bekannt ist, aber auch als Veranstaltungsraum genutzt wird (Vorträge, pol. Diskussionsveranstaltungen, Konzerte), ferner das Kulturreferat, internationale Studentenausweise, Druckerei.

Doch beschränken wir unsere Arbeit ausdrücklich nicht auf den Service-Betrieb. So gibt es das Frauen- und Lesbenreferat, das Schwulenreferat und die Gruppe internationaler StudentInnen. Diese Referate und Gruppen arbeiten autonom, werden jedoch vom AStA finanziert. Sie dienen den an der Universität diskriminierten Minderheiten als Anlaufstelle für ihre besonderen Probleme — und eben auch der diskriminierten Minderheit, den Frauen. Sie stellen zwar in vielen Fachbereichen deutlich die Mehrzahl der StudentInnen, doch kehrt sich dieses Verhältnis bei den akademischen Ausschüssen drastisch um. Frauen, die zu Professorinnen berufen werden, gibt es so gut wie nicht.

Bei der Arbeit der Referate und Gruppen geht es natürlich um Interessenwahrung von StudentInnen. Diskriminierung von Frauen, Homosexuellen, AusländerInnen sind aber keinesfalls Probleme der Universität allein: sie lassen sich, engt man Blick und Arbeit auf die Universität ein, weder begreifen noch gar lösen.

Als weitere autonome Projekte unterstützt der AStA zwei StudentInnen-Zeitungen: den *diskus*, der im nächsten Jahr vierzig Jahre alt wird, und die *Perspektiven*, eine neuere, betont

internationale Zeitung.

Mit diesen beiden Zeitungen und vielen Vorträgen und Diskussionen versuchen wir, eine Gegenöffentlichkeit herzustellen, eine theoretische und (gesellschafts-) politische Diskussion und Arbeit zu ermöglichen, wie sie im Rahmen der Seminare nicht oder nur höchst eingeschränkt möglich ist.

Der akademische Diskurs ist beschränkt. Das liegt u.a. an einer seit Jahren konservativen Berufungspolitik, die bestimmte — natürlich politisch relevante — Themen von der Universität ausgrenzt. (...)

Es gibt an dieser Universität dennoch Freiräume zur Entfaltung von Kritik. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang auch Räume im ganz wörtlichen Sinn: das StudentInnenhaus, in dem zunächst einmal Räume für politische Gruppen, Zeitungsarbeit und andere studentische Projekte zur Verfügung stehen: eine ganz wichtige Voraussetzung.

Die Freiräume sind nicht selbstverständlich, werden von Universtitätsleitung und -bürokratie sowie Professoren nicht einfach zugestanden; sie sind vielmehr das Ergebnis von harten Auseinandersetzungen — illegalen, doch legitimen Auseinandersetzungen, denn die Möglichkeit, studentischen Einfluß bei den universitären Entscheidungen auf legalem Weg, d.h. über die Vertretung in den Selbstverwaltungsgremien der Universität auszuüben, gibt es wie gesagt nicht. So sind das Kommunikationszentrum und Kindertagesstätte — wie fast alle studentischen Initiativen — nur durch Besetzung von Räumen ermöglicht worden. Die Nutzung der Räume wird mittlerweile von der Universitätsleitung geduldet. Das studentische Institut für kritische Interdisziplinarität, ein alternatives studentisches Projekt, das im letzten Unistreik entstand, hat dagegen nie Räume besetzt; deshalb verfügt es bis heute über keinen einzigen.

Die erkämpften Freiräume stehen und fallen damit, daß sie von den StudentInnen, also von Euch, genutzt werden, daß Ihr sie durch Euer Engagement erhaltet. Darin, diese Freiräume zu erhalten und auszubauen, sehe ich die derzeit wichtigste Aufgabe des AStA.

Ein Blick auf die Studiensituation zeigt schnell, warum das so ist. Meinte akademische Freiheit einst auch die weitgehende Freiheit der StudentInnen in der Gestaltung Ihres Studiums, in der Wahl des Ortes, des Lehrers, des Gegenstandes, so wird diese Freiheit mehr und mehr eingeschränkt.

Die Wohnungssituation und die finanzielle Lage zwingen viele StudentInnen, in der Stadt zu studieren, in der sie auch zur Schule gingen, weiter bei den Eltern zu wohnen, häufig auch neben dem Studium zu jobben. Das alles verhindert viel von der Unabhängigkeit, die ein Studium ermöglichen sollte.

Die Öffnung der Universitäten, das Ansteigen der StudentInnenzahlen in den letzten beiden Jahrzehnten ist eine positive Entwicklung. Doch erhöhte sich weder die Zahl der Hochschullehrer entsprechend, noch wurde die materielle Ausstattung der Universitäten (Bibliotheken, Räume) angemessen verbessert.

Das hat erhebliche Konsequenzen. Die Wahl des Lehrers ist ebenso eingeschränkt wie das Angebot an Seminaren, auch wenn es beim ersten Aufschlagen des Vorlesungsverzeichnisses sehr vielseitig erscheint. Hinzu kommt die Situation in den Seminaren: Gerade die Proseminare und Einführungsveranstaltungen sind unerträglich überfüllt; in Gruppen von einhundert und mehr StudentInnen ist eine Diskussion kaum möglich. Das Seminar, das nach heftigen Auseinandersetzung auf studentische Forderung hin mehr und mehr an die Stelle der Vorlesung trat, wird ad absurdum geführt. Es sollte aktive Mitarbeit der StudentInnen und damit auch Mitbestimmung an Forschung und Lehre gewährleisten. Doch so verkümmert das Seminar zur Vorlesung, die die Lehrenden allzu oft routiniert und ohne Interesse an einer Diskussion mit den StudentInnen abspulen.

Das hängt noch in anderer Hinsicht mit dem Anstieg der StudentInnenzahlen zusammen oder vielmehr mit der dadurch angezeigten veränderten gesellschaftlichen Funktion der akademischen Ausbildung: nur die Zahl der Studierenden wuchs, kaum aber die der Professuren, Dozentenstellen und sonstigen hochqualifizierten und wissenschaftlichen Arbeitsmöglichkeiten. Der Professor bildet keine von ihm als gleichwertig akzeptierte WissenschaftlerInnen aus, sondern Leute, die überwiegend minder qualifizierte Tätigkeiten nachgehen werden. Das bestimmt sein Verhältnis zu ihnen: er vermittelt ihnen Stoff, läßt sie jedoch nicht mehr an der Forschung teilnehmen. So ist die Einheit von Lehre und Forschung, noch immer ideologischer Grundpfeiler der Universitäten, praktisch längst abgeschafft. Das widerlegen auch nicht die wenigen Doktoranden, denen die Ehre des Zugangs zu den drittmittelfinanzierten Forschungsprojekten zuteil wird. Denn während die universitäre Forschung durch solche Außenfinanzierungen vor den Karren der Industrie gespannt wird, verkommt der Lehrbetrieb zur Berufsschule für Allgemeinbildung. Die dabei stattfindende Selektion verschärft nur die Konkurrenz unter den StudentInnen, die durch die insgesamt problematischen Berufsaussichten eh gegeben ist.

Diese Tendenzen schlagen sich auch nieder in verschärften Prüfungsordnungen, wachsender Verschulung sowie immer wieder aufflebenden Plänen zur Einführung von berufsqualifizierenden Kurzstudiengängen, die das weit freiere wissenschaftliche Studium ersetzen sollen. Dabei würde der Zugang zu den verschiedenen Studienklassen natürlich nicht durch das individuelle Interesse, sondern durch Numerus Clausus geregelt.

Die genannten Faktoren: Notwendigkeit neben dem Studium zu arbeiten, Seminarsituation, Lehrangebot, Zeit- und Prüfungsdruck, schränken die Freiheit des Studiums ein; die Freiheit, sich wenigstens auf einige Jahre der gesellschaftlichen Verwertung zu entziehen, eignen Impulsen nachgehen und sie entwicklen zu können. Sie schränken auch die Freiheit zur Kritik gegenüber den Hochschullehrern und der von ihnen vertretenen Wissenschaft ein; wenn berufliche Aussichten vom guten Willen des Professors abhängen, wenn das Studium möglichst schnell über die Runden gebracht werden muß, dann bleibt nur Anpassung.

Solche Anpassung an die universitären Verhältnisse bedeutet häufig Verzicht auf das, was man sich vom Studium erwartet hat. Etwa dann, wenn man das, was für einen den Reiz der Literatur ausmachte, in der gängigen Literaturwissenschaft einfach nicht wiederfindet. Aus der Sicht der Professoren sieht das dann so aus, daß die StudentInnen eben mit falschen Vorstellungen an ihr Studium herangegangen seien. Doch ist die vertretene Wissenschaft nicht objektiv, denn es ist eine politische Entscheidung, welche Art von Wissenschaft an den Universitäten betrieben wird.

So ist es nicht nur gerechtfertigt, sondern notwendig, daß Ihr Eure Erwartungen und Ansprüche an das Studium einklagt, Euch nicht der Alternative von Anpassung und Resignation (die sich in der erschreckend hohen Zahl der Studienabbrüche niederschlägt) fügt, Euch nicht durch Konkurrenz isolieren laßt, sondern gemeinsam Freiräume nehmt, Eure Interessen gegen die Uni-Bürokratie, die die StudentInnen am liebsten quadratisch, praktisch, gut sähe, durchsetzt. Nur daraus kann entstehen, was es bisher nur dem Namen nach gibt: die studentische Selbstverwaltung.

Denn wie sehr Freiräume auch eingeschränkt werden, vollends durchgesetzt haben sich Unfreiheit und Leistungsschema erst, wenn keine(r) mehr einfach mal drauf pfeift.

(*Die leicht gekürzte Rede hielt:*)

Andreas Wittek

Der MERKUR und der „Neunte November"

„Einheit, Einheit, Brust an Brust, ein Reigen des Volkes . . ."
(F. Kafka: „Beim Bau der chinesischen Mauer")

Mag sein, daß ich mir mit der folgenden Polemik gegen die Artikel, mit denen der *Merkur*, wahrscheinlich die bedeutendste unter den liberalen Kulturzeitschriften Westdeutschlands, die Öffnung der DDR-Grenze kommentiert hat, zu viel Zeit gelassen habe. Ich halte es auch für möglich, daß sich die Autoren — allesamt renommierte Wissenschaftler: Dahrendorf, Governer der London School of Economics and Political Science, Bohrer, Germanist an der Universität Bielefeld, Oevermann, Frankfurter Soziologe — heute nach knapp einem Jahr in ihren Beiträgen nicht mehr wiedererkennen mögen. Das liegt an der Dynamik der Zeit oder auch an der Geringfügigkeit des „9. November" bzw. an der Rapidität, mit der die Bonner Politik das „historische Ereignis" in den Schatten gestellt hat. Dennoch hat, was den Autoren damals dazu eingefallen ist, eine allgemeine, für die Stimmung der westdeutschen Intelligenz symptomatische Bedeutung.

Der *MERKUR. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* ist bekanntlich kein Tagesblatt. Im Dezemberheft des vorigen Jahres aber mußte er eine Ausnahme machen. Redaktionsschluß sollte am 10. November sein, und den Tag davor, am „9.", öffnet die SED die Staatsgrenze. Was tun? Das Datum ignorieren und die Leser auf den Januar vertrösten? Oder sich dem geschichtsträchtigen Ereignis stellen und es, wie immer provisorisch, mit einem Tageskommentar versehen? — Der Herausgeber Bohrer hat sich für die journalistische Lösung entschieden und aus dem Stegreif einen Artikel verfaßt, der seither das besagte Dezemberheft als „Editorial" ziert.

Was ihm da durch den Kopf gegangen ist, sind indessen keineswegs ordinäre Tageseinfälle. Der Artikel beginnt: „‚Det is Geschichte, Mann!' sagte ein Deutscher (!) am Branden-

burger Tor . . .", und Bohrer sagt es auch. Freilich drückt er es gewählter aus. Zum einen figürlich: es geschah ein „Durchbruch durch die Mauer". Zum anderen geschichtsphilosophisch: es war ein „Einbruch in alle Resignationen des Posthistoire" und eine „überwältigende Renaissance der Unmittelbarkeit". Zum dritten in Termini der Semiologie und Mentalitätsforschung: die „einmalige historische Situation" wurde „emotionell und symbolisch glückhaft" besetzt durch die „ergreifenden Gesten des Volkes", die Reden vor dem Schöneberger Rathaus und „durch das Singen der Nationalhymne" im Bonner Parlament. „Das längst zum Verschwinden Verurteilte kam zurück" (*Merkur* 1989, Heft 12, S. 1037).

Gewiß, man kann die Sache journalistischer darstellen. Die SED hat, vermutlich nach Beratungen mit Gorbatschow und nach der Neubesetzung des Politbüros, das über die DDRler seit 1961 verhängte Ausreiseverbot aufgehoben und damit eine Reihe von Manifestationen ausgelöst, die Erleichterung, Hoffnung auf weitere Veränderung ausdrückten und in der Presse mit einem ‚Volksfest' verglichen wurden. Ungewißheit, Zuversicht und Erwartung eines freieren Lebens für die Zukunft artikulierten sich unter anderem in Parolen und Symbolhandlungen, die während der Ausweitung der Opposition gegen das SED-Regime aufgekommen waren, für die Westdeutschen aber etwas befremdlich Antiquiertes an sich hatten und von ihnen bis dahin als Kennzeichen neonazistischer Einstellung wahrgenommen wurden. Für kurze Zeit war der Alltag der Berliner, der Westmedien, ja sogar der westdeutschen Politik unterbrochen. Die Ostdeutschen brachten etwas von ihrer Widerstandshaltung herüber; es fand diesseits ein Echo, transformierte sich aber sogleich. Was sich davon festgesetzt hat, ist ungewiß und deswegen kaum auszumachen, weil es bloß der Nachhall einer Bewegung war, die anderswo stattfand und die Lebensbedingungen im Westen nicht im mindesten berührt hat, – so daß sich nach dem aufsehenerregenden „Ereignis" unvermeidlich der gewohnte politische Alltag wieder einstellte.

Bohrer hat seinen Artikel an einem dieser Werktage geschrieben. Es war ihm daher nicht vergönnt, bei dem „9. November" zu verweilen. Er mußte, wenn er dessen Konsequenzen überdachte, seine Umgebung ins Auge fassen. Dabei kommt zutage, daß ihn das mangelnde Nationalgefühl der Westdeutschen beunruhigt, und daß er sich für das „längst zum Verschwinden Verurteilte" engagiert. — Ich habe immer geglaubt, Bohrer sei ein etwas verquerer Modernist, er halte es mit dem heldischen Pessimismus und sein Herz sei bei den poetischen Bildern des Schreckens, den Figuren des Ausnahmezustands, dem Surrealismus. — Etwas muß ihm den Kopf verdreht haben, möglicherweise der „9. November". Er will mit dem Artikel die „Tabuisierung des Nationalen" durchbrechen und ein verschwiegenes „Einverständnis" zwischen der „intellektuellen und politischen Klasse der West- und Ostdeutschen" (S. 1039) aufdecken.

Bohrer hat am „9. November" die Kraft entdeckt, die Geschichte macht; für ihn ist die Stunde der Wahrheit gekommen. Und er wartet nun mit der allerdings überraschenden Enthüllung auf, daß die herrschende Klasse nicht nur in der DDR, sondern auch in Westdeutschland den Konsens der Regierten verspielt hat und über keine Loyalitätsbasis mehr verfügt. Die feindlichen Brüder klammern sich an den Status quo, sie denken und fühlen nur in „Kategorien der Stabilität" und halten sich, einträchtig gegen das „Volk" verschworen, hüben wie drüben gegenseitig im Sattel. Denn auch die westdeutsche Elite hat „keine Vorstellung mehr von der Nation", keine „nationale Identität". Unglücklicherweise hält sie sich darauf etwas zugute, von wegen: „Wir haben endgültig gelernt", nämlich durch den deutschen Faschismus erfahren müssen, wohin der Nationalismus führen kann. Von wegen!, sagt Bohrer, diese Prätention und Selbstbezichtigung hat etwas „Neurotisches" an sich (S. 1039). — Er gelangt demnach zu einem pathologischen Befund: der „deutschen Identitätskrise".

Nun sei diese Anomalie bei den Intellektuellen im Osten erklärlich; denn sie hängen an der „sozialistischen Utopie" und versteifen sich auf die Parole: „Reformen ja, aber nicht auf Kosten des sozialistischen Experiments" (S. 1038). Und ähnlich ist es um die „SPD-Linke" und die Grünen bestellt, die den „9. November" auf ihre Weise auslegen und „am Ende gar" auf „ein gänzlich entbürgerlichtes Gesamtdeutschland" spekulieren (S. 1037). — Warum aber sperrt sich auch die herrschende Klasse der BRD gegen die nunmehr, seit diesen „erstaunlichen Tagen", „wieder politisch artikulierte Nation" (S. 1039)? Bohrer riskiert die These, daß sie hinter dem Mond zuhause ist und nicht zur Kenntnis nehmen will, daß sie keinen Grund mehr unter den Füßen hat. Denn die Republik, das ist Bohrers ungewöhnliche Ansicht von den hiesigen Herrschaftsverhältnissen, sei schon seit langem gefährdet, und die Gefahr werde täglich akuter. Wenn man sie weiterhin ignoriere und dem nunmehr geschehenen „Einbruch" der Geschichte nicht politisch Rechnung trage, so werde sich ein „Vakuum" auftun, „das der Bundesrepublik längst den Ausdruck von etwas Nebulösem gegeben hat, dem jeder psychische und geistige Kern fehlt" (S. 1039).

Wie man sieht, hat Bohrer die alte Witterung für den ‚Ausnahmezustand' nicht verloren, nur daß er vom Pessimismus zum Projektemachen übergegangen ist. „Unsere politische und literarische Intelligenz" hat, so urteilt er, weder für die „Gesten des Volkes" noch für die „einmalige historische Situation" ein ausreichendes Gespür. Wieweit die psychische Erstarrung und das Stabilitätsdenken um sich gegriffen haben, das stellt er an „einigen unserer Konservativen" fest. Denen habe es sogar die Sprache verschlagen. Statt wie bisher von „Wiedervereinigung" zu reden und sich praktisch darauf einzustellen, übernehmen sie jetzt, da es gilt, die polemische Reizvokabel des „Anschlusses". — An dieser Stelle nun platzt ihm der Kragen. Der Vergleich mit der Annexion Österreichs sei, eine freie „Abstimmung" des Volks „über die Zukunft Deutschlands" vorausgesetzt (daß es auch ohne sie gehen würde, war im vorigen November noch unvorstellbar), schon deshalb abwegig, weil dabei von Bonn aus gedacht werde. Das zeuge aber von einer, unter historischem wie praktischem Gesichtspunkt, ganz oberflächlichen Betrachtungsweise. Der Artikel wartet nun mit einem Vorschlag auf, dessen Kühnheit darauf schließen läßt, daß er in schlaflosen Nächten erwogen worden sein muß. „Conditio sine qua non" der „Wiedervereinigung" sei die Bereitschaft, Bonn zu vergessen und die zu bewältigende Aufgabe von der alten Reichshauptstadt her zu projektieren. „Das politische Entscheidungszentrum müßte sich vom Rhein wieder zum wiedervereinigten Berlin zurückschieben" (S. 1038). So sagt er das! Das hört sich an wie Bauernfängerei. Es ist aber wohl eine Herzensangelegenheit, die da nach Worten ringt. Der Mann leidet unter historischem Heimweh. Er deutet im folgenden auch an, daß ihn die westdeutschen Provinzverhältnisse gemütskrank machen:

„Die Bundesrepublik, namentlich ihre rheinischen und bayerischen Teile, erführen eine angemessene Rückversetzung in ihre wahre Identität: als Provinz, während Leipzig und Dresden, ja sogar Jena in der Geschichte der deutschen Moderne unendlich wichtiger als Köln und München, durch diese Veränderung des Machtzentrums wieder aufgewertet würden. Vermutlich graut nicht nur einem Teil der konservativen Föderalisten bei dem Gedanken, das harmlose Bonn, das sich nicht umsonst so viele Tölpeleien erlaubt hat, würde am Ende nur eine Episode gewesen sein und von der einzigen Metropole, die wir haben, wieder abgelöst werden. Berlin, das ist eine ferne Utopie" (S. 1038).

Daß Bohrer den einen Teil der Beschuldigten, die westdeutschen Politiker, unterschätzt hat, liegt inzwischen auf der Hand; zielstrebiger und erpresserischer als sie hätte man die Anschlußpolitik nicht betreiben können. Ob der andere Teil, die Intellektuellen, von denen man so handfeste Beweise nicht verlangen kann, begonnen hat umzudenken, ist weitaus schwieriger auszumachen. Mustert man, wie ich es im folgenden tue, die der ‚Deutschland-Frage' gewidmeten Beiträge in den *Merkur*-Heften dieses Jahres, so stößt man auf eine Reihe verschiedener An-

sichten, die ungefähr so weit auseinander liegen, wie sich das Meinungsspektrum der westdeutschen Presse erstreckt; nur deren Mittelfeld ist im *Merkur* schwach repräsentiert.

Auf der einen Seite gibt es eine Gruppe von Hochschulakademikern, die vorbehaltlos, um nicht zu sagen emphatisch, für die „Wiedervereinigung" eintreten. Es sind Bohrer, Dahrendorf, Oevermann und dann noch Wellershoff, der sich aber damit begnügt, die Überlegungen der anderen zusammenzufassen. Was sie verbindet, ist zum einen eine eigentümliche Ungehaltenheit über die glanzlose Republik und die politische Lethargie der 80er Jahre, für die sie sowohl die Regierungsparteien als auch, in pauschalen und herablassenden Urteilen, die Intellektuellen verantwortlich machen; zum anderen aber, daß sie die Oppositionsbewegung in den sozialistischen Ländern und den künftigen gesamtdeutschen Staat mit Erwartungen und Begriffen besetzen, die den Kernbestand der politischen Philosophie des Bürgertums bilden, nämlich Volk, Freiheit, Staatssouveränität. Sie überhöhen mit diesen Begriffen die politische Annexion der DDR und die Reprivatisierung der Planwirtschaft zum Projekt einer Selbstfindung der deutschen „Nation", der bisher das Recht auf Selbstbestimmung, wo nicht gar die Existenzberechtigung abgesprochen worden sei. — Diesem, wie Bohrer sich ausdrückt, „intellektuell begründeten Nationalismus" (Dez., S. 1039) stehen auf der anderen Seite Artikel gegenüber, die das Realitätsverhältnis dieser Begriffe problematisieren und sich über ihre Herkunft lustig machen (Michael Rutschky, Manfred Schneider, Peter Bender). — Zwischen diesen Positionen sind die Beiträge des Ostberliners Friedrich Dieckmann anzusiedeln, der den authentischen Sinn und Beweggrund der Massenopposition seiner Landsleute zu erfassen versucht.

Bohrer hat es für erforderlich gehalten, noch einmal im Märzheft dieses Jahres zu intervenieren. Er dehnt darin, allem Anschein nach etwas ernüchtert, sein Urteil über die deutschen Eliten auf alle Deutschen aus. Dabei beruft er sich auf das unlängst erschienene Buch von Norbert Elias „Studien über die Deutschen", das er folgendermaßen resümiert: Die Deutschen seien zur Triebsublimierung unfähig und politisch nicht berechenbar, solange man ihnen einen Staat vorenthält, mit dem und über den sie sich identifizieren können. Ihr besonderer Fall und Ursache z. B. des ‚westdeutschen Terrorismus' sei „das Defizit eines sublimierend wirkenden selbstverständlichen Nationalgefühls" (Jg. 1990, H. 3, S. 185). Sie dürften daher beanspruchen — und das liege im wohlverstandenen Interesse auch der Nachbarvölker —, daß sie „in einem alle Schichten umfassenden Selbstgefühl aufgrund positiver (!) kollektiver historisch-kultureller Erinnerung" sich vereint sehen und selbst achten lernen. Wie das aber bewerkstelligen, wenn das Objekt der Erinnerung, die Nationalgeschichte, im argen liegt? Bohrers Vorschlag lautet:

„Durch die Schaffung der elementarsten Voraussetzung, eine solche Erinnerung zu ermöglichen. Das ist aber nur dann der Fall, wenn die Ursache des Erinnerungsverlustes, die Trennung von DDR und BRD als selbständige Staaten, aufgehoben wird, wenn das Jahr '45 als Nullpunkt des traumatischen Erinnerungsverlustes verschwindet, wenn die gemeinsame Zeit vorher wieder angenommen wird" (ebd.).

Das Problem ist an diesem Punkte nicht der Verlust, sondern der Gegenstand der Erinnerung. Was da anzunehmen wäre, ist zunächst einmal der deutsche Faschismus. Aber wie denn ‚annehmen'? In welchem Sinne? Dazu äußert sich Bohrer nicht; er wechselt das Thema. — Wenn er nun aber damit recht hätte, daß den Deutschen nicht die Diktatur der Nazis, sondern die bedingungslose Kapitulation an die Nieren gegangen ist, wenn ihnen nicht die faschistische Kriegspolitik, sondern die Okkupation ihres Vaterlands die Erinnerung verschlagen hätte, und wenn also ihre „Identitätskrise" nicht vom Terror, sondern vom Zusammenbruch dieses ihres Nationalstaats herrührte, — dann ist allerdings zu vermuten, daß die von Bohrer vorgeschlagene Therapie mit und in den Resten „kultureller Erinnerung" (etwa an Berlin als Kulturmetropole der Moderne) die Sedimente und Idole der *politischen* Tradition zutage fördern wird, und zwar in ihrer historisch jüngsten Gestalt, in derjenigen nämlich, die die Nazis dem Nationalstaat gegeben haben. — Ich werde mich hüten, den Teufel an die Wand zu malen. Auch glaube ich nicht, daß die Zukunft in der Gemütsverfassung der Deutschen oder, wie Bohrer das ausdrückt, in der „seelisch-politische(n) Infrastruktur beider Halbnationen" (S. 187) beschlossen liegt. Außerdem ist ganz unausgemacht, ob die DDRler mit ihrer Einheitsparole und der Protestbeflaggung ihrer Häuser auf anderes als auf Reisen und Westwaren hinauswollen, und daß sich die Westdeutschen nicht auch weiterhin mit dem Fußball-Patriotismus begnügen werden.

Die Frage ist aber, worauf Bohrer mit seinem Therapieprojekt hinauswill. Er fordert den gesamtdeutschen Staat als die Bedingung eines nationalen Traditionsbewußtseins. Dabei plagt ihn lediglich der Gedanke, daß die Nachbarn das Heilmittel für bedrohlicher halten könnten als den pathologischen Befund, das ‚defizitäre Nationalgefühl' der Deutschen. Deswegen schiebt er den Elias vor sich her, dessen Buch nun allerdings gar nicht dazu angetan ist, das Mißtrauen gegen den deutschen Nationalismus zu beschwichtigen. Denn Elias zerbricht sich wegen der RAF zwar auch den Kopf über die politische Orientierung und Identität der Westdeutschen, aber aus Sorge um die Stabilität der westdeutschen Demokratie und deren Integrationsfähigkeit etwa im Falle einer „Wirtschaftskrise". Bedenken solcher Art liegen hinwiederum Bohrer fern. Denn was den wurmt, ist vielmehr die allgemeine Verknöcherung, das die Republik charakterisierende Stabilitätsdenken, der politische Provinzialismus und eben — er kann es nicht oft genug sagen — die „Verlagerung des politischen Zentrums in die Provinz" (S. 186). — Für diese Art Unbehagen aber gibt es ohne Zweifel geeignetere Gewährsleute als ausgerechnet Elias.

Zum Beispiel den Kultursoziologen Alfred Weber, der sich, nachdem er gerade die Heidelberger „Aktionsgruppe zur Demokratie und zum freien Sozialismus" ins Leben gerufen hatte, im Herbst desselben Jahres 1945, auf das Bohrer den ‚traumatischen Erinnerungsverlust' der Deutschen datiert, über deren Zukunft Gedanken gemacht hat. Als „unsere Aufgabe" betrachtete damals der alte Weber: „die Umwandlung des deutschen Massenmenschen, ... des bloßen Ordnungs- und Einsatzmenschen" in ein „zu seinen alten Tiefen zurückgekehrtes, aus ihnen das Dasein neu ergreifendes Volk"[1].

Angenommen, es wäre dieser Rückgriff auf die Geschichte „eines großen alten Kulturvolks", den Bohrer seinen Landsleuten verordnen möchte, so springt daran freilich ein Aspekt ins Auge: In solcher Traditionstiefe verliert die Politik des deutschen Nationalstaats jegliche Relevanz; in diesem Kulturgeschichtsregister ist über den Faschismus nichts vermerkt.

Auf der anderen Seite gehört dieser nationale Kirchenkalender unleugbar zum ideologischen Fundament des Nationalsozialismus und bildet unbestreitbar das Grundargument für dessen Projekt der Wiederherstellung des souveränen Staats. In Bohrers therapeutischem Programm wären daher Vergessen und unfreiwillige Erinnerung bunt gemischt. Es ist aber zu fragen, wie Bohrer darauf verfallen ist, die Sorge der Nazis um den Bestand von „Volk und Staat" so akkurat zu wiederholen; ob ihm das so einfach unterlaufen konnte oder wieviel willentliche Gedächtnisleistung dabei im Spiel ist?

Dahrendorf, von dem Bohrer das polemische Stichwort der „Status-quo-Haltung" hat, vermeidet diesen kulturgeschichtlichen Rekurs und auch den Volksbegriff. Bereits für das Novemberheft hat er unter dem Eindruck der Ausreisewelle über Prag und Ungarn den Artikel „Deutsche Kopfschmerzen — Angst vor dem Wandel?" geschrieben und den *Merkur*-Lesern die Frage vorgelegt, warum „deutsche Politiker" immerzu „von Stabilität und nicht von Freiheit" redeten (Jg. 1989, H. 11, S. 1020). Er macht dafür verschiedene Motive aus: ein illusionäres „Europa"-Konzept, unangebrachte Kritik am ‚Na-

tionalstaat' bzw. leichtfertige Behauptung seiner Entbehrlichkeit, vor allem aber die „alte Idee eines ‚dritten Weges'" (S. 1021). Dahrendorf erklärt sie samt und sonders entweder für Ausflüchte oder für antiquierte Marotten. Man müsse sich den Erfahrungen der Bürger in den osteuropäischen Ländern stellen, und die hätten eine klare Alternative vor Augen: „Bürokratie und Planwirtschaft oder Demokratie und Marktwirtschaft ... Tertium non datur" (S. 1022). Oder vielmehr: inzwischen sind die Würfel gefallen. Da der Kapitalismus das Plansystem niederkonkurriert hat, bleibt unausweichlich nur die „Demokratie". In Gegensatz zu Bohrer scheint er daher mit dem Stand der Dinge im Westen nicht das geringste Problem zu haben. Auch warnt er davor, die „deutsche Frage" zu dramatisieren. „Es geht bei den ostmitteleuropäischen Veränderungen nicht um Deutschland. Es geht um Demokratie und Marktwirtschaft, also um Freiheit" (S. 1022).

Für Bohrers böse Ahnungen dürfte also Dahrendorf, sollte man meinen, kein Verständnis aufbringen. Trotzdem hat er sich im Märzheft auf sie eingelassen. Der Artikel, in dem er es tut, hat den lapidaren Titel „Politik. Eine Kolumne", womit er zu verstehen gibt, daß er eine Nachhilfestunde, und zwar über den „Nationalstaat", für angebracht hält. Gleich zu Beginn verpaßt er dem armen Bohrer eine schallende Ohrfeige: das Gerede von der „Identitätskrise" sei „verblasene(r) Unsinn" (Jg. 1990, H. 3, S. 231). Die staatliche Vereinigung sei ganz „natürlich" und auch so gut wie gelaufen; mit „Nationalismus" aber habe das gar nichts zu tun. — Nach dieser Expertise zu den Bonner Annexionsplänen räumt er jedoch mit Harold James, einem englischen Historiker, den er gerade unter den Händen hat[2], ein, daß es mit der Gründung des modernen Nationalstaats in Deutschland eine eigene Bewandtnis habe. Die Reichsgründung sei nämlich als „reine Geschäftssache" betrieben worden und daraus ein solcher Bastard aus Preußentum und Kapitalismus hervorgegangen, daß sich die Deutschen als Nation darein niemals so recht hätten schicken können. Die ihnen da vorgesetzten staatlichen Einrichtungen hätten an den Entwicklungsstand der „civil society" nicht angeschlossen; sie seien nicht verzahnt gewesen mit dem „Netzwerk" aus Verbänden und Parteien, worin gewöhnlich der Ausgleich der konkurrierenden Privatinteressen stattfinde, so daß sie stets den Charakter obrigkeitlicher Behörden behielten. Daher rührten die deutschen Mucken, der „Kulturpessimismus" (S. 232) und die patriotische Großmannssucht, das Ohnmachtsgefühl und seine Überkompensation. Und deswegen sei bislang der deutsche Staat in Perioden der ökonomischen Krise regelmäßig ins Wanken geraten.

Dahrendorf möchte dieses Legitimationsdefizit behoben wissen. Dazu empfiehlt er das Konzept und Postulat des „Verfassungspatriotismus", dem er jovial die folgende Erläuterung beigibt: Nation sei der „Inbegriff bestimmter politischer und rechtlicher Institutionen" (S. 232); Nationalismus im wohlverstandenen Sinne daher nichts weiter, als daß der Staat „um seiner Institutionen willen akzeptiert wird" (S. 233). Das müsse nicht Liebe sein, im Notfalle aber, „wenn es ums Eingemachte geht, muß man seine Institutionen verteidigen" (ebd.).

Diese Loyalitätszumutung beruht auf der Gleichsetzung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft. Der Witz ist, daß die beiden über den Begriff der Freiheit zusammengebracht werden. Dabei erscheint das eine Mal die „civil society" als der liberale Garten Eden und als Fundament der „institutionellen Ordnung"; das andere Mal soll es der Staat sein, der in ihre „Unordnung" (S. 232) regulierend eingreift und auf diese Weise die Freiheit begründet: „Ohne Institutionen keine Freiheit, ohne Staat keine Institutionen" (S. 234). — Diese schwankende Orientierung zwischen der staatlichen Ordnungsmacht und der von der Staatsgewalt bedrohten Privatsphäre kennzeichnet aber gerade die apolitische Realitätswahrnehmung der Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft und ist allererst begreiflich, wenn man deren politisch-ökonomische Doppelorganisation ins Auge faßt.

Die bürgerliche Zivilsphäre ist schließlich, wie Dahrendorf auch zugibt, kein offenes Feld des Interessenausgleichs, sondern weist eine eigene Struktur auf. Sie reproduziert sich in der Form des kapitalistischen Verwertungsprozesses und ist zugleich in der besonderen — in sie eingelassenen — Form des bürgerlichen Staats zusammengefaßt. Die Ambivalenz des Bürgers im Verhältnis zu diesem verselbständigten Machtapparat, sein Fremdheitsempfinden und Identifikationsbedürfnis, seine Isolationserfahrung und sein Nationalgefühl, resultiert eben aus diesem knarrenden Mechanismus, — weshalb auch keine „haltbare politische Tradition", wie Dahrendorf sie den Engländern und Franzosen zuschreibt, sie aus der Welt schaffen wird.

Dahrendorf aber hält diesen Zwiespalt für eine Besonderheit der Deutschen; und er bestimmt ihn als Schwanken zwischen materieller Selbstsucht und „romantischem Nationalismus", d.h. er bewertet die Renitenz gegen den Staat als mangelnden Gemeinsinn. Daß er mit dem solchermaßen verpönten Wohlstands-Egoismus die Verräterei des „Judas" assoziiert und aus dem Problem der Loyalität eines der politischen Moral macht, deutet darauf hin, daß sich hinter seinem verständigen Plädoyer für den Status quo denn doch eine größere Unruhe verbirgt. — Das läßt sich deutlicher den Sätzen ablesen, die einen Ausblick in die 90er Jahre geben:

„... die eingangs geschilderte (?) Vereinigung (i.e.: der beiden deutschen Nachkriegsstaaten, *G.L.*) kann nicht mehr sein als ein Anfang, und zwar ein ebenso notwendiger wie kläglicher Anfang. Wenn James recht hat, ist dieser Anfang belastet mit der Erinnerung (!) an die Kombination von wirtschaftlicher Integration und wildem, romantischem Nationalismus (gemeint ist die Reichsgründung 1871, *G.L.*). Zwischen beiden liegt die Wahrheit der Freiheit. Die Aufgabe der nächsten Jahre liegt darin, deutsche Institutionen zu bauen und unter ihnen der ‚civil society' jede Chance der Entwicklung zu geben. (...) 1989 hat uns ja in eine neue Zeit geführt, in der elementare Dinge ausgesprochen werden. Wenn ich auf deutsche Stimmen höre, gibt es vor allem eine, die das ausspricht, was hier nur zaghaft formuliert wird, nämlich die Willy Brandts. Er vertritt ein deutsches Vaterland in einem europäischen Verbund, der über die EG weit hinausreicht" (S. 233f).

Woher die Emphase? Denn was Dahrendorf voraussieht, ist so aufregend nun wieder nicht. Er sagt schließlich nichts weiter, als daß der westdeutsche Kapitalismus einen größeren Operationsrahmen und die „Chance" erhalten wird, sich darin weniger krisenanfällig zu restrukturieren. Dieser Vorgang birgt Risiken. Das mag ein Grund sein für den Appell an die Deutschen, ihn als Nationalangelegenheit zu begreifen und dafür notfalls Opfer zu bringen. Aber es erklärt nicht die hochgespannte Zukunftserwartung und gewiß nicht die abrupte Aufwallung für's „Vaterland". — Anscheinend schwärmt Dahrendorf noch hintergründiger als Bohrer, der sich denn doch in begreiflicheren Wunschvorstellungen ausspricht. Welcher Art sind die „elementare(n) Dinge", die bisher nicht hätten „ausgesprochen" werden können? Die „Freiheit" im elementar privateigentümlichen Sinne kann nicht gemeint sein. Es muß sich um ein Tabu handeln, ein Eisenband, das dem Liberalen ums Herz geschmiedet war. Woher sonst der Seufzer der Erleichterung, der Oster- und Epochenjubel, die Proklamation einer „neue(n) Zeit"?

Am lapidarsten tritt Oevermann mit einem für das Februarheft geschriebenen Essay „Zwei Staaten oder Einheit?" für die Wiedervereinigung ein. Er fordert und folgert sie aus ganz und gar einem Prinzip: aus dem der „Volkssouveränität" und dem damit legitimierten politischen Repräsentativsystem. Die bürgerliche Zivilgesellschaft schiebt er beiseite und greift sogleich nach ihrem alter ego, dem Rechts- und Nationalstaat, dem gegenüber sie sich als Sphäre der Privatinteressen konstituiert. Oevermann erklärt nun nicht nur dies abgesonderte Staatswesen — mit einem Seitenblick auf die mißratene Zwillingsschwester, die jakobinische oder sozialistische „Volksdemokratie" (Jg. 1990, H. 2, S. 91) — für „autonom", sondern erhebt überdies das Faktum der Absonderung, der Konstitution als

Herrschaftssphäre zur Norm. Seine Kurzformel für dieses bemerkenswerterweise aus dem Grundsatz der „Volkssouveränität" abgeleitete Herrschaftsverhältnis lautet: „Eigenständigkeit des Politischen". Oevermann hält sie für das gegen die Sansculotten erkämpfte Resultat der Französischen Revolution und ebenso für den Sinn der „gegenwärtigen revolutionären Vorgänge im ehemaligen Ostblock" (S. 91).

Mit diesem politischen Legitimitätsprinzip glaubt Oevermann, Grund in die Debatte um die staatliche Vereinigung der Deutschen gebracht zu haben. Es dient ihm dazu, jeden Einwand gegen die Vereinigung der deutschen Teilstaaten und jede kritische Überlegung, die gegen die Transformation der Planwirtschaft in die kapitalistische Ökonomie vorgebracht wird, als Vermengung von Moral und Politik zu verwerfen. Jeden Ansatz von Gesellschaftskritik möchte er aus der politischen Sphäre verbannt wissen. Er verbucht dies alles unter „Gesinnungsfragen", deren Ort die Zivilgesellschaft, nicht der Staat sei. Auf das Problem der Eigentumsverhältnisse läßt er sich nicht ein. Wer es mit der Frage der staatlichen Vereinigung in Verbindung bringe, mache sich der „mangelnden Differenzierung der Ebenen des Inhaltlich-Moralischen und der Organisation des Politischen als der Sphäre des geregelten Interessenstreits" (S. 95) schuldig.

Mit geradezu missionarischem Eifer, als gelte es, eine Verschwörung aufzudecken, zieht Oevermann gegen das „Irrationale" der politischen ‚Gesinnungsethik' zu Felde. Unermüdlich variiert er diese Vokabel, denunziert er „die gesinnungstüchtigen Literaten" im allgemeinen und die sozialistischen Reformer und Oppositionellen in der DDR im besonderen als „gesinnungsvirtuose deutsche Protestanten". Es ist dieselbe Schmähsucht und befremdliche Abgrenzung gegen die „Intellektuellen" wie bei Bohrer[3].

Der Affekt, der sie in Gang hält, macht blind. Er verleitet Oevermann dazu, in einem für sein Anliegen ganz unerheblichen Exkurs Habermas und dessen Postulat des „Verfassungspatriotismus" anzugreifen. Dem hält er nämlich das Argument entgegen, den „universell geltenden" Verfassungsprinzipien entspreche kein ‚Souverän' und aller Patriotismus könne sich nur auf den jeweils „gegebene(n) Nationalstaat" beziehen (S. 96). Auf diese Weise aber demontiert er seinen „Volkssouverän", der dann ja wohl die „vorstaatlich konstituierten Menschenrechte" nicht als Rechtsnormen über sich verfügt haben kann, und es entschwindet ihm jegliches Differenzkriterium zwischen der Demokratie und politischen Diktatur. Es tritt bei dieser Argumentation ganz einfach zutage, daß der Grundsatz der „Autonomie des Politischen" (S. 97) gar keine Unterscheidung zwischen „Volkssouveränität" und Staatssouveränität zuläßt.

Oevermann hat daher keinerlei Ursache, im Hinblick auf den deutschen Faschismus von einer *abartigen* „Identifikation des Bürgers mit seinem Nationalstaat als seiner politischen Gemeinschaft" (S. 97) zu sprechen. Denn der NS-Staat war ohne Zweifel ein „historisch-konkret gegebene(r) Nationalstaat", die Orientierung der Reichsdeutschen am „politischen Handeln dieses konkreten Staates als einer auf anderes nicht reduzierbaren Praxis" (S. 97) wäre demnach nichts weiter als eine normale Äußerung des Nationalgefühls, eine natürliche Folge des gewöhnlichen „Patriotismus" gewesen.

Was aber die Anwendung des Prinzips der „Autonomie des Politischen" auf die Frage: „Zwei Staaten oder Einheit?" anbetrifft, so handelt es sich für Oevermann noch darum, herauszufinden, ob die Ostdeutschen als Teil der Gesamtnation zu betrachten sind, oder ob sie für sich einen „Volksouverän" bilden. Oevermann verwirft das Letztere: Zwar seien die DDRler ein Staatsvolk gewesen, doch niemals aus freier „Selbstbestimmung", und da sie nunmehr den ihnen oktroyierten Staat gestürzt haben, fehle ihnen für ein separates Staatswesen die „historische Substanz" (S. 94). — Dieser Begründung fügt er eine zweite hinzu, die von der Kollektivverantwortung der Deutschen für die Verbrechen des NS-Staats auf das „Fortbestehen" bzw. die Unteilbarkeit der Gesamtnation schließt. Oevermann bezeichnet sie wohltönend als die „negative Konstitution der deutschen Einheit". Wer heute für die Erhaltung der DDR eintrete, der negiere in Gedanken, wenn nicht überhaupt das Problem der Verantwortung für den Faschismus, so jedenfalls das „verantwortliche Subjekt" und sabotiere „die politisch substantielle Bearbeitung der historischen Schuld der deutschen Nation" (S. 99); denn die sei erst nach der Wiederherstellung des einen Nationalstaats aller Deutschen möglich.

„Die moralische Verantwortlichkeit für den Faschismus und seine Folgen wird nämlich, weil das dafür *zuständige* Subjekt nicht eine Generation, eine Partei oder eine Bewegung, sondern die deutsche Nation, das deutsche Volk in seiner Nationalstaatlichkeit ist, erst im vollen Umfang übernommen, wenn sie auf der für das Entstehen dieser Schuld relevanten Ebene praktisch folgenreich durchgearbeitet wird: auf der Ebene der politischen Nationalstaatlichkeit" (S. 100).

Von diesem Satz wird mir übel. Ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß man die Schuldfrage so ganz im Amtsdeutsch, in der Denkart und im Sinne der Nazis formulieren und anschlägig konstruktiv bewältigen könnte. Oevermann rekurriert auf die Kollektivschuld-These der britischen und amerikanischen Kriegsgegner des NS-Regimes (sie diente zur Rechtfertigung der Flächenbombardements und später der Entnazifizierung).

Diese Auffassung ist darin immer problematisch gewesen, daß sie das Terrorpotential unberücksichtigt ließ, das dem bürgerlichen Staat innewohnt und das die Nazis in ihm freizusetzen vermochten, und daß sie alle damaligen Deutschen als Agenten dieses Gewaltapparats, wenn nicht als durch die preußische Staatstradition charakterlich deformiert betrachtete. Daß sie aber einmal, wie hier bei Oevermann, bestätigend aufgegriffen, zugleich aber vollständig auf den Kopf gestellt und nämlich zum Argument für die Rekonstruktion des Nationalstaats von einst gemacht werden könnte, das wäre nach Kriegsende niemandem in den Sinn gekommen; denn selbst diejenigen, die von den aus ihr abgeleiteten militärischen und administrativen Praktiken betroffen waren, wußten, daß die Annahme einer allgemeinen Staatsdienerei und nationalistischen Komplizenschaft der Reichsdeutschen mit dem NS-Regime so verkehrt wiederum nicht war. Unvorstellbar, sage ich, wäre die Perversion gewesen, die Oevermann heute mit ihr treibt und die auf die Ansicht hinausläuft, daß die Deutschen nur getrost dort wieder anfangen sollten, wo die Nazis begannen, und mit demselben staatlichen Instrumentarium.

→

»Slainté!« Zwei irische Autoren über die ewigen Themen aus dem legendären Helden- und Alltagsleben der grünen Insel.

Sean McGuffin
DER HUND / Roman
Geschichte einer Verschwörung gegen das britische Empire. Der definitive Thriller um heutigen IRA-Aktivismus und alte keltische Mythen. Broschur, 210 Seiten, 29.80 DM

Brendan Behan
MRS. MURPHYS LETZTE ZÜGE
Autobiographische Erzählungen aus Dublin. Geschichten über Alkohol, Katholizismus, Selbstbehauptung und den Tod. Gebunden, 96 S., 20.- DM

Edition Nautilus
Hassestraße 22 – 2050 Hamburg 80

Mir scheint nun, daß diese ungewöhnliche Gedankenverbindung zwischen Schuldverantwortung und Staatsrestauration, diese Umbilanzierung einer verdrängten und symptomatisch omnipräsenten Hypothek in den Kredit für ein neues Nationalunternehmen[4] dazu beitragen kann, den seltsamen Übersprung in den Überlegungen von Bohrer und Dahrendorf zu erklären. Rätselhaft ist ja die Unstimmigkeit geblieben, daß die beiden einerseits am Status quo festhalten, ja ihn vehement gegen jede Kritik verteidigen, sich andrerseits aber über die geringe Risikobereitschaft, das „Stabilitätsdenken" der Bonner Politik entrüstet zeigen; daß sie um die westdeutsche Demokratie bangen und zugleich eine enthusiastische Aufbruchserwartung zum Ausdruck bringen; daß sie den Nachkriegskapitalismus als das Non plus ultra anpreisen, zugleich aber begierig nach einem Neuanfang, einem historischen Umbruch Ausschau halten. Wovon sie befreit sein möchten, was sie aber geniert sind deutlich anzusprechen und in seinem historischen Kausalkonnex zu überdenken, ist offenbar die Zwiespältigkeit, die Unentschiedenheit und politische Ziellosigkeit der westdeutschen Gesellschaft, der faschistische Schatten über der Republik und insbesondere wohl die unheimliche Zurückgenommenheit und das graue Büßergewand des Bundesstaates. — Bohrer hat das „Volk" in Aktion gesehen; er möchte den „9. November" nicht getrübt sehen durch die unvermeidliche Erinnerung an den Faschismus und verkehrt kurzerhand die Zwangsassoziation in ein kulturgeschichtliches Amnesieprojekt. — Dahrendorf bringt die „belastende Erinnerung" zwar zur Sprache, verschiebt und verdunkelt sie aber in der geheimnisvollen Metapher, daß die staatliche Vereinigung nur ein geringer, ein „kläglicher Anfang" sein könne, ständig auf dem Sprung, sich mit seiner Erwartung des eigentlichen Anfangs hinter der Betonung der real existierenden „Freiheit" zu verschanzen. — Oevermann scheint ihr Dilemma, ihren Zustand zwischen Bangnis und Erwartung, nicht zu teilen. Er setzt sich ohne weitere Umstände über die Sorge um die bestehende Ordnung hinweg und steuert, nachdem er den Formalismus der bürgerlichen Demokratie auf den Punkt gebracht hat, ganz ungeniert auf den souveränen, durch die traditionellen Rücksichten nicht mehr gebundenen und politischer Dezisionen fähigen Staat, mithin auf eine ‚substantielle Politik' in der Zukunft los. Er zieht denn auch am heftigsten über die Erinnerer, die Melancholiker von Profession, über die ‚politisierenden Moralisten' und ‚Pharisäer' her. Es ist eine Abrechnung mit dem gesamten „intellektuelle(n) Milieu" in Ost und West: mit den Systemkritikern hier und drüben mit den in die Politik geratenen Pfarrern, die über dem „Hantieren mit Gesinnungsflaggen" die Zeit versäumen und es am Ende fertig bringen, das „Volk" in die Arme der PDS-Reformer zurückzutreiben. Oevermann wünscht sich einen anderen, den organischen Typus; er verlangt nach „charismatischen ... Parteiführer(n) des Volkes" (S. 105).

Die Herren sind inzwischen stark alternde Akademiker, anscheinend möchten sie noch etwas erleben. Sie drängen und projektieren, und sie verfallen dabei ganz spontan, wie es scheint, in den Ton der überfachlichen Publizistik ihrer Vorväter aus der Wilhelminischen Ära, die ebenfalls und in ähnlich anschlägiger Weise ihren Überdruß an der Ereignislosigkeit ihrer Zeit zum Ausdruck brachten. Und sie stehen in dem gleichen Verhältnis zu ihren Politikern wie diese ihre Ahnherren und Kriegspatrioten: sie wähnen sich dem „Volke" nahe, sie fühlen dessen Puls und entrüsten sich über die vermeintliche Risikoscheu der regierenden Kaste, der sie sich in ihren Gespür für die Erfordernisse der Zeit überlegen dünken. Kurz, sie meinen der professionellen Politik aus der tieferen Einsicht in die Belange von Volk und Staat auf die Sprünge helfen zu müssen.

Gisbert Lepper

1 „Unsere Erfahrung und unsere Aufgabe", in: „Die Wandlung", Heft 1, Dez. 1945, S. 63. — Auch Weber glaubt damals die „Sieger" warnen zu müssen; er drohte mit der Unberechenbarkeit des „Typus", den da die Nazis hinterlassen hatten, und forderte im selben Atemzug die „Selbstregierung", und zwar aus der gebührenden Achtung des „großen alten Kulturvolks, das die Deutschen sind" (ebd., S. 64).

2 Er bezieht sich auf das Buch „A German Identity. 1770-1990", London 1989.

3 Im gleichen Zuge hält Oevermann es für angebracht, den sog. „dritten Weg", also die Bemühung von Koestler, Silone, Spender und anderen Kritikern des Stalinismus um eine politische Position zwischen den Blöcken des Kalten Kriegs, als linke Variante des *deutschen* „Sonderwegdenkens" zu denunzieren. Abgesehen davon, daß dies nun wirklich grobe Etiketten sind, haben diese Positionen allenfalls das eine gemeinsam, daß sie zwischen dem Verfassungsideal und der politischen Praxis der demokratisch verfaßten Staaten Westeuropas unterschieden. Über diesen Punkt hinaus sind sie Gegensätze und gehören verschiedenen Perioden an. — Was Oevermann den „deutschen Sonderweg" nennt, ist der deutsche Nationalismus des späten 19. Jahrhunderts, verbunden mit der Idealisierung des preußischen Beamtenstaats als einer, um Oevermann zu zitieren, „eigenständigen Sphäre" politischer Herrschaft. — Der „dritte Weg" hingegen ist eine Nachkriegserscheinung, nämlich der Versuch ehemaliger Kommunisten — dazu gehören außer den bereits Genannten Borkenau, Wehner, Brandt, Sperber, Andersch —, zwischen den ideologischen Fronten des Kalten Krieges eine Plattform für einen „freiheitlichen Sozialismus" zu entwickeln, eine kritische Position also sowohl gegen die formale Demokratie der kapitalistischen Staaten als auch gegen den Staatssozialismus der SU, die stalinistische Bürokratie, zu beziehen. — Oevermann läßt sich denn auch dazu herbei, zwischen „rechten" und „linken Varianten" des von ihm konstruierten „Sonderwegdenkens" zu unterscheiden; dabei charakterisiert er die letzteren durch die Parteinahme für die chilenische und die portugiesische Revolution, für den Prager Frühling und sogar für den Aufstand der Ungarn 1956 (S. 95). Offenbar ist ihm jedweder Reformversuch in Osteuropa, solange er sich nicht mit Haut und Haaren der bürgerlichen Demokratie und dem Kapitalismus verschreibt, und anscheinend noch derjenige der ungarischen Nationalkommunisten unter Imre Nagy verdächtig. Eine hausgemachte Neuauflage der Totalitarismus-Doktrin.

4 Oevermann bezeichnet die Schuld der Deutschen an den Verbrechen des NS-Staats zwar als „untilgbar" (S. 100), sein Essay aber läuft darauf hinaus, sie verrechenbar zu machen. Was solche dem Kreditwesen entstammenden Metaphern verdecken, ist, daß die Opfer der Politik dieses Staats tot sind. Was heißt nun angesichts dieses Faktums, mit dem sich, soweit ich sehe, nur diejenigen auseinandergesetzt haben, die von der Reichsregierung und der ihr zur Verfügung stehenden Bürokratie zur Vernichtung ausersehen waren und die zufällig überlebten, — was also können angesichts dessen die Sätze bedeuten, das „dafür zuständige Subjekt" sei „das deutsche Volk in seiner Nationalstaatlichkeit", und nur wenn es in dieselbe Formation, in der es sich zum Völkermord kommandieren ließ, zurückversetzt werde, könne die „Schuld ... praktisch folgenreich durchgearbeitet" werden? Es sind Beschwichtigungsphrasen, und als solche um so deutlicher erkennbar, je weiter die Periode des Faschismus zurückliegt. — Die Politik der NS-Regierung ist nur begreiflich, wenn man ihren biologischen Begriff der Nation ernst nimmt: ihr Zweck war, diesen Organismus von ideologisch und ökonomisch „zersetzenden Elementen" — den politisch Oppositionellen, den Arbeitsunfähigen und -scheuen sowie den Juden, die als artfremd und zugleich als ökonomisch parasitär diskriminiert waren — zu reinigen. Das Instrument, deren sie sich für ihre Diskriminierungs- und Vernichtungspolitik bediente, war der Bürgerliche Staat. Am Anfang einer jeden Aufklärung über den Faschismus stehen zwei Einsichten: zum einen, daß dem Wort „Volk" der rassisch-biologische Begriff der Nazis unauslöschlich eingeschrieben ist; zum andren, daß der nach „den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums" strukturierte Staatsapparat unverändert fortbesteht. Daß er in der BRD nach der alten Weise funktioniert, läßt sich, um ein naheliegendes Beispiel anzuführen, an der Abweisung jüdischer Emigranten und ihrer Kinder zeigen, die in der Sowjetunion überlebt haben und in die BRD zurückkehren möchten. Damit die Behörde sie als „deutschstämmige" Einwanderer anerkenne, reicht der Nachweis ihrer Flucht vor dem NS-Regime nicht aus. Abverlangt werden ihnen vielmehr Zeugnisse über ein „positives Volkstumsbekenntnis", u.a. durch die „Zugehörigkeit zu Vereinen ... mit deutsch-nationaler oder völkischer Zielsetzung". Die *Frankfurter Rundschau* berichtet, daß der Zentralrat der Juden seit langem mit dem Auswärtigen Amt wegen der Revision dieser Gesetzesvorschrift oder ihrer Aussetzung für exilierte Juden verhandle — bisher offenbar vergeblich (Ausgabe v. 29.8.90). Vielleicht gibt es zu den Verbrechen des deutschen Faschismus eine Parallele, die beleuchten kann, warum ein jeder Versuch, sich ihre „Bewältigung" auch nur vorzustellen, geschweige denn als praktisch möglich zu propagieren, ins Leere geht, weil eben die Opfer tot sind. Ich meine die Auslöschung der rothäutigen Nomadenvölker auf dem Territorium der heutigen USA. Die Nordamerikaner werden ein Verantwortungsgefühl für den zum Zwecke ihrer Staatsgründung und Zivilisation begangenen Völkermord gewiß niemals betäuben können. Verzerrt und verschoben drängt diese dunkle Erinnerung allerorten zutage: vor allem in Gestalt einer ständigen Beschwörung des historischen Vorrechts der weißen Siedler auf den Boden im Verhältnis zu dem unproduktiven Kulturstand der roten Jäger und Nomaden, in Gestalt der ewigen Wiederholung des Übergangs vom Gewalt- in den Rechtszustand in den Szenen der Western-Filme.

5 Vgl. Ulrich Enderwitz: „Der revolutionäre Staat: Das Paradox der bürgerlichen Gesellschaft". In: *Notizbuch*, Heft 4, („Faschismus, Literatur und bürgerlicher Staat"), hrsg. von Ilse Bindseil und Ulrich Enderwitz, Berlin 1981.

LEIBWÄCHTER

Eine bemerkenswerte Verhaltensweise wird der Ratte zugeschrieben, eine Verhaltensweise, die vom Rattenbekämpfer eine gewisse Schläue verlangt: Einige Exemplare dieser Gattung stellen sich dem Rattenvolk als „Vorkoster" zur Verfügung; sollte die Nahrung vergiftet sein, gehen diese zugrunde. Die Mehrzahl der Tiere ist gewarnt. Heute wird die Ratte nicht mehr vergiftet, sondern die Gerinnungsfähigkeit ihres Blutes wird zerstört. Sie stirbt nun an der kleinsten Verletzung. Einen Bezug zur aufgenommenen Nahrung herzustellen, gelingt ihr nicht mehr.

Die Rattenbekämpfung erfordert eben ein gewisses Maß an List. Anders ist das bei den Menschen.

Er muß an die Männer mit den schwarzen Aktenkoffern denken und daran, wie lächerlich sie auf ihn wirkten, damals, als sie ihm das erste Mal auffielen. Er saß vor dem Fernsehgerät und sah zu, wie auf den Präsidenten der Supermacht geschossen wurde. Da wurden sie aktiv, die Männer. Sie warfen den Präsidenten zu Boden und sich obendrüber. Es ging alles viel zu schnell. Man konnte gar nichts richtig erkennen. Später fragte er sich, wozu die Koffer gut sein sollten, aber das war, als er noch naiv war und von Fußballstars träumte. Heute besitzt er selbst so einen Koffer, aber nur für die Zeitung und die Verpflegung, denn manchmal muß er lange warten auf den Chef. Damals vermutete er in ihnen geheime Waffen oder er stellte sich vor, wie sie den Männern als Selbstschutz dienten, während sie den Präsidenten schützten. Es ist doch zu lächerlich. Jetzt liegt er da und betrachtet sein Bild in der Zeitung. Was die so alles schreiben über ihn. Keine Ahnung haben die. Und was die so alles wissen. Daß er zweivier netto hat plus Überstunden und Ortszuschlag. Keine Gefahrenzulage. Und was für ein bescheidener Mann er ist. Schutzengel des Ministers. Der Leibwächter hat sich schützend vor den Minister geworfen, als lebendiger Kugelfang eingesetzt. Ein Held. Dabei ist das ja nun, weiß Gott, keine Allerweltstat, daß einer sein Leben für einen anderen bereit ist zu geben. Und weiter konnte er lesen, daß ein Pressesprecher des BKA erklärt hatte: „Von den Sicherheitsbeamten ist keiner verpflichtet, sein eigenes Leben herzugeben." „Ohne zu zögern, darauf kommt es an", weiß dagegen der Geschäftsführer der Münchner „Schwarzen Sheriffs". So ist es überhaupt nicht verwunderlich, daß der Leibwächter auch hier, ohne mit der Wimper zu zucken, dazwischengegangen ist. Auch der Wirt der Gaststätte hatte etwas mitgekriegt. Er wußte aber nur zu berichten, daß der Leibwächter nach den Schüssen auf seinem Stuhl gesessen ist und gesagt hat: „Es brennt so." Der hat doch keine Ahnung. Die alle nicht.

Historisch betrachtet bleibt unklar, ob der Leibwächter zuerst bei den Ratten zu beob-

achten war. Es ist überhaupt fraglich, ob die „Vorkoster" des Rattenvolkes mit dem uns bekannten Phänomen des Leibwächters vergleichbar sind. Wir wissen zu wenig über die Ratte. Machen die „Vorkoster" das freiwillig, wer wählt sie aus, und wer zwingt sie gegebenenfalls? Vielleicht begreift sich das Rattenvolk als organische Einheit und das einzelne Tier nur als Glied dieser Einheit und nicht als Individuum. Dann würden keine Individuen „geopfert", sondern Glieder. Vielleicht aber warten die intelligenteren Tiere einfach ab, bis die dummen, gierigen in ihrer Einfältigkeit in dieser gefährlichen Umgebung ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben.

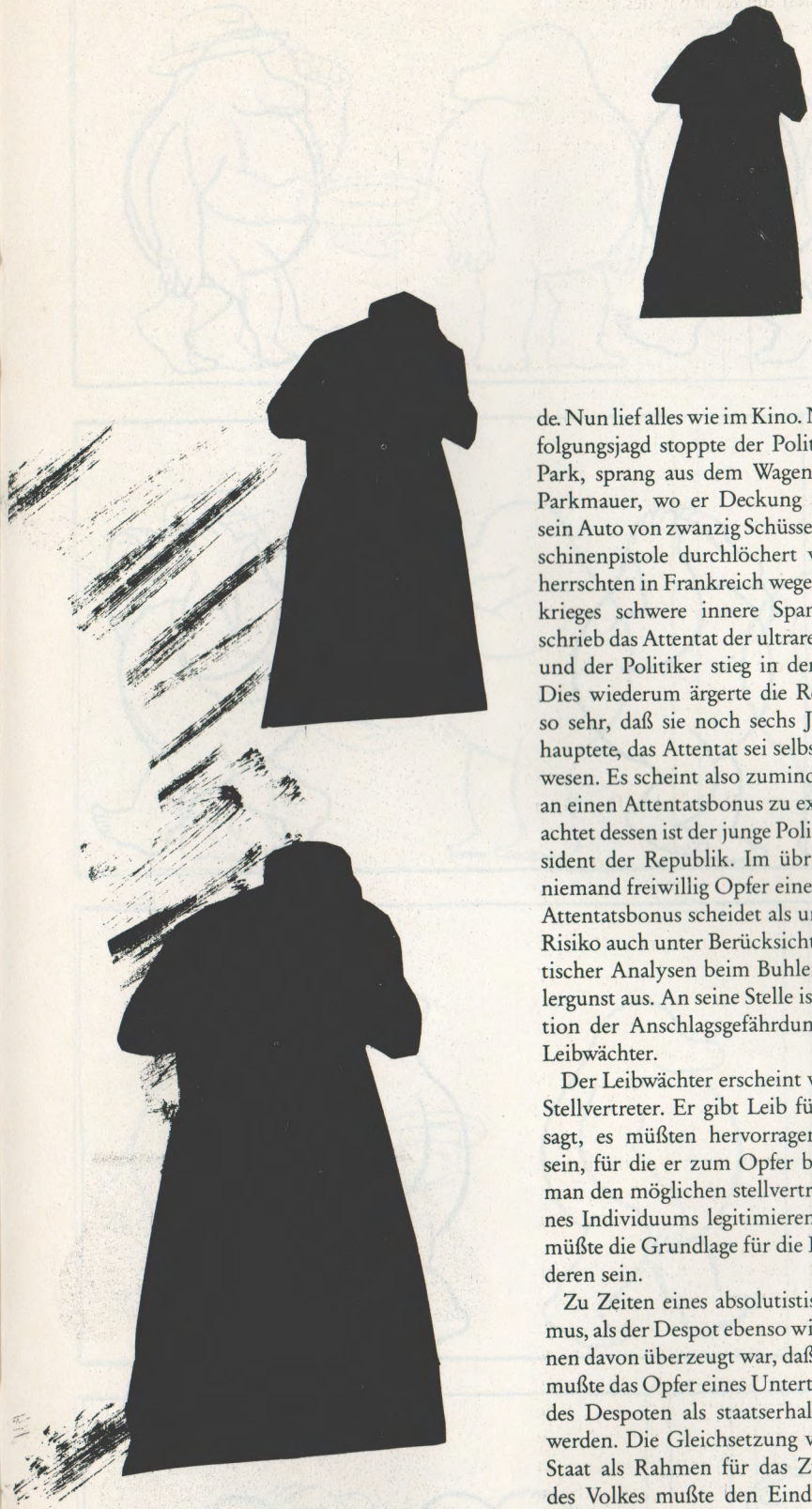
Was wir sicher wissen, ist, daß es seit frühesten Zeiten den Beruf des Mundschenks gibt, der unter Einsatz seines Lebens die für seinen Herrn bestimmten Speisen auf Verträglichkeit prüft. Im Gegensatz zur Ratte riskiert er aber nicht für das gesamte Volk sein Leben, sondern für ein oder mehrere Individuen. Es müssen herausragende Individuen sein, will man den möglichen stellvertretenden Tod eines anderen Individuums legitimieren.

Wie einst der Mundschenk schützt heute der Leibwächter die Existenz „hervorragender" Personen. Auch wenn es in diesem Lande keine Verpflichtung gibt, während dieser Tätigkeit „sein eigenes Leben hergeben" zu müssen, so liegt es doch im Wesen dieser Tätigkeit, es zu riskieren. Der Leibwächter wird einen Angriff auf die zu schützende Person zwangsläufig als einen Angriff auf sich selbst begreifen. Hierbei gerät er in den Konflikt, entweder sein eigenes Leben schützen zu wollen, also in Deckung zu gehen, oder seinem Auftrag gerecht zu werden und das Leben und die Gesundheit der ihm anvertrauten Person vor Schaden zu bewahren. Wie könnte er letzteres, würde er seinem ersten, natürlichen Bedürfnis nachkommen. Bestimmte Verhaltensweisen lassen sich trainieren, und richtiges Verhalten muß belohnt werden. Die Belohnung zum Beispiel in Form einer Beförderung ist demnach eine Aufforderung zur Wiederholung des Verhaltens. Pflichterfüllung heißt das dann, in Ausübung seines Amtes.

Heute ist der Bedarf an Leibwächtern beachtlich. Er besteht nicht mehr nur bei Politikern oder Unterweltsbossen. Jeder, der als etwas erscheinen möchte, hat seinen Leibwächter, vorausgesetzt, er kann ihn bezahlen. Der Leibwächter fungiert als Manifestation der Anschlagsgefährdung. Anschlagsgefährdet zu sein ist heute ein Qualitätskriterium. Es markiert die Position in der sozialen Hierarchie und die Wichtigkeit für die Gesellschaft. Nur wer etwas bewegt, ist anschlagsgefährdet, und weil er etwas bewegt, ist er besonders schutzbedürftig. Da fast jeder in dieser Gesellschaft irgendetwas bewegen will, ist die Anzahl der Hochstapler nicht zu unterschätzen.

Der Leibwächter selbst allerdings bewegt nichts, und er will auch nichts bewegen, denn er dient. Und je wichtiger derjenige ist, dem er dient, desto wichtiger ist sein Dienst. Hieraus leitet sich die Identität des Leibwächters ab. Da die Anschlagsgefährdung als Qualitätskriterium gilt, steigt mit ihr auch seine Qualität. Werden Leibwächter nach ihrer Tätigkeit befragt, zeigen sie sich als bescheidene Menschen, es sei ein Job wie jeder andere auch. Verwundung oder Tod werden als Betriebsunfall dargestellt: ein Berufsrisiko, das statistisch gesehen nicht größer ist als das anderer Berufe. Aber dennoch, es besteht ein Unterschied zwischen dem Sturz von einem Baugerüst und einem Attentat. Während der Sturz von einem Baugerüst banal erscheint und nur in den seltensten Fällen eine Zeitungsnotiz wert ist, bedeutet ein Attentat das Opfer der eigenen Person zugunsten einer „besonderen". Es erscheint als Akt der Emanzipation des Menschen zum geschichtsbestimmenden Subjekt, ist aber zugleich auch Ausdruck der Entfremdung des Menschen in den existierenden Gesellschaftsformen, der verzweifelte Versuch, sie zu überwinden. Dieses Phänomen ist nicht allein auf die Tätigkeit des Leibwächters beschränkt. Man denke an die Arbeiter, die im Reaktor von Tschernobyl nach der Katastrophe ihr Leben im Namen der Schadensbegrenzung geopfert haben. Unterstellt man, daß sie nicht gezwungen oder belogen wurden, dann stellt ihre Tätigkeit ein bewußtes Opfer der eigenen Person dar. Die Vorstellung, dasjenige, was das Opfer verlange, sei wichtiger oder wertvoller als das eigene Leben, verdeckt nicht das Bedürfnis, als Subjekt an Bedeutung zu gewinnen oder erst durch das Opfer Subjekt zu werden. Kein Mensch ist so uneigennützig, das eigene Leben aufs Spiel zu setzen, ohne eine „Belohnung" dafür zu erhoffen, und sei es die, „vor Gott als herausragendes Wesen treten zu können". Das Menschenopfer ist der Ausdruck und der Protest gegen eine menschenverachtende Gesellschaft, gegen die Entindividualisierung des Menschen innerhalb eines gemeinschaftszerstörenden Wirtschaftssystems. Es ist hierbei vollkommen gleichgültig, ob dies dem Menschen bewußt wird oder nicht.

Die meisten betrachten Katastrophen und Attentate gleichermaßen als Naturereignisse, hervorgerufen durch unheimliche Mächte. Können diese Mächte bestimmt werden, was meist nur bei Attentaten gelingt, dann wird eine rigorose Bekämpfung gefordert. Mit den Opfern empfindet man allgemein Mitleid. Diese Tatsache läßt sich hervorragend nutzen. Zu Beginn der sechziger Jahre gab es in Frankreich einen politischen Skandal, der in einem Prozeß endete. Es ist hierbei gleichgültig, wie dieser Prozeß ausging; man könnte auch eine andere Geschichte heranziehen. Interessant ist hier nur die Frage der Wirkung eines Attentates auf die Meinung der Bevölkerung. Der Prozeß hatte ein Ereignis zum Gegenstand, das sechs Jahre zurücklag: Mitte der fünfziger Jahre verließ ein junger Politiker in Paris nachts eine Wahlveranstaltung, um nach Hause zu fahren. Als er seinen Wagen in Bewegung setzte, merkte er, daß er verfolgt wur-



de. Nun lief alles wie im Kino. Nach einer Verfolgungsjagd stoppte der Politiker an einem Park, sprang aus dem Wagen und über die Parkmauer, wo er Deckung fand, während sein Auto von zwanzig Schüssen aus einer Maschinenpistole durchlöchert wurde. Damals herrschten in Frankreich wegen des Algerienkrieges schwere innere Spannungen. Man schrieb das Attentat der ultrarechten OAS zu, und der Politiker stieg in der Wählergunst. Dies wiederum ärgerte die Regierungspartei so sehr, daß sie noch sechs Jahre später behauptete, das Attentat sei selbst inszeniert gewesen. Es scheint also zumindest der Glaube an einen Attentatsbonus zu existieren. Ungeachtet dessen ist der junge Politiker heute Präsident der Republik. Im übrigen aber wird niemand freiwillig Opfer eines Attentats; der Attentatsbonus scheidet als unkalkulierbares Risiko auch unter Berücksichtigung wahltaktischer Analysen beim Buhlen um die Wählergunst aus. An seine Stelle ist die Manifestation der Anschlagsgefährdung getreten: der Leibwächter.

Der Leibwächter erscheint vor dem Tod als Stellvertreter. Er gibt Leib für Leib. Wie gesagt, es müßten hervorragende Individuen sein, für die er zum Opfer bereit ist, wollte man den möglichen stellvertretenden Tod eines Individuums legitimieren. Ihre Existenz müßte die Grundlage für die Existenz der anderen sein.

Zu Zeiten eines absolutistischen Despotismus, als der Despot ebenso wie seine Untertanen davon überzeugt war, daß er der Staat sei, mußte das Opfer eines Untertanen zugunsten des Despoten als staatserhaltend angesehen werden. Die Gleichsetzung von Despot und Staat als Rahmen für das Zusammenhalten des Volkes mußte den Eindruck erwecken, daß die Beseitigung des Despoten mit dem Auseinanderfallen und somit dem Untergang des Volkes einhergeht. Solange unbekannt war, daß mit der Beseitigung des Despoten im Idealfall nur ein anderer Staat entsteht, mußte sein Schutz oberstes Gebot sein.

Im Leibwächter wird ein absolutistischer Staatsbegriff manifest. Heute hat es den Anschein, daß ausgerechnet ein solcher Staatsbegriff den Leibwächter insgeheim legitimiert, indem bestimmte Personen die Existenz des Staates und damit — nach ihrer eigenen Logik — die Existenz des Volkes und der ganzen Menschheit an ihre eigene binden. Das Sonderopfer des Leibwächters wäre hiermit gerechtfertigt. Nach außen jedoch werden sie argumentieren, es ginge gar nicht um ihre Person, sondern um eine Sache oder Idee, sie seien Repräsentanten und ständen als Symbol für etwas. Ein Angriff auf sie sei in Wirklichkeit ein Angriff auf die Sache oder Idee und würde gleichzeitig deren Bestand gefährden. Sie als Symbol bedürfen also des besonderen Schutzes. Während der absolutistische Despot noch mit dem Staat identisch war, ist der heutige, der eingebildete Despot nur noch sein Schein. Es ist bezeichnend für diese Gesellschaft, daß die Zerstörung des Scheins mit ihrer eigenen Zerstörung gleichgesetzt wird. Warum sonst sollten Repräsentanten oder Symbole notfalls durch ein Menschenopfer geschützt werden? Gewiß hat jeder Mensch das Recht auf Schutz, aber das Recht, sein Leben über das anderer zu stellen? Die „Experten" liefern ungeachtet dessen, jedoch in genauer Kenntnis der Problematik, wohlklingende Begründungen: Bei der Tätigkeit des „Sicherheitsbeamten" ginge es nur um „Gefahrenabwehr im Vorfeld". In der Realität aber wird durch die Belohnung des Opferverhaltens mittels Beförderung dokumentiert, daß dieses Verhalten ausdrücklich erwünscht ist.

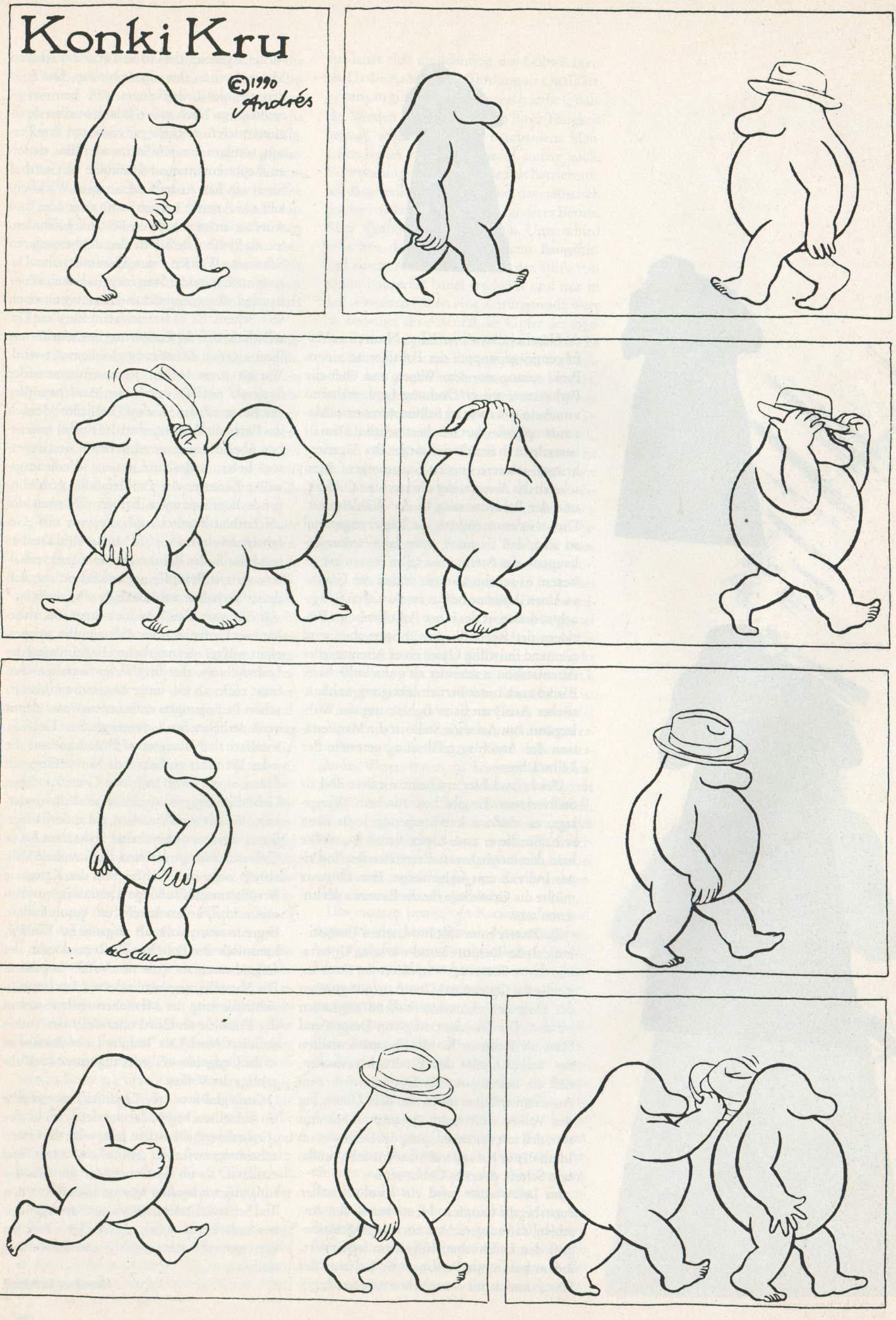
In jüngster Zeit könnte erneut ein altbekannter Gedanke, ohne daß man ihn aussprechen müßte, zur innerlichen Legitimation des Leibwächters dienen. Viele begreifen den Staat nicht als ein unter bestimmten historischen Bedingungen entstandenes und damit veränderliches und vergängliches Gebilde, sondern als Naturgesetz. Hinzu kommt die jeder Vernunft entbehrende Vorstellung, ein Mensch, der innerhalb der Grenzen dieses Gebildes geboren werde, sei eine Besonderheit, die sich von Menschen, die außerhalb geboren werden, unterscheide. So kommt es zur Unterscheidung zwischen der Kategorie Volk als ein organisch Ganzes und der Kategorie Bevölkerung als zufällige Anhäufung von Personen mit unterschiedlicher Besonderheit. Begreift man Volk als organische Einheit, kann sich der Politiker als Zentralorgan des Organismus, als Puls des Volkes begreifen. Die Vorstellung geht mit der totalen Entindividualisierung des Menschen einher, indem der Einzelne als Glied oder Zelle des Volkes definiert wird. Der Tod des Leibwächters ist so das Opfer eines Gliedes zugunsten des Pulsschlags des Volkes.

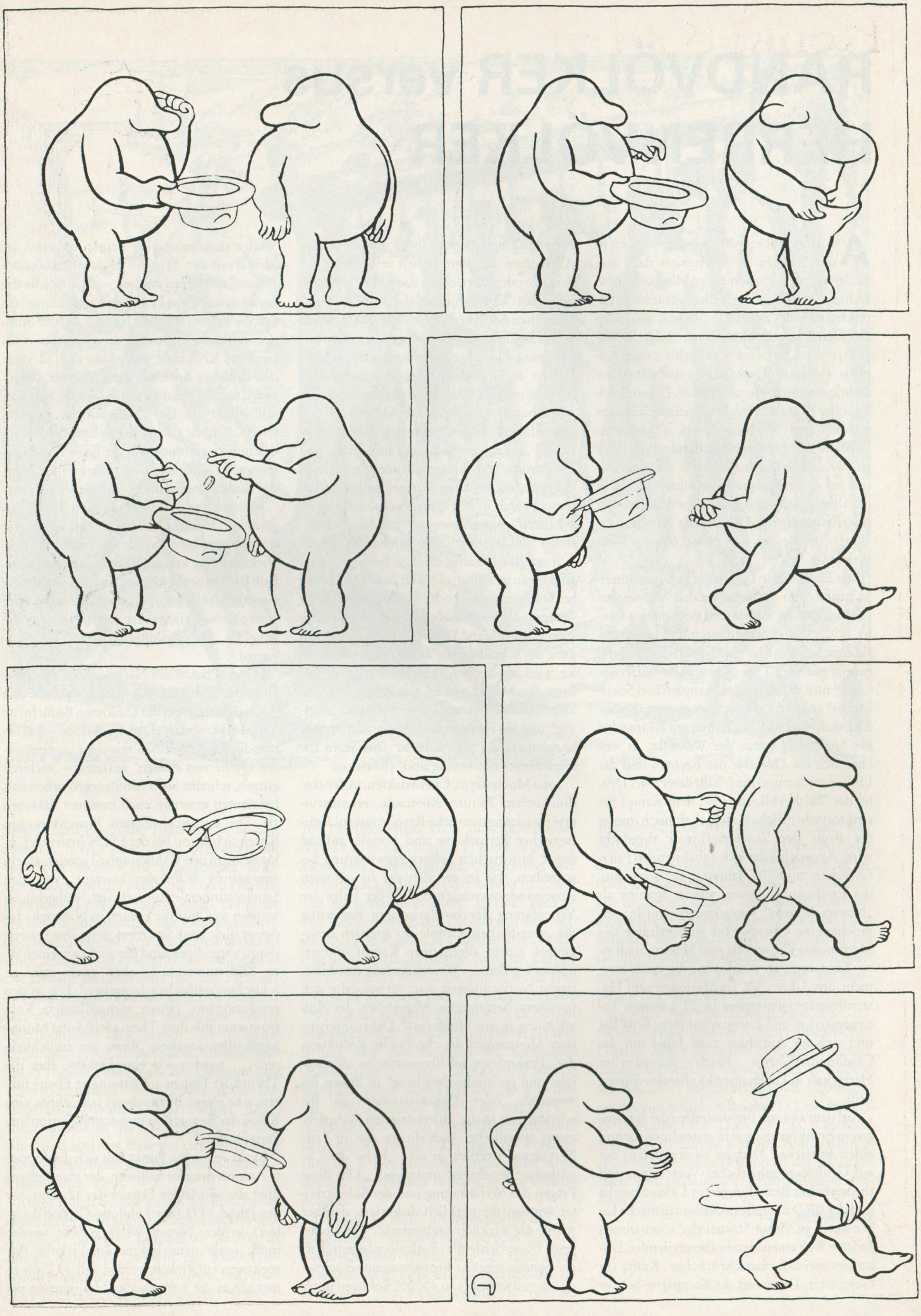
Ganz gleich wie die Legitimationsversuche im einzelnen begründet werden, daß es *den* „besonderen" Menschen gibt, zeigt die Unterscheidung zwischen „einfachem" Mord und Attentat, als ob der Staat oder die Bevölkerung zugrundegehen würden etwa durch den Tod Schleyers oder Lafontaines oder irgendeines anderen, so wenig dieser den einzelnen Personen selbstverständlich zu wünschen war und ist.

Rembert Baumann

Konki Kru

©1990 Andrés





RANDVÖLKER versus HERRENVÖLKER

Als Tomás Borge vor wenigen Wochen in der Frankfurter Universität dazu aufforderte, dem Sozialismus den Minirock anzuziehen, um die vermeintlich gesunkene Attraktivität eines auf Emanzipation bauenden gesellschaftlichen Modells zu steigern, reagierten die Anwesenden mit gebremstem Applaus — ganz im Gegensatz zu den stehenden Ovationen am Ende seiner Rede. Es stand völlig außer Frage, daß solch vermeintlicher oder wahrhaftiger Machismus des altgedienten Idols der mit Nicaragua verbundenen Solidaritäts-KämpferInnen sich nicht schickte. Zumal auf einem Kongreß, der mitten hinein in das theoretische und praktische Vakuum der Internationalismus-Debatte mit provokanten Tönen im Herzen der Bestie sich zu Wort meldete.

Das Frankfurter Treffen der in Lateinamerika initiierten internationalen Kampagne „Emancipación e Identidad de América Latina 1492-1992" (Emanzipation und lateinamerikanische Identität 1492-1992) formulierte bereits mit dem Titel *„Randvölker — Herrenvölker* und das Ende des europäischen Sozialismus" genau den Punkt, wo eine neue internationalistische Debatte ansetzen könnte: bei der Sprengung genau der Weltsicht, in welcher sich die Diskurse der Rechten und der Linken treffen und innerhalb derer zwei Drittel der Weltbevölkerung bei dem Kampf für eine fortschrittliche Gesellschaft noch immer die Rolle der ZuschauerInnen zugedacht wird. Angesichts der sich anbahnenden Feierlichkeiten zum 500. Jahrestag der sogenannten Entdeckung dessen, was in Spanien als „Nuevo Mundo" kategorisiert wurde, vermochte eine Gruppe von StudentInnen der Metropolen-Universität von México-Stadt eine Kampagne zu etablieren, die nach nunmehr drei Jahren 100 Institutionen und UnterstützerInnenkomitees in 22 Ländern Lateinamerikas und Europas auf ihrer Seite hat und sich als Antithese zum Jubel um das Fünfhundertjährige Reich europäischer Herrschaft in Lateinamerika charakterisieren ließe.

Auf dem zweiten Bundestreffen der Kampagne in Frankfurt ging es in erster Linie darum, einen kritischen Diskurs zu etablieren, der auf Grundlage inhaltlicher Vorarbeiten und theoretischer Bemühungen in Lateinamerika und der BRD über die neokolonialistische Lebensform in vielen Staaten der sogenannten *Dritten Welt* einen staatenübergreifenden Diskussionsprozeß fortschrittlicher Kräfte in Gang setzt. Dabei legt die Kampagne bei der Arbeit in Lateinamerika ihre Emphase auf die Aktivitäten der Betroffenen selbst und fordert, sozialen Fortschritt auch in den Metropolen als Wahrnehmung der Interessen der Menschen der Zwei-Drittel-Welt aufzufassen.

Der argentinische Soziologe Miguel Bonasso veranschaulichte in seinem einleitenden Referat die in diesem Kontext zunehmende Institutionalisierung der linkskritischen Intellektualität angesichts der Mißerfolge von Guerilla und Volksbewegungen, die dazu führe, daß „diejenigen Kader, die neue Wege und Programme vorschlagen könnten, am Rande des parlamentarischen Systems dahinvegetierten oder sich in den Universitätszentren verschanzen". Bonasso weiter: „Sie [die Schriftsteller und Intellektuellen] sind außerordentlich um ihre Schaffensfreiheit besorgt ... sie sind daran gewöhnt, die Welt aus der Sicht ihres Studierzimmers oder ihres Lehrstuhls zu sehen und deshalb maßen sie sich eine überhistorische Rolle an." Diese politische Selbstaufgabe der schreibenden Zunft in Lateinamerika wird im herrschaftsstabilisierenden Diskurs der Massenmedien tagtäglich reproduziert „um die neuen Generationen zu bremsen" und sie von revolutionären Aktivitäten abzuhalten, die „heute, mehr denn je, in Lateinamerika notwendig sind" (Bonasso).

Sofia Montenegro, Chefredakteurin der sandinistischen Zeitung *Barricadas*, rekonstruierte die nicaraguensische Revolution aus feministischer Perspektive und konnte anhand dieser historischen Selbstvergewisserung beschreiben, wie in der Zeit der bewaffneten Auseinandersetzungen und in der Folge der Verteidigung der revolutionären Regierung die „spezifischen Kämpfe der sozialen Bewegungen einem allgemeinen Kampf untergeordnet wurden ... Was am Anfang eine historische Notwendigkeit war, verwandelte sich in einem bestimmten Augenblick der Entwicklung in ein Hindernis." Dabei interpretiert Montenegro die chronische Reduktion der „Frauenfrage auf ökonomische, ideologische und politische Probleme" in linken Bewegungen oder Organisationen als Beschränktheit in der differenzierten Wahrnehmung spezifischer Bedürfnisse, die im Falle Nicaraguas letztlich in eine „Krise der Geschlechterbeziehung" mündete: „Alle diese Fragen der Verfremdung und der Subjektivität wurden nie wirklich diskutiert, darüber wurde nie wirklich nachgedacht." (Montenegro) Diese fehlende Reflexionsbereitschaft der Sandinistischen Front wog umso schwerer, als zeitweise bis zu 400 000 Soldaten unter Waffen standen und die Frauen während der Militärzeit der Männer in den Produktionsprozeß einrücken mußten — einer Studie der nicaraguensischen Feministinnen zufolge trugen die Frauen mit durchschnittlich 19 Stunden Arbeitszeit pro Tag die Hauptlast während der Kriegszeit, gegenüber den 12 Stunden täglicher Arbeitszeit der Männer. „Wenn sich dann die Analyse einer Gesellschaft ausschließlich auf das Ökonomische konzentriert ... ohne sie mit der Sphäre der Reproduktion zu verbinden, in der ja die Frauen bestimmend sind, dann ist natürlich die Sicht der Realität mangelhaft" (Montenegro).

Weil die Revolution für Frauen Türen aufgestoßen hatte, die neue Hindernisse erst sichtbar machten, wurde im Laufe der Entwicklung eine konzeptuelle Neuerung innerhalb der Frauenbewegung unumgänglich: die einer Frauenbewegung, „die hinausging über eine paternalistische Art von Bewegung, die lediglich Hilfestellungen leistet" (Montenegro).

Diesen Prozeß des Nachdenkens unterbrachen die Wahlen 1990, erneut mußten „die Anstrengungen auf die konkreten Bedürfnisse umgelenkt werden". Daß die Wahlen — bei denen die SandinistInnen mit einer „interessanten Quote von Frauen" antraten — verloren gingen, schreibt Sofia Montenegro neben den bekannten externen auch internen Faktoren zu. Die unterschiedlichen Einschätzungen hatten sich schon bei der FSLN-internen Diskussion um den Wahlkampfstil gezeigt, als ein alternatives Wahlkampfkonzept, von den Sandinistinnen ausgearbeitet, abgebügelt worden war. Für die Frauen in Nicaragua bedeutet diese neue Situation „jetzt ihre Interessen zu verteidigen, und das sind zum einen ihre Klasseninteressen, aber auch ihre geschlechtsspezifischen Interessen". Die in den revolutionären Jahren vernachlässigte Konfrontation mit dem Thema will Sofia Montenegro offen angehen: „Wenn wir zurückkehren ... werden wir eine Debatte über das Thema der Frauen auf nationaler Ebene führen, eine eigene Bilanz dieses Jahrzehnts, eine Kritik der Revolution und der revolutionären Partei leisten."

Exakt an diesem Punkt läßt sich die doppelte Anforderung formulieren, der eine Debatte über das sinnfällige Datum des 12. Oktober des Jahres 1492 (der Landung Cristobal Colón's in der ‚Neuen Welt') gerecht werden muß, wenn neue internationalistische Perspektiven entwickelt werden sollen. Zum einen gilt es die romantische Idealisierung der

Bewegungen nationaler Befreiung in Lateinamerika, Afrika oder Asien zugunsten des von Sofia Montenegro angedeuteten kritischen Blicks auf die politische Praxis emanzipatorischer Projekte zu revidieren. Erst diese kritische Konfrontation mit Organisationen und Institutionsformen des lateinamerikanischen Sozialismus ermöglichen eine produktive Debatte beispielsweise über die Ziele der mit „Emancipación e Identidad de América Latina" verschwisterten Kampagne lateinamerikanischer BäuerInnen- und Indígena-Organisationen, *Campaña de Resistencia Indígena y Popular* (Kampagne des Indígena- und Volkswiderstandes) deren Potential der exilierte kolumbianische Bauernführer Angel Tolosa gerade in der „Formulierung politischer und sozialer Ziele aus der Perspektive der Interessen der Volksorganisationen Lateinamerikas" sieht.

Angel Tolosa wandte sich in der Epoche des zusammenbrechenden „bürokratischen Sozialismus" im Osten Europas an die AktivistInnen in Europa und wies mit seiner Position in Frankfurt auf einen zweiten, bedeutenden Punkt hin: „Für Lateinamerika als *einem* Teil Lateinamerikas Geld zu schicken oder dorthin zu fahren. Unsere Völker („pueblos") haben einen gemeinsamen Gegner hier wie dort: den Kapitalismus, der bereits jetzt den Tod des Sozialismus feiert." Es muß auch — und idealerweise in der Debatte mit den fortschrittlichen Kräften in Lateinamerika — um eine präzise Standortbestimmung im Europa der drohenden 90er Jahre gehen, wenn eine politische Wirkung über das magische Jahre 1992 hinaus erhalten bleiben soll. Der *Informationsdienst El Salvador* formuliert in einem Beitrag über den Kongreß der Kampagne „Emanzipation und lateinamerikanische Identität" genau diese Prämisse: „Es geht darum, *1992* zu einem Thema zu machen ... (mit dem) wir hier in einem *Großdeutschland* unter europäischem Dach gegen die Fortführung der kolonialistischen imperialen Politik Ansätze für unseren Widerstand entwickeln müssen."

Dies um so mehr, als im Rahmen der vermeintlichen Neuordnung Europas und der wegbrechenden *Vermittlung* der ehemaligen „Zweiten Welt" zwischen Europa und den sogenannten „Entwicklungsländern" ein der Township-Praxis der südafrikanischen RassistInnen entlehntes Modell als eine Art Modernisierungs-Vorbild im Weltmaßstab im Bereich des Wahrscheinlichen liegt: Eingeschlossen in ihren Ländern und Kontinenten ermöglicht die Arbeit der Besitzlosen das Fortbestehen der kopflastigen Organisation des Globus, trotz der sich ständig verschärfenden sozialen Konflikte auch innerhalb der komplexen Erst-Welt-Metropolen.

Jeglicher *Neo-Internationalismus* der kommenden Jahre muß sich dieser historischen Lektion vergewissern und in seiner Auseinandersetzung mit den herrschenden Verhältnissen besonders angesichts des 500. Geburtstages des europäischen Reiches in Lateinamerika Positionen der Debatten um Rassismus und Asyl in Europa und der FeministInnen zu einem zentralen Bestandteil der gedanklichen und praktischen Anstrengungen machen.

Michael Werz

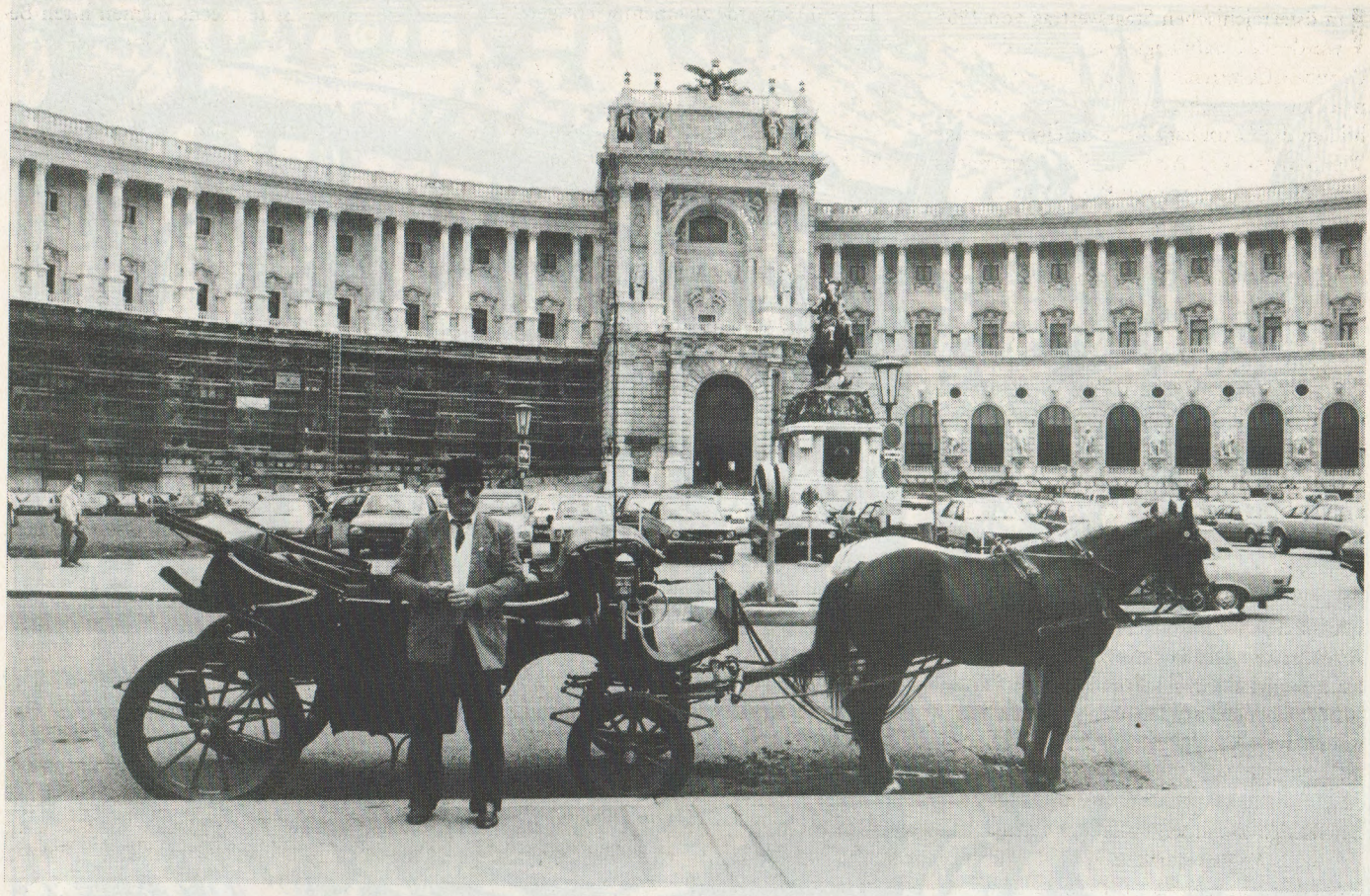


Foto: Abisag Tüllmann

Scheiß Piefkes und beste Freunde

Österreichs Abhängigkeit vom großen Bruder

„Der deutsche Gast betritt ein österreichisches Wirtshaus und es umfängt ihn die Atmosphäre einer Anpassung, einer Hurerei: Der Wirt ahmt die Sprache der Deutschen nach, serviert ihm ‚seine' Gerichte, läßt ihn in ‚seiner' Währung bezahlen und schunkelt mit ihm zu den martialischen Klängen ‚seiner' Fröhlichkeit. Kaum aber hat der deutsche Gast das österreichische Wirtshaus verlassen, nennt ihn der Wirt Scheißpiefke, einen präpotenten Schrumpfgermanen, der glaubt, er könne mit seiner DM alles und jedes kaufen. Wen man von Angesicht zu Angesicht lieben muß, dem sagt man jegliche Gemeinheit in den Rücken."

Peter Turrini: Die Deutschen und die Österreicher

„Jeder, der eine Zeitung in die Hand nimmt, erfährt heute mühelos, daß der große Ausverkauf soeben eingesetzt hat. Und da auch einige ganz besondere Stücke aus der Zeit des Dritten Reiches unter den Restbeständen auftauchen, läßt sich nicht verhindern, daß die sonst weißen Wochen alle möglichen Färbungen annehmen."*

Helmut Qualtinger: Braune Wochen

Am 7. Oktober hat Österreichs Wahlvolk gewählt und die große Koalition aus Sozialdemokraten und Konservativen in ihrem Regierungsauftrag bestätigt. Beide Regierungsparteien werden eine Politik fortsetzen, die Österreich seit 1945 in ein immer engeres wirtschaftliches Verflechtungsverhältnis zur Bundesrepublik gebracht hat.

Große Teile der Wirtschaft sind wieder fest in der Hand deutschen Kapitals. Ein hoher Grad an Abhängigkeit besteht in der Fremdenverkehrswirtschaft, im Mediensektor, im Außenhandel und in den Zulieferindustrien, die einseitig auf die BRD hin orientiert sind, sowie in der Währungspolitik. Der *heimliche* Anschluß Österreichs im wirtschaftlichen Bereich ist praktisch vollzogen. Wen schert da schon die relative außenpolitische Unabhängigkeit Österreichs, die zuletzt beim rigoros durchgezogenen Nachtfahrverbot für Lastkraftwagen sichtbar wurde und die in der Nachkriegsgeschichte immer wieder zu bemerken war? Österreichs politische Unabhängigkeit steht im krassen Mißverhältnis zur wirtschaftlichen Abhängigkeit vom bundesdeutschen Kapital. Und daran ändert weder die von der österreichischen Bundesregierung herbeigesehnte EG-Mitgliedschaft etwas noch das ständige Gefasel vom gemeinsamen europäischen Haus. Die Bundesrepublik ist die regionale Hegemoniemacht der Stunde und nach ihr gilt es sich zu richten.

Im österreichischen Staatsvertrag von 1955 wurde die Unabhängigkeit und Einheit der Republik Österreich von den alliierten Siegermächten festgeschrieben. Der Staatsvertrag bildete die Grundlage für eine eigenständige Wirtschafts- und Außenpolitik Österreichs gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. In Artikel 14 Abs. 1 bestimmen die Alliierten, „daß eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung zwischen Österreich und Deutschland verboten ist". Auch verpflichtete sich Österreich, jegliche Handlung auf seinem Staatsgebiet zu unterbinden, die „geeignet wäre, eine solche Vereinigung mittelbar oder unmittelbar zu fördern".

Österreich wurde also gezwungen, eine eigenständige Außenpolitik zu betreiben. Dafür gab und gibt es bis heute auch sichere Mehrheiten in den staatstragenden Parteien und Verbänden, die zumindest dies aus den Anschlußjahren 1938-45 und dem Austrofaschismus gelernt zu haben scheinen. Verbale Ausrutscher, wie der des Kärntner Landeshauptmannes (Ministerpräsidenten) Haider (FPÖ), der sich als Volksdeutscher verstanden wissen will und Neutralität sowie Staatsvertrag zur Diskussion stellen möchte, bleiben Ausnahmen und sind bei weitem nicht mehrheitsfähig. Dennoch: Haiders rechtslastige Freiheitliche Partei bekam bei den Nationalratswahlen immerhin 16 Prozent der Stimmen und selbst der Wiener Bürgermeister Zilk vergaß nicht, sein Rathaus am 3. Oktober mit der bundesdeutschen Fahne zu zieren.

Die Außenpolitik der Republik Österreich war sehr pragmatisch orientiert, was die Beziehungen zu den Staaten der beiden Machtblöcke betraf. Zwar fühlte und fühlt man sich dem westlichen Bündnis traditionell und aufgrund der eigenen kapitalistischen Produktionsweise mehr zugehörig, doch war die österreichische Regierung sehr darauf bedacht, eine eigenständige Ostpolitik zu betreiben. Oft auch zum Mißfallen der kalten Krieger in Bonn.

Was das Verhältnis Österreichs zur DDR betraf, wollte man zwar die BRD nicht offen kompromittieren, doch war Österreich gewillt, gute wirtschaftliche und politische Beziehungen zur DDR aufzubauen. Dies konnte nicht ohne Irritationen seitens der bundesrepublikanischen Regierung vonstatten gehen, die ihren Alleinvertretungsanspruch auch gegenüber Drittstaaten geltend machen wollte. Hans J. Thalberg, der Anfang der sechziger Jahre Chef der österreichischen „Delegation" in Berlin war, kommentierte dieses Verhalten der BRD folgendermaßen: „Daß souveräne Staaten sich unter Androhung von Repressalien vorschreiben lassen mußten, ob und unter welchen Umständen sie ein drittes Staatswesen anerkennen dürfen, bleibt ein Kuriosum neudeutscher Diplomatie; ganz ohne Pression geht es eben mal in teutonischen Landen nicht!" Trotzdem war Österreich nach der Schweiz das zweite westeuropäische Land, welches die DDR 1972 anerkannte. Die DDR wurde zu einem wichtigen Handelspartner für Österreich, vor allem im Bereich des Exportes von Industrieanlagen (auch in jüngerer Zeit).

Ganz anders durchdrang das bundesdeutsche Kapital die Wirtschaft Österreichs. Da war Österreich sehr darauf bedacht, bundesdeutschen Interessen entgegenzukommen. Schon in den späten fünfziger Jahren wurde dies deutlich, als Österreich und die BRD eine Reihe von Verträgen abschlossen, die die Rückführung vormals deutschen „Eigentums" (bis 1938) regelten. Bundesdeutschen Firmen wurde es ermöglicht, konfisziertes „Eigentum", welches die Alliierten eingezogen und später der Republik Österreich vermacht hatten, unter Wert zurückzukaufen. Österreich wollte damit ein Zeichen des Entgegenkommens setzen, um bundesdeutsches Investitionskapital ins Land zu locken, denn die junge Republik hatte damals einen kaum zu stillenden Kapitalbedarf. Und die BRD begann bereits, in Milliardenhöhe ins Ausland zu investieren, da wollte auch Österreich nicht zurückstehen und ein Stück vom Kuchen abbekommen. Hier setzt die eigentliche Misere der österreichischen Wirtschaftspolitik an: wieder, wie schon vor 1938, wurde auf das (bundes)deutsche Pferd gesetzt und verabsäumt, nach anderen internationalen Geldgebern zu suchen. Damit war der erste Schritt in die einseitige Abhängigkeit vollzogen.

Größter Arbeitgeber: BRD-Konzerne

Die Deutsche Handelskammer in Österreich beziffert die Anzahl der bundesdeutschen Unternehmen in Österreich für das Jahr 1985 auf etwa 1450, die mit etwa 112000 Lohnabhängigen einen Jahresumsatz von mehr als 28 Milliarden DM erzielten. Sie vergaß auch nicht, darauf hinzuweisen, daß damit mehr Lohnabhängige in „deutschen" Firmen als in jenen der verstaatlichten Industrieholding ÖIAG (Österreichs größtes Industrieunternehmen) arbeiten. Der Anteil der bundesdeutschen Unternehmungen am gesamten ausländischen Nominalkapital betrug für das Jahr 1985 35,85 Prozent oder knapp zwei Milliarden DM, das sind rund 64% des EG-Nominalkapitals. Alle anderen EG-Staaten zusammen brachten es gerade auf ca. eine Milliarde DM. Die von der österreichischen Bundesregierung oftmals behauptete Verflechtung mit der EG ist bei genauerem Hinsehen vor allem eine Abhängigkeit vom BRD-Kapital.

Die Präsenz bundesdeutscher Konzerne in Österreich geht wie oben schon erwähnt auf die fünfziger Jahre zurück, doch häuften sich die Firmenübernahmen und Neugründungen durch bundesdeutsche Betriebe in den siebziger und vor allem in den achtziger Jahren. Allein im Zeitraum von 1979 bis 1989 übernahmen BRD-Firmen 89 ehemals österreichische Betriebe. Zum Vergleich: im selben Zeitraum wechselten sechs Firmen ihren Besitzer in Richtung Großbritannien und sechs nach Frankreich.

Die Folgen dieser Durchdringung sind für den österreichischen Staat und die Lohnabhängigen mannigfaltig. Zum einen verlor der Staat damit einen großen Teil an Steuerungsmöglichkeiten in der Arbeits- und Wirtschaftspolitik. Wenn die Standortwahl Österreich für BRD-Konzerne zwar angenehm, aber keineswegs zwingend ist und sie dadurch Druck ausüben können, was kann die österreichische Regierung dann im Falle einer wirtschaftlichen Krise überhaupt noch tun? Betriebe sie eine den Unternehmern nicht genehme Politik, so könnten die bundesdeutschen Firmen ihre Produktionsstätten ohne größere Probleme in andere europäische Länder verlegen, was eruptive Folgen für die österreichische Gesellschaft hätte. Zum anderen hat die dominierende Rolle bundesdeutscher Unternehmensgruppen langfristige Auswirkungen in bezug auf die wirtschaftliche Infrastruktur des Landes. Österreich wird immer mehr zur reinen Produktionsstätte, Forschung und Management geht in den bundesdeutschen Mutterbetrieben über die Bühne. Ein Beispiel: Sofort nach der Übernahme von Elin (Elektro) durch Siemens wurde die Forschungsabteilung (Computer, Elektronik) geschlossen und die dortigen MitarbeiterInnen entlassen; die lukrativen Fertigungsanlagen sind übriggeblieben, der Betrieb wurde somit ‚effizienter' organisiert, freilich auf Kosten qualifizierterer Arbeitsplätze. Ferner hat das bundesdeutsche Engagement auch Folgen in bezug auf die Beschäftigungspolitik. Ein Beispiel hierfür ist die Übernahme der LKW-Bauer von Steyr durch MAN. Als erstes wurden dieses Frühjahr dort 250 MitarbeiterInnen entlassen, hauptsächlich organisierte GewerkschaftlerInnen, bekannte Linke etc. Die offizielle Begründung hieß freilich anders: auch hier alles im Namen der ‚Effizienz'. Übrigens hat es sich bei Steyr und Elin keineswegs um defizitäre Unternehmungen gehandelt.

Standortwahl Österreich

Es gibt viele Gründe, warum Österreich für bundesdeutsche Unternehmen als Industriestandort interessant ist. An erster Stelle steht natürlich das um 26 Prozent niedrigere Lohnniveau, doch auch der hohe Ausbildungs- und Spezialisierungsgrad der österreichischen Lohnabhängigen, hervorgerufen durch eine fortschrittlichere Ausbildungspolitik in den verstaatlichten Betrieben, spielt eine erhebliche Rolle. Überhaupt ist die heute in Österreich so in Verruf geratene verstaatlichte Industrie von großer Bedeutung, was die strukturellen Vorleistungen seitens Österreichs betrifft. Sie gab dem Staat die Möglichkeit, den im internationalen Vergleich kleinen und finanzschwachen österreichischen Privatbetrieben indirekt unter die Arme zu greifen.

Mit ihrer Hilfe wurde Regionalpolitik betrieben, die Ausbildung von FacharbeiterInnen finanziert und über Aufträge an die Privatindustrie ganze Branchen über Wasser gehalten. Heute will die wiedererstarkte Privatindustrie freilich der Staatlichen an die Gurgel. Privilegienabbau und Zerschlagung der alten Verbändestrukturen sind dabei die Schlagworte, eigentlich geht es aber nur darum, sich die Rosinen aus dem verstaatlichten Kuchen zu picken und „ein kleines Stück Sozialismus" zu zerstören. In der Öffentlichkeit stößt die Privatwirtschaft dabei kaum auf Barrieren, da sich die verstaatlichte Industrie selbst durch Skandale und schlechtes Management diskreditiert hat. Die Privatisierungspolitik der jetzigen Bundesregierung ist somit ein Zugeständnis der SPÖ an die ideologischen Vorbehalte des Koalitionspartners ÖVP und an die öffentliche Meinung.

Schließlich darf ein weiteres Argument nicht vergessen werden, das für Österreich als Standort bundesdeutscher Konzerne spricht: Österreich ist das Land in Westeuropa mit den wenigsten sozialen Unruhen. Die Sozialpartnerschaft ist verfassungsmäßig verankert, Tarifverhandlungen beispielsweise werden durch Übereinkunft gelöst. „Man kann", so der Wiener Politikwisssenschaftler Hans Georg Heinrich, „von einer Art Verbändedemokratie sprechen, in der die im Blickfeld dieser Organisationen liegenden Probleme konsensuell gelöst, andere hingegen nicht behandelt werden."

Warum wird verkauft?

Der Ausverkauf der österreichischen Betriebe an ausländische Unternehmungen ist nur durch den wachsenden Internationalisierungsgrad der Konzerne zu verstehen. Österreich besitzt keinen Konzern von internationaler Bedeutung; der größte, der verstaatlichte ÖIAG-Konzern, ist zudem noch von Teilprivatisierungen der lukrativsten Betriebe betroffen. Es ist für österreichische Unternehmer, egal ob private oder staatliche, praktisch unmöglich, bei der internationalen Jagd nach mehr High-Tech und Know-How bestehen zu können. Die Konkurrenz der EG-weiten Großkonzerne, und hier vor allem wieder der bundesdeutschen, ist übermächtig. Also muß sich Österreichs Industrie in kleine hochspezialisierte Nischen zurückziehen oder aber eben mit größeren Unternehmensgruppen fusionieren, um zu überleben.

Auch hat es Österreichs Bundesregierung verabsäumt, sich auf die veränderte internationale Situation einzustellen und gegenzusteuern, d.h. eine eigenständige Forschungs- und Wissenschaftspolitik zu fördern, um so dem internationalen Konkurrenzdruck standhalten zu können. In keinem anderen Industrieland der westlichen Welt wird so wenig für Forschung und Wissenschaft ausgegeben wie in Österreich.

Wie abhängig ist Österreich von der BRD?

Die BRD ist traditionell der wichtigste Handelspartner Österreichs. Seit 1960 lag der Anteil der BRD bei den Importen nicht unter 40 Prozent und erreichte 1988 einen Anteil von 44,5%. Der absolute Wert der österreichischen Ausfuhren in die Bundesrepublik belief sich 1988 auf 134943 ö.S., das sind 35 Prozent der gesamten Exportrate. Schon diese absoluten Werte lassen erahnen, wie eng die Verflechtung Österreichs mit der BRD bereits ist. Ich will mich jedoch auf zwei beispielhafte Bereiche beschränken: auf die österreichischen Zulieferindustrien an bundesdeutsche Konzerne und auf den Mediensektor.

Die Bindung der österreichischen an die bundesrepublikanische Wirtschaft wird durch die hohe Zahl der Zulieferindustrien für BRD-Konzerne sehr deutlich. Hier ist eine einseitige Abhängigkeit von der Prosperität der bundesdeutschen Ökonomie gegeben. Würde sie in eine Krise schlittern, wäre die österreichische Volkswirtschaft mit als erste betroffen. Besonders die großen Automobilmultis halten sich Zuliefererbetriebe in Österreich, die oftmals — vor allem die kleineren Betriebe — von der Konjunkturlage der Automobilbauer abhängig sind.

Die einseitige Orientierung der österreichischen Zulieferindustrie nach Deutschland hin ist keineswegs eine Entwicklung der letzten Jahre. Sie ist schon historisch gegeben durch die für Österreich völlig überdimensionierten NAZI-Werkstätten, wie zum Beispiel den ehemaligen Hermann Göring Werken in Linz, die heute verstaatlichte VOEST, die rein auf den (bundes) deutschen Markt hin errichtet wurden. Da sie für den Binnenmarkt viel zu groß waren und sind, mußten und müssen diese Betriebe exportorientiert arbeiten. Mit Bayern ist zudem noch eine räumliche Vernetzung gegeben und so lag es nahe, daß die Betriebe auch nach 1945 wieder in die BRD lieferten. Die VOEST als größter österreichischer Stahlkonzern hat diese einseitige Abhängigkeit von der BRD noch in leidvoller Erinnerung. Mitte der siebziger Jahre sanierte sich die bundesdeutsche Stahlindustrie auf Kosten der österreichischen verstaatlichten Stahlindustrie: plötzlich wurde kein Austrostahl mehr benötigt und die VOEST stand ohne Absatzmarkt da. Heute, in Zeiten von Hochkonjunktur und Wirtschaftswachstum, ist das österreichische Blech bei den bundesdeutschen Automobilkonzernen wieder hoch im Kurs und alles scheint vergessen.

Doch durch die besonders enge Verbindung, die die „Just in time"Produktionsweise in der Automobilbranche bedingt, ist die Abhängigkeit der österreichischen Zulieferer auch in Zeiten guter Konjunktur deutlich spürbar. Nur wer prompt und zuverlässig liefern kann, ist gefragt, da müssen schon mal Sonderschichten und höherer Akkord gefahren werden. Von gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitszeiten kann da keine Rede mehr sein, nur der *gute* Lieferant hat eine Chance.

In der Medienbranche scheint die Verflechtung mit BRD-Medienmultis für Österreich besonders bedrohlich. Hier geht es schlicht und einfach auch um direkten Machteinfluß. 65 Prozent des österreichischen Marktes an Tageszeitungen und Zeitschriften sind in bundesdeutscher Hand. Allein die beiden größten Tageszeitungen, die Boulevard-Blätter *Krone* und *Kurier* halten zwei Drittel (in Wien gar 80%) des Tageszeitungsmarktes und gehören praktischerweise dem gleichen BRD-Verlag, nämlich der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* (WAZ). Springer, Bauer und Bertelsmann mußten sich da mit wesentlich kleineren Happen zufrieden geben.

„Wieweit der EG-Beitrittswunsch Österreichs beziehungsweise die Aussicht auf einen Medien-Binnenmarkt ausschlaggebend für die bundesdeutsche Begehrlichkeit gewesen sind, läßt sich schwer nachweisen. Die Folgen dieser Entwicklung sind jedoch klar ersichtlich. Österreich ist heute das Land mit der höchsten Pressekonzentration. (...) Und welche Folgen für die Berichterstattung mit dieser Veränderung der Eigentumsverhältnisse verbunden sein können, läßt sich unschwer daran ermessen, daß etwa eine dezidierte EG-kritische Haltung in bestimmten Printmedien kaum noch vorstellbar ist." Auf jeden Fall geht das bundesdeutsche Interesse am österreichischen Medienmarkt auffallend auf die Zeit zurück, als Österreich erstmals ernstlich EG-Beitrittsabsichten äußerte. Bis 1987 waren Österreichs Zeitungen und Zeitschriften noch ausschließlich in inländischem Besitz.

Die Liste der österreichischen Verflechtungs- und Abhängigkeitsverhältnisse zum großen Bruder BRD ließe sich beliebig erweitern, man denke nur an die Abhängigkeit der Fremdenverkehrswirtschaft von bundesdeutschen Touristen oder etwa an die Finanzpolitik ..., das Ergebnis würde jeweils ähnlich ausfallen. Die Abhängigkeit hätte vermieden werden können, gerade zu Zeiten der SPÖ-Alleinregierung in den siebziger Jahren, als noch eine andere Politik möglich war als die heutige Anbiederung an EG und BRD.

Heute sind die Weichen gestellt, Österreich wird immer mehr zur reinen Produktions-

KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
+ ANTIQUARIAT
JORDANSTR. 11 · 6 FRANKFURT/M. 90
TELEFON 069/77 88 07 + 03

stätte „bundesdeutscher" Industrieartikel. Höher qualifizierte Berufe in Forschung und Technik werden verdrängt durch Fließband- und Monteurjobs mit schlechterer Entlohnung und geringerer sozialer Absicherung. An die Stelle einer eigenständigen Wirtschaftsplanung tritt die reine Dienstleistung für BRD-Unternehmen. Der österreichische Nationalstaat wird in die Rolle eines Aufsichtsbeamten zurückgedrängt, der Ruhe und Ordnung sowie die soziale Infrastruktur aufrecht erhalten muß. Er ist nicht mehr Dienstgeber, sondern Dienstbote eines internationalen Privatkapitals, dessen Verflechtungen immer undurchschaubarer und unheimlicher werden (vgl. Daimler Benz und Mitsubishi), und der Verdacht liegt nahe, daß die „sonst weißen Wochen alle möglichen Färbungen annehmen" werden.

Michael Fanizadeh

Literatur:

Inge Morawetz, Margit Scherb (Hrsg.): In Deutscher Hand?, Wien 1990
Michael Scharang (Hrsg.): Geschichten aus der Geschichte Österreichs 1945-1983, Darmstadt 1983

* Weiße Wochen: österreichische Bezeichnung für den Sommer- oder Winterschlußverkauf

Wohnhaft Hafenstraße

Wer den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, dem Generalbundesanwalt, der Polizei und dem Hamburger Verfassungsschutz-Chef Lochte glaubt, der weiß: Die RAF hat eine Postanschrift. Eine Chronik der Auseinandersetzungen um die Hafenstraße.

Als am 18. November 1987 vor den besetzten Häusern in der Hafenstraße und der Bernhard-Nocht-Straße die Barrikaden abgebaut wurden, bejubelte die Hansestadt ein „politisches Wunder": Der Kampf um die seit 1982 besetzten, 1986 teilweise geräumten und 1987 wiederbesetzten Häuser schien friedlich beendet, das Schlachtfeld in ein „alternatives Wohnprojekt" überführt. Nur der „Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße" blieb skeptisch: „Mit der Unterzeichnung des Pachtvertrages sind die Ziele, die sich mit dem Kampf um die Hafenstraße verbinden, noch nicht durchgesetzt. Der Vertrag ist so angelegt, daß bei rigider Handhabung durch den Senat weitere Konflikte unvermeidlich sind. Wir kämpfen weiter."

Tatsächlich blieb den Bewohnerinnen und Bewohnern des halben Dutzend Häuser kaum eine Verschnaufpause. Schon wenige Wochen nach Vertragsabschluß schalteten die Hamburger Elektrizitätswerke den Strom ab und forderten astronomische Nachzahlungen. Im Januar 1988 bedauerte Generalbundesanwalt Kurt Rebmann, daß der Hamburger Senat die Bundesbehörden nicht zur Hilfe gerufen habe, um das „Projekt Hafenstraße" zu beenden; seine Behörde werde sehr genau gucken, ob sich Möglichkeiten zum Eingreifen böten. Im August 1988 verlangte der Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Tyll Necker, vor 1 300 Industriellen und Managern in Hamburg die Räumung der Hafenstraße, die „den Hafen in Hamburg zum Symbol für Chaos verkommen läßt". Wenige Wochen später wies Bürgermeister Voscherau (SPD) die Lawetz-Stiftung (die zu diesem Zeitpunkt Vertragspartner des Vereins Hafenstraße war) an, die Bewohnerinnen und Bewohner der Häuser abzumahnen.

Anlaß für die Abmahnung, der bis heute ein halbes Dutzend Kündigungen gefolgt sind, war eine Stacheldrahtrolle, die den Zugang zu einem an der Häuserwand aufgebauten Gerüst verwehrte, an dem mehrfach Touristen hochgeklettert waren. Im August 1988 wurde eine Häuserwand mit einer auch in der Hamburger Linken umstrittenen Parole bemalt: „Boykottiert Israel — Waren, Kibbuzim und Strände". Der Senat verlangte, daß die Wand übermalt wurde, und setzte sich schließlich durch. Im Dezember 1988 nahmen die Bewohnerinnen und Bewohner 21 von Abschiebung bedrohte jugoslawische Roma in ihren Häusern auf: „Weil wir für selbstbestimmtes Leben kämpfen, ist es für uns selbstverständlich, Menschen aufzunehmen, die von diesem Staat und diesem Senat verfolgt werden . . ."

Am 26. Mai 1989 marschierten ca. 2 500 Polizeibeamte mit Wasserwerfern und Räumpanzern auf und sperrten für etwa zehn Stunden ganz St. Pauli Süd. Angeblich sollten sie die Bauwagen abtransportieren, die auf einem freien Gelände neben den Hafenstraßen-Häusern standen, tatsächlich aber, dieser Verdacht wurde Monate später durch Indiskretionen bestätigt, sollten die Bewohner zu einer Auseinandersetzung provoziert werden, damit nach dem Sicherheits- und Ordnungsgesetz (SOG) geräumt werden konnte. Während des Einsatzes wurden Durchsuchungsbefehle für zwei Häuser und später eine Ermächtigung zum Übertünchen der Parole für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen auf einer Hauswand nachgeschoben. Die Bewohnerinnen und Bewohner ließen sich aber nicht provozieren. Selbst als Wasserwerfer versuchten, einzelne Leute, die von den Dächern der Häuser aus das Vorgehen beobachteten, herunterzuspritzen, kam es nicht zur vom Senat erhofften Schlacht. Tags darauf machte die *Bild*-Zeitung „Die Räumung an der Hafenstraße" zum Aufmacher, die Meldung „Genscher droht mit Rücktritt" mußte sich mit Platz zwei begnügen. Am 28. Juli 1989 versuchten mehrere Polizeibeamte, zwei mutmaßliche Autoknacker festzunehmen; als sie vier unbewaffnete und unmaskierte Bewohner der Hafenstraße auf sich zugehen sahen, gab einer der Polizisten ohne Warnung drei scharfe Schüsse in die Luft ab, ein anderer schoß einem der Herankommenden zwischen die Beine. Anschließend fuhren sie in ihrem Streifenwagen weg. 90 Minuten nach diesem Zwischenfall hielten, begleitet von einem Pressepulk, elf Wannen und Einsatzwagen vor dem „Onkel Otto", brachen die Tür auf und beschlagnahmten mehrere Latten und einen Sonnenschirm als „Waffen". Die Lokalpresse machte tags darauf aus vier unvermummten, unbewaffneten Leuten 15 bis 20 vermummte Menschen mit Eisenstangen, Stahlseilen und Fahrradketten, die die Streifenwagenbesatzung bedroht hätten.

Wie Mietrecht, neonazistische Angriffe und polizeiliche Attacken gegen die Bewohner und Bewohnerinnen der Hafenstraße zusammenspielen können, wurde exemplarisch Anfang September 1990 vorgeführt: Am 1. September erklärte die HEW, daß zwei Häuser der Strom abgestellt werden sollte. Daraufhin kündigte die Hafenrandgesellschaft (die die Lawetz-Stiftung als Vertragspartner für den Verein Hafenstraße abgelöst hat) den Mietern der Häuser, weil sie das Zustandekommen von Stromverträgen hintertrieben hätten. Tags darauf, in der Nacht vom 2. auf den 3. September, versuchten etwa vierzig Hooligans, die Häuser anzugreifen. Stunden nachdem sie vertrieben worden waren, explodierte vor der Hafenstraße 108 eine Rohrbombe. Bis zum 3. Stock gingen alle Fenster zu Bruch. Die Hafenrandgesellschaft weigerte sich, für die Instandsetzung der Fassade und der Fenster aufzukommen.

Die Polizei, die sonst wegen jedes geklauten Autoradios sofort mit großem Aufgebot zur Stelle ist, nahm vorerst keine Ermittlungen am Tatort auf, weil „normale Polizeieinsätze" in der Hafenstraße nicht durchgeführt werden könnten. Am 3. September räumten drei Hundertschaften Bereitschaftspolizei stattdessen ein Gerüst vor der Hafenstraße 106, um die Fertigstellung einer Wandmalerei an der Fassade des Hauses zu verhindern. Die Malerin Brigitte K. warf empört, aber ziellos und ohne zu treffen, einen Stein. Ein Jahr später wurde sie deswegen vom Amtsgericht Hamburg zu 8 Monaten Haft (auf Bewäh-

rung) und 1500 Mark Geldstrafe verurteilt, obwohl sich inzwischen herausgestellt hatte, daß der Polizeieinsatz rechtswidrig war. Erst nach diesem Räumungseinsatz, der sämtliche Spuren verwischt hatte, begann die Polizei, wegen des Bombenanschlags zu ermitteln.

Im Dezember 1989 wurden Holger Deilke und Ute Hladki wegen angeblicher Mitgliedschaft in der RAF verhaftet. Da sie Kontakt zu Leuten in der Hafenstraße hatten, verkündete die Presse: „RAF-Terroristen — Spuren in die Hafenstraße" (*Hamburger Morgenpost*). Damit wurde neben den Versuchen, die Hafenstraße auf mietrechtlichem Wege zu kündigen oder sie unter Zuhilfenahme des SOG zu räumen, ein weiteres, erfahrungsgemäß äußerst wirkungsvolles Mittel zur Beendigung des „Projekts Hafenstraße" und zur Isolierung der Bewohnerinnen und Bewohner eingesetzt. Den Boden dafür hatte Verfassungsschützer Lochte bereitet, der seit 1985 bei jeder Gelegenheit und mit Vorliebe in der *tageszeitung* über die RAF-Hafenstraßen-Connection „aufklärt". Von nun an stimmten die Politiker aller Parteien (außer der GAL) bei jeder Gelegenheit ihr „ceterum censeo" an: „Das Projekt Hafenstraße muß endlich auf rechtsstaatlichem Wege beendet werden" (Innensenator Hackmann).

Die „Zwischenfälle" häufen sich seitdem: Hooligans marschieren nach fast jedem Fußballspiel auf die Hafenstraße, Polizisten jagen vermeintliche Autoknacker in Wild-West-Manier, Hafenstraßen-Bewohner werden — wie sich auf der Wache herausstellt: „irrtümlich" — auf offener Straße festgenommen, Streifenwagen fahren täglich grundlos mit Blaulicht an den Häusern entlang. Und die lokale Presse bemüht sich nach Kräften, die Polizeiberichte stimmungsvoll zu ergänzen: Aus Neonazis, die Punks angreifen, macht sie „Passanten", die von „vermummten Personen aus dem Bereich der Hafenstraße attackiert werden".

Im Mai 1990 sperrten auf Antrag der Bundesanwaltschaft etwa 3000 Polizisten, Bundesgrenzschützer, BKA-Beamte und Staatsschützer fast einen ganzen Tag lang ein Areal von mehreren tausend Quadratmetern ab und verwandelten es in eine Kontrollstelle zur „Terroristen"-Fahndung. Der Presse wurde der Zutritt zum Areal verwehrt, sämtliche Anwohner und die Besucher, die sich zufällig in dem Gebiet aufhielten, mußten ihre Personalien überprüfen lassen. 22 Leute wurden vorläufig festgenommen — nur der angebliche Zweck der Übung, die Vollstreckung der beiden ein paar Wochen alten Haftbefehle gegen Corinna K. und Karl-Heinz G. wegen angeblicher Mitgliedschaft in der RAF, wurde verfehlt: Den Zivilfahndern des BKA war „entgangen", daß die Gesuchten sich an diesem Tag zuhaus bei ihren Eltern befanden.

Aus den durchsuchten 13 Wohnungen wurde lastwagenweise „Beweismaterial", darunter ein Kopierer und ein Computer, abtransportiert. Monate später dienten dem *Stern* Stadtpläne, die dabei beschlagnahmt wurden, als Basis für eine Titelgeschichte über die „Todesliste der RAF", in der es hieß: „Die Hafenstraße ist einer der wichtigsten Stützpunkte der Roten Armee Fraktion in der Bundesrepublik. Mindestens zehn Personen des engsten RAF-Umfeldes leben dort ... Es sind nicht nur Sympathisanten. Viele sind persönlich an RAF-Aktivitäten beteiligt."

Als die Presseberichte über die RAF-Zentrale Hafenstraße nicht enden wollten, wurde es der RAF zu bunt. In einem überraschenden Bekennerschreiben dementierten die Verfassungsfeinde am 24. September die Legende der Verfassungsschützer: „Jetzt im Rahmen der Hetze gegen den Hafen kochen sie die wildesten Konstruktionen zusammen, da sollen wir dann in jeder Küche sitzen ... Wir sagen gegen diese Lüge: Es gab und gibt keine Pläne von uns in der Hafenstraße, noch gibt es ‚legale' Mitglieder der RAF — weder im Hafen, noch gibt es die überhaupt."

Inzwischen aber war die Hafenstraße sogar Thema der Bundespolitik geworden. Am 19. September befaßte sich auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion der Deutsche Bundestag mit der Situation in den Häusern. „Wie lange will der Senat noch dulden, daß die Häuser in der Hafenstraße einer Mörderbande als logistische Basis dienen?", fragte der Hamburger CDU-Bundestagsabgeordnete Echternach; für die FDP forderte der Abgeordnete Lüde die Beendigung des „gescheiterten Projekts", und im Namen der SPD übte Freimut Duve, einst Befürworter des Mietvertrages, Selbstkritik: „Es ist ein sehr, sehr ernstes Thema. Es betrifft alle großen Städte. Wir können all die Menschen, die in unser Leben nicht völlig integrierbar sind, nicht mehr so ohne weiteres so behandeln und so unterbringen, wie wir es gern gewollt hätten. Insofern habe ich damals, als ich empfahl, diese Verträge so zu machen, selber einen Fehler gemacht." Wer nicht pariert, wie Duve es gelernt hat, der hat seinen Anspruch auf eine Unterbringung „wie wir es gern gewollt hätten" verwirkt.

Oliver Tolmein

Marily Stroux

Wandgemälde an einem der Hafenstraßenhäuser

* Der Artikel ist ein Nachdruck aus *konkret* 11/90, der uns freundlicherweise vom Verlag zur Verfügung gestellt wurde.

Besuch vom §129a

Eine Ringvorlesung an der Uni Hamburg

Eine Auseinandersetzung mit politisch brisanten Themen ist sicherlich keine Selbstverständlichkeit an bundesdeutschen Hochschulen. Eine Ringvorlesung, deren Titel „§ 129a — wider repression und gesinnungsjustiz" alleine schon „durch seinen agitatorischen Ton aus dem Rahmen offizieller Universitätsveranstaltungen herausfällt" (wie das hanseatische *Pflasterstrand*-Analogon *Szene Hamburg* feststellte), ist deshalb nicht nur Anlaß, sich mit dem juristischen Instrumentarium des präventiven Sicherheitsstaates auseinanderzusetzen, sondern zugleich Lehrbeispiel für das Verhältnis von Universität und kritischer Öffentlichkeit.

Während der bundesweiten Streiks an den Universitäten vor nun bald zwei Jahren entstand bei einer Gruppe von StudentInnen in Hamburg die Idee, im Rahmen des literaturwissenschaftlichen Seminars einen Lehrauftrag für Ingrid Strobl durchzusetzen. Als sich die politische Symbolkraft von Ingrid Strobl, deren damals laufendes 129a-Verfahren in bisher ungekanntem Ausmaß auch die bürgerliche Presse beschäftigte, bei den ProfessorInnen herumgesprochen hatte, war die Resonanz geteilt. Die Auseinandersetzung mit dem § 129a, so war die Reaktion, könne doch viel besser in einer gesamten Veranstaltungsreihe vollzogen werden. Dieser Versuch der Lehrenden, das Interesse von der Person Ingrid Strobls abzulenken, erwies sich jedoch als Eigentor: Der Vorschlag für eine Ringvorlesung wurde von den StudentInnen freudig aufgenommen, ohne die Bemühungen für die Durchsetzung des Lehrauftrages dafür preiszugeben.

Als der Lehrauftrag, dessen Thema „Nelly Sachs — Lyrik zu Auschwitz" sein sollte, trotz offizieller Bedenken der ProfessorInnen und einigem Hin und Her tatsächlich vergeben war, verurteilte das Oberlandesgericht in Düsseldorf die Kölner Journalistin wegen „Beihilfe zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion in Tateinheit mit Beihilfe zur Zerstörung eines Gebäudes und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" zu fünf Jahren Haft. Ingrid Strobl mußte auf ihren Lehrauftrag verzichten, so daß sich das Interesse der StudentInnen auf die Durchführung einer Vorlesungsreihe zum Thema § 129a konzentrierte. Das Interesse der ProfessorInnen an der eigenen Idee erlahmte hingegen schnell, wenngleich sie die Durchführung der Veranstaltung im Sommersemester 1990 auch nicht verhinderten.

Die StudentInnen hatten bei der Konzeption der Ringvorlesung aufgrund der mangelnden Initiative der ProfessorInnen die Möglichkeit, ihre eigenen Vorstellungen über den Verlauf einer solchen Veranstaltung durchzusetzen. Entgegen den Gepflogenheiten akademischer Diskurse ließ die Auswahl der ReferentInnen keinen Zweifel an der Intention der VeranstalterInnen. In der Einleitung zu dem für diese Ringvorlesung herausgegebenen Reader heißt es: „Wir beabsichtigen, bewußt Stellung zu beziehen und nicht irgendeinen sonst an der Uni so beliebten ‚Pluralismus' zu stützen. Deshalb sind wir auch zu dem Schluß gekommen, die ‚Gegenseite', d.h. die Staatsanwaltschaft und die Polizei, nicht zu Wort kommen zu lassen." Stattdessen sollten die Praxis der Repression, die Erfahrungen der Betroffenen und die Ansätze zu ihrer Bekämpfung im Vordergrund stehen, weshalb als ReferentInnen nicht vorwiegend WissenschaftlerInnen, sondern RechtsanwältInnen, PublizistInnen und Prozeßgruppen vorgesehen waren.

Als Ziel hatten sich die StudentInnen gesetzt, die Diskussion über die staatliche Repression über die Uni hinaus neu zu entfachen und eine breite Öffentlichkeit zu gewinnen. Ihr Engagement gegen den 129a wollten sie jedoch nicht mit jener beispielsweise von Antje Vollmer (Die Grünen) vertretenen realpolitischen Kampagnen-Politik verwechselt wissen, die „angesichts der Zerrüttung der RAF (...) die Streichung des Paragraphen 129a für notwendig" hält — und ihm damit unter anderen Umständen Legitimität attestiert. In der Stellungnahme der Vorbereitungsgruppe heißt es dazu: „Wenn wir fordern: ‚Der § 129a muß weg', dann darf dies aber nicht heißen, daß wir unser Engagement auf die Durchsetzung von Menschenrechten in einem ‚demokratischen Rechtsstaat' beschränken, sondern wir müssen die Funktion staatlicher Repression erkennen: mit ihr verteidigt die Machtelite dieses Staates ihre Stellung."

Mit dieser Einschätzung ist das Spannungsfeld umrissen, in dem sich die Diskussionen der Veranstaltungsreihe bewegten: Eine Untersuchung der von staatlichen Organen ausgeübten Repression dekonstruiert zwar den Mythos vom existierenden „demokratischen Rechtsstaat", führt aber bei einer lediglich selektiven Wahrnehmung wiederum zur Konstruktion eines neuen politischen Mythos, jener Vorstellung vom gnadenlosen Gewaltstaat, der sich seiner Feinde unerbittlich zu erwehren habe.

Politisches Organisationsstrafrecht in der BRD

Die Paragraphen 129 („Bildung krimineller Vereinigungen") und 129a StGB („Bildung terroristischer Vereinigungen") sind die Kernstücke des politischen Organisationsstrafrechts in der Bundesrepublik. Nachdem die Alliierten bei Gründung der BRD die Staatsschutzbestimmungen (u.a. den § 129) des wieder geltenden Reichsstrafgesetzbuches außer Kraft gesetzt hatten, wurde schon 1951 der § 129 wiedereingeführt.

In der Neufassung des bereits seit 1871 existierenden Paragraphen wurde die alte Formulierung, wonach „geheime und staatsfeindliche Verbindungen" der strafrechtlichen Verfolgung ausgesetzt sind, durch den Begriff „kriminelle Vereinigung" ersetzt. Dieser „semantische Betrug" (Falco Werkentin) verdeckt die Tradition politischer Justiz, die der § 129 verkörpert. Seit seinem Bestehen diente der § 129 der Verfolgung politischer Gegner: In der Kaiserzeit hatte er in Verbindung mit dem „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" seine Bedeutung in Prozessen gegen die ArbeiterInnenbewegung, in der Weimarer Republik und in der Nazi-Zeit wurde er vorwiegend gegen KommunistInnen eingesetzt.

Mit dem Ausdruck „kriminelle Vereinigung" wird nicht nur der — früher offen eingestandene — politische Charakter der Justiz, sondern auch die politische Motivation ihrer Opfer geleugnet. Das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie wurde in der BRD zu einer moralischen Frage stilisiert, während das „Böse" nach Gründung der DDR exterritorialisiert werden konnte. Politische Opposition im Inneren mußte demnach „von drüben gesteuert" sein, das Feindbild der Nazis von den „bolschewistischen Weltverschwörern" existierte weiterhin und diente der Rechtfertigung einer sich rekonstruierenden politischen Justiz.

Noch vor ihrem Verbot im Jahre 1956 wurde die KPD zur „kriminellen Vereinigung" erklärt, da sie einen „planmäßigen Hetzfeldzug" gegen den Bundeskanzler und die Mitglieder der Bundesregierung führte. Die KommunistInnenjagd der 50er Jahre wurde von dem damaligen Justizminister Dehler (FDP) mit dem Ausruf „Wir brauchen ja nicht in koreanische Fernen zu schweifen, denn das Böse liegt so nah!" eröffnet und mit der Forderung unterstützt, daß nun auch das Handeln *„vor* dem Hochverrat" strafrechtlich erfaßbar sein sollte.[1]

Die „Unterstützung" einer kriminellen Vereinigung wurde nun im § 129 mit der „Teilnahme" gleichgesetzt, wobei die „Unterstützungstätigkeit" nach den Kriterien der Rechtsprechung z.B. im Brötchenholen für Mitglieder einer „kriminellen Vereinigung" bestehen könnte. Mit dieser Regelung wurde die Sondergesetzgebung des Republikschutz-Gesetzes der Weimarer Republik übernommen, die dazu geführt hatte, daß „literarischer Hochverrat" und „staatsgefährdende Musik" angeklagt wurden. Allein der Besitz eines kommunistischen Manifestes von 1848 wurde damals als Argument für das Vorliegen eines Delikttatbestandes verwertet.

Die Vorverlagerung strafbarer Handlungen in den Bereich der Ansichten und Absichten — das Merkmal der Gesinnungsjustiz — wurde 1964 noch einmal erweitert, indem das „Werben für eine kriminelle Vereinigung" als Straftatbestand im § 129 ergänzt wurde, und nun auch eine erfolglos gebliebene „Unterstützung" kriminalisiert werden konnte.

Die veränderten Organisationsformen der radikalen Opposition seit den späten 60er Jahren erschwerten den juristischen Zugriff. War früher eine „kriminelle Vereinigung" leicht mit einer festen Organisation wie etwas der KPD zu identifizieren, fehlte den neu entstandenen außerparlamentarischen Oppositionsbewegungen jene organisatorische Struktur, die sie zu einer „Vereinigung" im Sinne des § 129 machte. Ein Urteil des Bundesgerichtshofes von 1975, das erstmals eine nicht als Organisation zu identifizierende Gruppe von HausbesetzerInnen zu einer „kriminellen Vereinigung" erklärte, nahm bereits die Einführung von neuen Rechtsnormen vorweg.

Der Deutsche Herbst 1977 bot dann eine willkommene Gelegenheit, die schon geplanten „Anti-Terror-Gesetze" im Schnellverfahren zu verabschieden. Der damalige Justizminister und heutige SPD-Vorsitzende Hans Jochen Vogel erklärte bei der 1. Lesung vom 28.10.1977, daß nicht nur der in Terrorismus-Prozessen schwierige „Täternachweis" die Notwendigkeit der neuen Gesetze begründe, sondern insbesondere auch der mit dem Terrorismus verbundene „Angriff auf das Herz des Staates": „Nicht daß Menschen getötet werden — so furchtbar das auch ist — ist das Spezifikum des Terrors. Sein Spezifikum ist der frontale Angriff gegen unseren Staat, (...) gegen die Wertordnung unserer Gesellschaft und gegen den Grundkonsens der geistigen und politischen Kräfte, auf denen unsere staatliche und gesellschaftliche Ordnung ruht"[2].

Der schon 1976 verabschiedete § 129 a lieferte dem Staatsschutz das entsprechende juristische Instrument: Fortan wurde die „terroristische Vereinigung" zu dem Begriff, unter dem sämtliche systemkritischen Bewegungen und ihre AnhängerInnen subsumiert werden konnten. Mit einer Fülle von Sondernormen, die sonst illegale Methoden bei Fahndung und Ermittlung nach § 129 a legalisieren, wird überdies sichergestellt, daß die Anwendung des politischen Sonderstrafrechts auf die Masse der Bevölkerung — wie bereits vor über 100 Jahren — eher Sache der Polizei als der Justiz ist.

Innerhalb der Vorlesungsreihe wurde diese Geschichte des 129 a unter verschiedenen Gesichtspunkten interpretiert. Der Bremer Rechtsanwalt und Publizist Rolf Gössner konstatierte eine beständige Entpolitisierung sogenannter „Terrorismusverfahren", die sich auf juristischer Ebene durch die Dominanz des § 129 a gegenüber dem klassischen politischen Delikt des Hochverrats dokumentiert. Diese Entwicklung spiegelt sich vor allem in der öffentlichen Meinung wider: Während Anfang der 70er Jahre noch etwa 40 % der Bevölkerung die RAF für eine politische Vereinigung und ihre Taten für politisch motiviert hielten, hat sich seither die Vorstellung von den wahllos mordenden Terroristen bis weit in die Kreise der Linken durchgesetzt. In einer Infas-Umfrage von 1972 erklärten 17,5 % aller Interviewten ihre Bereitschaft, Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe Unterstützung zu gewähren — und zwar selbst im Bewußtsein der Strafbarkeit solcher Handlungen.[3] Fast 20 Jahre später ist die Integration dieses SympathisantInnenpotentials in den Kreis derjenigen gelungen, die sich nach terroristischen Anschlägen im Wettstreit um die schnellste und entschiedenste Distanzierung befinden.

Falco Werkentin (Mitherausgeber der Zeitschrift *Bürgerrechte und Polizei*) behauptete in seinem Beitrag zur „Archäologie des politischen Strafrechts", daß die Angst vor der autonomen Vergesellschaftung politischer Anliegen jenseits staatlich lizenzierter Politikformen und -rituale über alle Wechsel politischer Herrschaftsformen geblieben sei. Obwohl Werkentin geradezu entschuldigend darauf hinwies, daß mehr als nur „tendenzielle" Unterschiede zwischen 129 a-Verfahren und der Rechtsprechung im Faschismus bestünden (was ihm wiederum heftige Kritik aus Antifa-Kreisen eintrug), entging ihm die entscheidende Tatsache, daß die anhaltende Angst vor dem „Staatsfeind" nicht allein auf die Kontinuität einer tatsächlichen radikalen Opposition zurückzuführen ist. Waren es früher breite Bürger- und ArbeiterInnenbewegungen, denen die staatliche Repression galt, ist die umstürzlerische Potenz der radikalen Opposition seit Gründung der BRD doch eher marginal.

In jedem Fall bestehen zwischen der staatlichen Reaktion auf tatsächliche oder vermeintliche Bedrohungen und dem realen Zustand der radikalen Opposition erklärungsbedürftige Diskrepanzen. Das Scheitern der 68er Bewegung und die Niederlage der Linken im Herbst 1977 stehen in einem komplexen Verhältnis zur staatlichen Reaktion und Repression, das sich nicht auf einen einfachen Zusammenhang reduzieren läßt. Ansätze zur Erklärung dieses wechselseitigen Verhältnisses wurden jedoch in den Vorträgen kaum thematisiert.

Eine Ausnahme stellte der Vortrag des früher in Frankfurt lehrenden Kriminologen Sebastian Scheerer dar. Sein Ausgangspunkt war das Verhältnis zwischen Foltervorwurf und dem § 129 a. Er konstatierte zunächst einen doppelten Zusammenhang: Einerseits provozieren die besonderen Haftbedingungen für 129 a-Gefangene in der Öffentlichkeit den Foltervorwurf, andererseits kann der Foltervorwurf selbst ein Ermittlungsverfahren wegen 129 a nach sich ziehen. Scheerer versuchte diesen zirkulären Zusammenhang aus der Perspektive der analytischen Sozialpsychologie zu begreifen. Die staatliche Reaktion auf den Foltervorwurf interpretierte er als ein überzogenes Verhalten, das sich als hysterische Reaktion auf die „Wiederkehr des Verdrängten" verstehen lasse; denn durch den Foltervorwurf werde eine Konfrontation mit der verdrängten Folter im Faschismus hergestellt.

In einem komplexen Verhältnis dazu steht die RAF (deren Mitglieder als erste den verschärften Haftbedingungen ausgesetzt waren) als Subjekt. Innerhalb der Gründergeneration gab es Auseinandersetzungen über die Angemessenheit des Foltervorwurfs. Später wurde der Vorwurf auch ohne Bezug auf die Haftbedingungen von Mitgliedern der RAF erhoben. Die über die Frage der Haftbedingungen und über die Kampagnen zur Zusammenlegung der Gefangenen erreichte Mobilisierung von SympathisantInnen erwies sich darüberhinaus als eine wesentliche Ursache für die Kontinuität der RAF über den Deutschen Herbst hinaus. Aus der Perspektive des Staates dient die Überreaktion auf den Foltervorwurf somit nicht nur der Legitimation von Sicherheitsmaßnahmen, sondern fördert auch die „Reproduktion des Bekämpften".

Der Ansatz Sebastian Scheerers stieß jedoch auf weitgehendes Unverständnis, entsprach er doch nicht dem einfachen Bild vom 129 a als „Knüppel gegen Revolutionäre". Dem politischen Selbstverständnis der meisten ZuhörerInnen waren deshalb die Aussagen des *konkret*-Redakteurs Oliver Tolmein lieber, der die komplexen Beziehungen, die sich aus der Repression ergeben, reduzierte und den 129 a ausschließlich „als *das* zentrale Instrument zur Niederhaltung der Linken"[4] sehen wollte.

Eine Solidaritätsgruppe zu einem — inzwischen eingestellten — 129 a-Ermittlungsver-

fahren gegen Hamburger Antifa-Zusammenhänge ließ sogar verlauten: „Wer im § 129a nicht *nur* die Spitze des Eisbergs der gesamten imperialistischen Repressionspraxis sieht, hat unsere Kampagne gegen den § 129a nicht verstanden. Dieser Paragraph ist nur das bisher logischste und konsequenteste Element imperialistischer Herrschaftssicherung durch gesetzliche Maßnahmen." Ihre stereotype Formel „Der imperialistische Staat ist faschistisch" deutet denn auch eher auf eigene Probleme mit der — nicht zuletzt begrifflichen — Bewältigung der Jahre bis '45 zum einen und mit der eigenen linken Vergangenheit zum anderen.

Praxis eines Paragraphen

Bekanntermaßen zeichnen sich 129a-Verfahren, in denen als Anklägerin stets die Bundesanwaltschaft fungiert, durch eine Vielzahl rechtlicher Sondernormen aus. So wurde die Überwachung des Fernmeldeverkehrs der Gefangenen, der willkürliche Ausschluß von VerteidigerInnen, das Verbot der Mehrfachverteidigung, die Einschränkung von Besuchs- und Postverkehr und die Möglichkeit der fortdauernden U-Haft ohne weiteren Haftgrund im Zusammenhang mit dem 129a legalisiert. Auf den Strobl-Prozeß angesprochen, gestand die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Ganseforth: „Die Dauer der Untersuchungshaft erscheint mir so fragwürdig zu sein, daß ich das in der Türkei Menschenrechtsverletzung nennen würde — und dann muß man es hier auch als solche bezeichnen"[5]. Angesichts solch humanitären Bewußtseins könnte man fast vergessen, daß es ihre Partei war, die im Bündnis der VerfassungspatriotInnen die treibende Kraft zur Einführung der neuen Sicherheitsgesetze war.

Was da augenscheinlich als Reaktion auf Massendemonstrationen und Aktivitäten von RAF und Bewegung 2. Juni als Kontrollnetz über die gesamte Bevölkerung gespannt wurde, ist tatsächlich Ausdruck eines kontinuierlichen Prozesses staatlicher Sicherheitsmaximierung. Die Gesetzesentwürfe gingen und gehen den Anlässen ihrer Verabschiedung zeitlich weit voraus. Ebenso verhält es sich mit Teilen der „Anti-Terror-Maßnahmen", die damals — aufgrund der aufgeladenen Stimmung unter dem Eindruck des Deutschen Herbstes in einer die sicherheitstechnischen Neuerungen durchaus kritisch verfolgenden Öffentlichkeit — zurückgehalten wurden. Deren Einführung durften wir schließlich (zumeist als scheinbare Reaktion auf konkrete Proteste) portionsweise erleben: Schleppnetzfahndung, Vermummungsverbot, Kronzeugenregelung, neues BKA-Gesetz, den neuen Personalausweis. Hinzuzufügen ist die Novellierung des § 129a von 1986, nach der nun auch Gewalt gegen Sachen zur Konstruktion der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung dienen kann und die vorläufig auf das Umsägen von Strommasten abzielte oder sich dadurch zumindest in der Öffentlichkeit legitimieren ließ. Zudem hatte diese Neuerung in einer Zeit, wo das Gespenst des Terrorismus seine legitimatorische Zugkraft zu verlieren schien, durch eine einfache Erweiterung der Definition des Begriffs „Terrorismus" die „expressive Folge, die Bewußtseinskategorie des Terrorismus nicht mangels realen Substrats veröden zu lassen, das Meta-Phänomen, den Alltagsmythos am Leben zu erhalten."[6]

Die extensive Auslegung der Begriffe „terroristische Vereinigung", „Mitgliedschaft", „Unterstützung" und „Werbung" würden es sogar ermöglichen, die Gewerkschaft ÖTV, sollte sie lediglich den Beschluß fassen, Elektrizitätswerke zu bestreiken, als „terroristische Vereinigung" zu definieren.[7] Da es keiner Tat bedarf, um nach § 129a angeklagt zu werden, haben sich in den Verhandlungen ganz eigene Prozeßgrundsätze und Beweisführungsmethoden entwickelt, um die „geistige Mittäterschaft" belangen zu können. Die Zugehörigkeit zu einer „terroristischen Vereinigung" wird über das Prinzip der „Kollektivität" geführt, was sich in der Begründung des Bundesgerichtshofs zur Revision des Strobl-Urteils folgendermaßen liest: „Ein tragfähiges Indiz wäre beispielsweise gewesen, wenn Beziehungen der Angeklagten zu Mitgliedern der terroristischen Vereinigung oder wenigstens geistige Nähe der Angeklagten zu deren terroristischen Gedanken hätte festgestellt werden können."[8] Mithilfe dieser stigmatisierenden „Kontaktschuld" ist es den StaatsschützerInnen möglich, ihre Ermittlungstätigkeit auf weite Kreise politisch Unliebsamer auszuweiten.

Dennoch geraten die AnklägerInnen bei dieser Form von Gesinnungsjustiz immer wieder in Beweisnöte. Besondere Bedeutung haben deshalb im 129a-Verfahren z.B. forensische Schriftuntersuchungen, die mit „wissenschaftlichen Methoden" die Urheberschaft von Bekennerschreiben erweisen sollen. Reiner Köhnke, Rechtsanwalt der in Stammheim wegen angeblicher Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag und Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung" angeklagten Luitgard Hornstein, wies in seinem Bericht auf die besondere Bedeutung des Schriftgutachters Ockelmann hin, dessen Gutachten immer wieder als Beweisgrundlagen verwendet wurden. Ockelmann selbst hingegen ist inzwischen aufgrund seiner dubiosen Methoden einem Standesgerichtsverfahren seiner Berufskollegen durch seinen Austritt aus der „Gesellschaft für Forensische Schriftuntersuchungen" zuvorgekommen. An der jeweils 9jährigen Haftstrafe von Rico Prauss und Andrea Sievering wegen angeblicher Beteiligung an dem Sprengstoffanschlag gegen das Dornier-Werk hat dies jedoch nichts geändert, obwohl das Urteil hauptsächlich auf Ockelmanns Gutachten basiert. Die forensische Linguistik, die an den Hochschulen weitgehend unbemerkt betrieben wird, will mit der Identifizierung des „Individualstils" und des „sprachlichen Profils" künftig dafür sorgen, daß die geistige Urheberschaft noch besser belangt werden kann. Darüber hinaus erdreisten sich diverse Schriftgelehrte, 129a-Angeklagten aus ihrer Befassung mit „anschlagsrelevanten Themen" einen Strick zu drehen (so geschehen im Strobl-Prozeß).

An all diese verfahrensrechtlichen Phänomene schließt sich noch die Realität des Strafvollzuges an. Insbesondere die speziellen Haftbedingungen für Angeklagte und Verurteilte in 129a-Prozessen wie Isolationshaft und Kontaktsperre sind in der Vergangenheit auch von amnesty international mit dem Begriff der Folter belegt worden und haben zu den bekannten Zusammenlegungskampagnen geführt.

Der sich hier abzeichnende und bereits erwähnte zirkuläre Zusammenhang zeigt, daß sich die Folgen des 129a mit dem Terminus „Repression" nur unzulänglich beschreiben lassen. Gerade im Bereich der speziellen Haftbedingungen für 129a-Gefangene wird das Element der „Reproduktion des Bekämpften" innerhalb repressiv angelegter Maßnahmen deutlich. Das haben auch manche VertreterInnen der Staatsmacht bereits erkannt. Vor diesem Hintergrund ist deshalb die Initiative des Hamburger Verfassungsschützers Lochte zu verstehen, der feststellte, daß „die Haftbedingungen ein wesentlicher Grund dafür sind, daß es die RAF seit inzwischen 20 Jahren gibt"[9] und erneut für eine staatliche Initiative zur Zusammenlegung plädierte.

Hinter dieser Initiative steckt kein humanitäres Engagement, sondern kühle Kalkulation. Aus der Position der Stärke heraus wird eine Großzügigkeit demonstriert hinter der sich verbirgt, daß für die Legitimation sich ständig ausweitender Präventions- und Einschüchterungsmaßnahmen demnächst andere herhalten müssen.

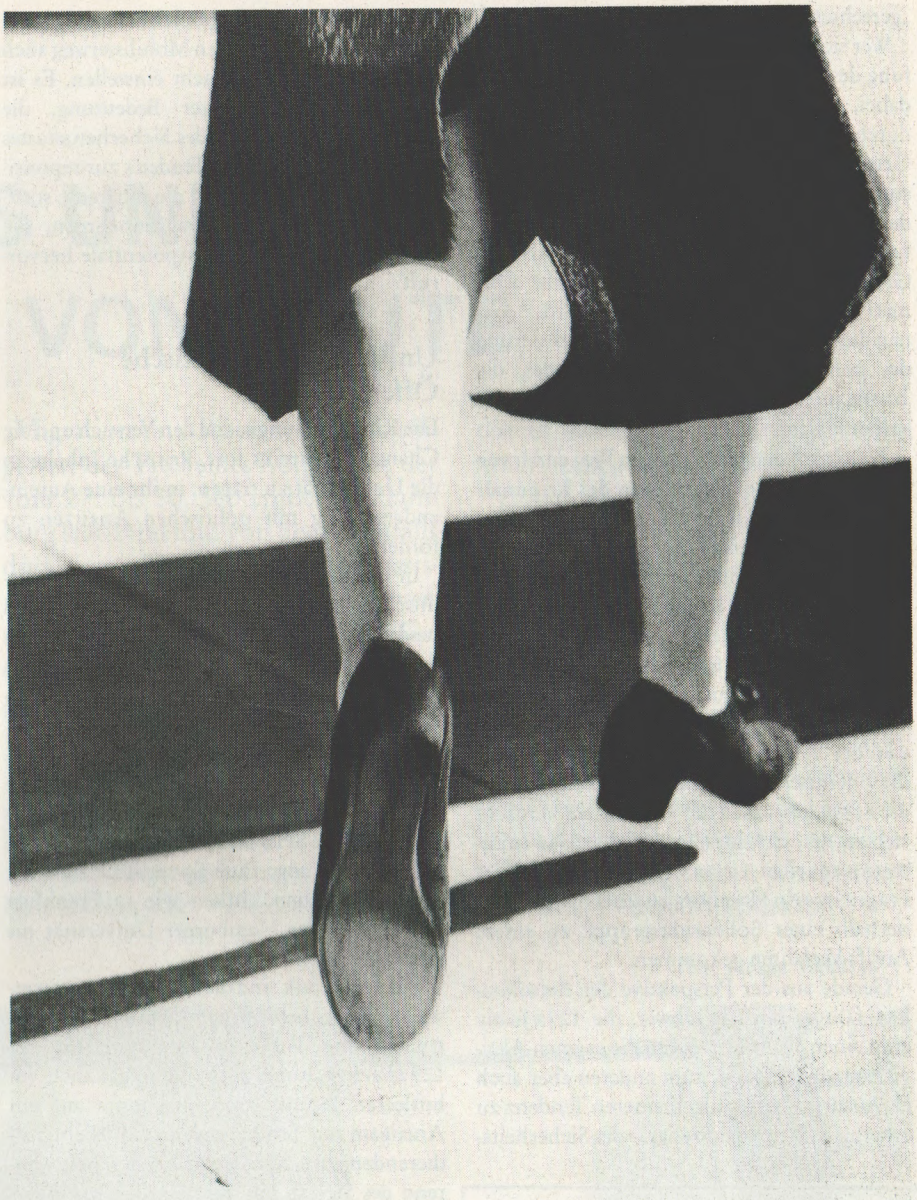
So macht der Vorstoß Lochtes denn eben auch deutlich, daß zur ideologischen Absicherung des Ausbaus staatlicher Gewaltmaßnahmen selbstdefinierte „Terroristen" als Argument ersetzbar sind. Die vordergründige Überbetonung der „Drogenkriminalität" im neuen Polizeiaufgabengesetz, mit dem verdeckte Ermittlungen sowie Video- und Wanzenüberwachung legalisiert werden und die Bedeutung des Drogenkonsums im neuesten Verfassungsschutzbericht lassen darauf schließen, daß hier ein neuer Rechtfertigungsmythos geschaffen werden soll. Ähnlich läßt sich die im Zuge der europäischen Vereinigung medienwirksam verkaufte „Ausländerkriminalität" verstehen. Auf den „Terrorismus" als Allzweckargument für repressive Normalisierung kann eben nur verzichtet werden, wenn das neue Feindbild bereits feststeht.

Gewichtigere Auswirkungen als die zumeist in der Öffentlichkeit verhandelten zeigt der 129a als Flankierung einer beflissenen Ermittlungswut: In nur 4% der Ermittlungsverfahren nach 129a kommt es überhaupt zur

Anklage, 1985 lag das Verhältnis von Abgeurteilten und Tatverdächtigen bei wenig mehr als einem Prozent (gegenüber 2,2% 1984, 1983 noch waren es 11%). Die Angriffe auf die BewohnerInnen der Düsseldorfer Kiefernstraße in Zusammenhang mit dem Prozeß gegen Luitgard Hornstein oder die militärisch organisierte Durchsuchung der Hamburger Hafenstraße, die propagandistisch zu einem RAF-Nest stilisiert wird, im Mai diesen Jahres, erweisen an bekannteren Zielscheiben, was weniger Schlagzeilenverdächtigen allenthalben zustößt: daß hier der Staat präventiv agiert, einzuschüchtern versucht, permanent kontrolliert.

Zu diesem Zweck hat sich hierzulande eine Zentralisierung und Verschärfung von Bundesanwaltschaft, Polizei und Geheimdiensten etabliert, die das aus den Erfahrungen mit der Gestapo entstandene föderale Länderkonzept und Trennungsgebot für diese Institutionen schon lange Lügen straft. Wie Nico Tiling in seinem Vortrag „Beweisherstellung im Computernetz — Zur definitorischen Macht der modernen Polizei" verdeutlichte, war das BKA ursprünglich als bloße Koordinationsstelle der Länderpolizeien fast ohne exekutive Befugnisse und „nur aus schwerwiegenden Gründen" vollziehend tätig. Vor dem Hintergrund zunehmender mit der Marginalisierung weiter Bevölkerungsteile einhergehender sozialer Destabilisierung seit den ersten Wachstumseinbrüchen der späten 60er Jahre übernahm es nach und nach eine gefährliche Doppelrolle als zentrale Definitionsmacht und Regulationsorgan für soziale Zustände. Mit Hilfe einer sonst in Europa beispiellosen Datenvernetzung und einer unter dem damaligen BKA-Chef Horst Herold eingeführten Kriminalgeographie entsteht jenseits demokratischer Kontrolle beim BKA ein komplettes Gesellschaftsbild, das die Polizei zur Ausübung ihrer „gesellschaftssanitären Funktion" (Herold) bemächtigt. Die bei jeder Gelegenheit gespeicherten kleinsten Details — wer fährt mit welchem Auto zu welcher Demonstration — summieren sich im Computer zu einem Wissen, das zu erneuten Ermittlungen verleitet.

Die nach dem bundesdeutschen Vorbild forcierte Ausweitung der polizeilichen Datenvernetzung auf EG-Europa und die Übertragung der Strafverfolgungskompetenz des Generalbundesanwalts auf „terroristische Vereinigungen", die vom Ausland aus oder einfach nur im Ausland operieren, setzen das Zeichen für die künftige Rolle der Bundesrepublik als Triebkraft der Internationalisierung umfassender Prävention. Exemplarischen Charakter hat deshalb — neben dem Verfahren gegen zwei mutmaßliche IRA-Kämpfer — der derzeit in Düsseldorf laufende Prozeß gegen die kurdische Arbeiterpartei PKK, in dem weder Angeklagte noch Opfer noch der Tatort bundesdeutsch sind. Der beispiellose Ermittlungs- und Sonderrechtsapparat im Verbund mit dem 129a soll offensichtlich auch europaweit zur Norm werden.



Der Umgang mit dem 129a

„Hamburg, München, überall — den 129a bringen wir zu Fall" war die Parole, unter der ein Bündnis von Radikalen, Intellektuellen, GewerkschafterInnen und Teilen der liberalen Presse während spektakulärer 129a-Prozesse (Fritz Storim, Ingrid Strobl) die Opposition gegen den Gesinnungsparagraphen öffentlich machte. Nach der Verurteilung von Ingrid Strobl war von diesem Bündnis nicht mehr viel übrig geblieben: Das Verfehlen des Kampagnen-Ziels verringerte das Interesse für die Repression auf der einen Seite; auf der anderen Seite wurden die Zweifel vertieft, wie sinnvoll eine Koalition mit dem „schlechten Gewissen aufrechter Demokraten" sei.

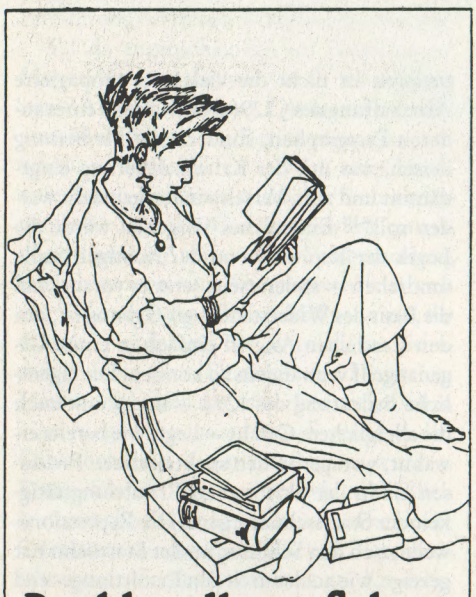
Der Sinn einer Forderung nach Abschaffung des § 129a stand zur Debatte. In ihren Thesen „Wider eine Kampagne für eine ‚gerechte' Repression" forderte die autonome lupus-gruppe rhein/main das Ende des Repressions-Gejammers: „Der beste Schutz vor Repression ist nicht die vielerorts propagierte Abschaffung des § 129(a) oder irgend eines anderen Paragraphen, sondern die *Verbreitung* dessen, was mit der Kriminalisierung eingedämmt und zum Verschwinden gebracht werden soll."[10] Ein solches Vorgehen würde die Logik der Repression an der richtigen Stelle umdrehen — andererseits setzt es voraus, daß die Basis des Widerstandes groß genug ist, um den staatlichen Angriff einfach in einen Gegenangriff verwandeln zu können. Die eigentliche Bedeutung des 129a — und somit auch die alltäglichere Gefahr — liegt, wie bereits erwähnt, weniger in den spektakulären Prozessen als in der akribischen Ermittlungstätigkeit der Staatsschutzorgane. Die Repressionswelle nach den Schüssen an der Startbahn hat gezeigt, wie auch durch den Ermittlungs- und Fahndungsdruck dauerhaft die Strukturen des autonomen Widerstands zerstört wurden. Um diesem Druck von außen etwas entgegensetzen und die durch ihn erzeugte, aber auch inhaltlich bedingte Fraktionierungen im militanten Widerstand zu überwinden, kann deshalb wohl schwerlich auf die Forderung nach

„gerechter" Repression verzichtet werden.

Wer sich andererseits allein auf die Abschaffung des Paragraphen konzentriert, übersieht dabei, daß die repressive Normalisierung durch die 129 a-Justiz rein juristisch bereits im Grundgesetz angelegt ist. Gemäß einer „zweistufigen Legalität" werden Rechte nur unter dem Vorbehalt eines bedingungslosen Bekenntnisses zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" garantiert, womit ihr affirmativer Gebrauch sichergestellt wird.[11] Genau dies ist bereits die Konstitutionalisierung des permanenten Ausnahmezustandes, die häufig nur im Zusammenhang mit dem 129 a erkannt wird.

Es scheint deshalb kaum ein Weg daran vorbeizuführen, die Verbreitung der kriminalisierten Inhalte mit dem Kampf gegen die Repression verbinden zu müssen. Die Schwierigkeiten mit solch einer ambivalenten Strategie werfen in machen Kreisen des radikalen Widerstandes Fragen nach einer „militanten Doppelmoral" auf und führen zu Diskussionen, in denen die juristische Verteidigung in die Nähe der Kooperation, der Kollaboration und des Verrats gerückt wird, oder in denen die öffentlichen Auseinandersetzungen über die Konstruktionen der Anklage im Verdacht stehen, den ErmittlerInnen hilfreiche Informationsquellen zu sein. Im Streit um diese Fragen ist es in Hamburg zu einer Spaltung innerhalb einer Solidaritätsgruppe zu einem Antifa-Verfahren gekommen.

Gerade aus der Perspektive der Betroffenheit fällt es oftmals schwer, die 129 a-Justiz zum einen als Angriff gegen die eigenen Aktivitäten zu begreifen, zum anderen aber auch als Ausdruck einer allgemeineren Tendenz zu erkennen. Wenn das Szenario des Sicherheitsstaates allzu drastisch gezeichnet wird, kann sich statt der angestrebten Mobilisierung auch das Gefühl der Ohnmacht einstellen. Es ist deshalb von besonderer Bedeutung, die Bruchstellen innerhalb des Sicherheitsstaates zu erkennen und in der Tendenz zur repressiven Normalisierung auch die inhärente staatliche Destabilisierung wahrzunehmen, die neue Krisen- und Konfliktpotentiale hervorruft.



Buchhandlung Schutt
Am Bornheimer Uhrtürmchen
Arnsburger Straße 76
6000 Frankfurt am Main 60
Telefon: 069/43 51 73

Universität und kritische Öffentlichkeit

Die Ringvorlesung setzte den Versuch und die Chance des Streiks fort, kritische Inhalte in die Universität zu tragen, in ihr eine Auseinandersetzung mit politischen Ansätzen zu fördern.

In Hamburg hat die Kluft zwischen akademischem Betrieb und linker Szene eine ganz besondere Ausprägung gefunden: Außerhalb der Universität standen sich neben einer mit beiden kokettierenden GAL lange Zeit K-Gruppen und Autonome gegenüber. Inzwischen konnten sich die autonomen Politikformen durchsetzen. An der Universität dagegen dominierten über Jahre hinweg dogmatische Gruppen wie SHB und MSB die studentische Selbstverwaltung. Eine Sponti-Tradition der Undogmatischen Linken wie in Frankfurt hat sich an der Hamburger Universität nie herausgebildet.

Mit dem Streik sind diese Verkrustungen etwas aufgebrochen worden. Und so agierte die studentische Vorbereitungsgruppe für die 129 a-Veranstaltung auch nicht gänzlich im luftleeren Raum, sondern konnte auf ein Amalgam aus Studierenden und Nicht-Studierenden zurückgreifen, das sich schon während des Streiks mit vermeintlich so unifernen Themen wie beispielsweise dem Hungerstreik der politischen Gefangenen auseinandergesetzt hatte. Und diese konnte zusammen mit einigen ProfessorInnen den zur Durchsetzung der Veranstaltung nötigen Druck erzeugen. So gelang es den StudentInnen, eine Veranstaltung zu organisieren, die — obwohl die meisten längst wieder zum unveränderten universitären Alltag zurückgekehrt waren — noch einmal den Graben zwischen akademischem Diskurs und kritischer Gegenöffentlichkeit überwand.

Der große Zulauf zu Beginn der Veranstaltungsreihe — durchaus nicht nur von Studierenden — deutete auf ein Bedürfnis, das Verhältnis von Theorie und Praxis zu thematisieren und führte unter anderem dazu, gegen den geradezu paranoiden Protest eines der mitveranstaltenden Dozenten, akademische Tabus, wie das über die Gewaltfrage verhängte, zu ignorieren.

Dennoch konnte die allein schon durch die Auswahl der ReferentInnen geprägte personelle Trennung zwischen AkademikerInnen und AktivistInnen auch in den Diskussionen selten überwunden werden. Und das führte im Laufe der Zeit bei beiden Gruppen wechselseitig zu Ermüdungserscheinungen. Der Versuch einer umfassenderen theoretischen Einbindung des § 129 a in die Gesamtkonzeption eines Sicherheitsstaates und dessen Verhältnis zur ökonomischen Entwicklung fehlte in der Hamburger Ringvorlesung fast völlig. Vielen wäre dies auch wieder zu „akademisch" gewesen, viele hätten die praktischen Handlungsanweisungen vermißt.

Unter der Hand geriet die Ringvorlesung zu einer reinen Informations- und Aufklärungsveranstaltung, über Strategien konnte man sich nicht verständigen. Ein Resultat ist auch die Vorbereitung eines Buches, das die Vorträge und Diskussionen beinhaltet und voraussichtlich nächstes Jahr im ID-Archiv Amsterdam erscheinen wird.

Der Veranstaltungsort Universität ermöglichte es, daß die von der Vorbereitungsgruppe angestrebte (Wieder-) Belebung der öffentlichen Diskussion um den 129 a zumindest in Hamburg gelang. Wie nicht anders zu erwarten war, wurde es den VeranstalterInnen dabei nicht gerade leicht gemacht -zusätzliche Raumwünsche etwa mußten vom Universitätspräsidenten genehmigt werden. Die Begründung für diese Maßnahme war, daß es in der Ringvorlesung doch schließlich um Terroristen gehe.

Christiane Müller-Lobeck/Christoph Kind

1 Zit. in: G. Fülberth, Geschichte der Bundesrepublik, Köln 1989[3], S. 90.
2 Zit. n.: Die Anti-Terrordebatten im Parlament, Protokolle 1974-78, S. 314ff.
3 Vgl. S. Scheerer: Gesetzgebung im Belagerungszustand, in: E. Blankenburg (Hrsg.), Politik der inneren Sicherheit, Frankfurt a.M. 1980, S. 124.
4 O. Tolmein: Hundertfaches Funkenschlagen im strömenden Regen ist vergeblich, in: *clockwork 129a*, Nr. 3, 23.2.89.
5 Ebd.
6 S. Scheerer: Deutschland: Die ausgebürgerte Linke, in: Angriff auf das Herz des Staates, Band 1, Frankfurt a.M. 1988, S. 391-92.
7 Fallbeispiel von Prof. Denker vor dem deutschen Bundestag.
8 *clockwork 129a*, Nr. 17, 13.6.90.
9 *taz*, 18.8.90.
10 *clockwork 129a*, Nr. 2, 16.2.89.
11 Vgl. J. Hirsch: Der Sicherheitsstaat, Frankfurt a.M. 1986[2]

RASSISMUS UND POLITIK IM EUROPA VON HEUTE

„Migration und Rassismus" in Europa war der Titel eines Kongresses, der vom 27. bis 30. September in Hamburg stattfand und von dem ebenfalls dort ansässigen Institut für Rassismus- und Migrationsforschung veranstaltet wurde. Zur inhaltlichen Gestaltung der angebotenen Schwerpunkte ‚Rassismus', ‚Migration', ‚Nation', ‚Neue Rechte', ‚Kultur und Ideologie', ‚Politik', ‚Erziehung' und ‚Antirassismus' waren vornehmlich ReferentInnen aus dem europäischen Ausland und aus Kanada geladen — bundesdeutsche TheoretikerInnen, die an diesem Thema arbeiten, sind noch immer dünn gesät.

Einer der ReferentInnen war Etienne Balibar, der in Paris an der Universität als Dozent in der Fakultät für Humanwissenschaften tätig ist. Bekannt durch das gemeinsam mit dem unlängst verstorbenen Louis Althusser veröffentlichte „Das Kapitel lesen" legte er letzten September „Rasse, Klasse, Nation", zusammen mit Immanuel Wallerstein, vor. Den von ihm auf dem Hamburger Kongreß gehaltenen Beitrag wollen wir unseren LeserInnen nicht vorenthalten.

Foto: Abisag Tüllmann

Zunächst möchte ich erläutern, was mich bewogen hat, die ursprünglich vereinbarte Orientierung dieses Beitrags zu modifizieren.

Der Titel unseres Kongresses entspricht einem schon lange, noch unter anderer Konjunktur, vorgesehenen Arbeitsprogramm. Implizit legte er zwei Gedanken nahe, die wir jetzt zu relativieren, oder genauer gesagt, in einen breiteren und komplexeren Zusammenhang zu stellen haben. Die Bedeutung der Frage, die wir mit Blick auf eine wirkliche *Menschenrechtspolitik* in den nächsten Jahren diskutieren, wird dadurch nur offenkundiger.

„Migrationen und Rassismus" suggeriert, daß heute zwischen diesen beiden Phänomenen, von denen eines zu den ökonomischen und demographischen Fakten, das andere zu den sozialen *Verhaltensweisen* und *Ideologien* zu gehören scheint, eine besondere Verbindung existiere. Das bedeutet, daß, wenn die aktuelle Form der Migrationen zwar nicht automatisch den Rassismus „produziert", sie ihn zumindest kristallisiert: demnach wäre der *heutige Rassismus* in unseren Ländern vor allem ein gegen die „Gastarbeiter", deren Familien und Nachkommenschaft gewendeter *Anti-Immigrierten*-Rassismus. Dies würde seine Besonderheit im Vergleich zu anderen historischen Situationen ausmachen. Das ist der erste zu untersuchende Gedanke.

Er zieht unmittelbar einen weiteren nach sich. Ist es sicher, daß eine solche Formulierung in *allen*europäischen Ländern selbstverständlich ist? In der Realität gibt es keine Uniformität der jeweiligen Länder, sondern eine Vielfalt der „nationalen" Situationen, in denen sich die Verbindung zwischen Migration und Rassismus unterschiedlich aufdrängt, in denen das Wesen der Diskriminierungen und der Umfang der politischen Folgeerscheinungen keineswegs gleich sind.

Doch hatten wir, und haben wir immer noch, Gründe anzunehmen, daß sich diese unterschiedlichen Formen gegenseitig beeinflussen und seit einigen Jahren schließlich konvergieren, um ein neues und bedrohliches Phänomen zu produzieren, das man den *europäischen Rassismus* nennen könnte. Es handelt sich nicht allein um Analogien, sondern um institutionelle Phänomene, die der „Aufbau Europas" selbst beschleunigt und die sich aus einem Idealbild Europas speisen. Ja, die Diskriminierung gehört zur Natur der *europäischen Gemeinschaft*, da sie unmittelbar dazu führt, in jedem Land zwei Kategorien von Ausländern mit ungleichen Rechten zu definieren; die Entwicklung der politischen Strukturen der EG kann diese Tendenz nur verstärken und den „Unterschied" zwischen „Gemeinschaftsangehörigen" und „Nicht-Angehörigen" als solchen zum Gegenstand von offenen oder latenten Konflikten machen. Die Tatsache, daß in Europa ein beträchtlicher Teil der „blacks" oder der „Immigrierten" in Wirklichkeit *keine juristischen Ausländer* sind, spitzt die Widersprüche weiter zu und wirft die immer drängendere Frage der *europäischen Identität* auf. Einerseits führt also das Aufkommen eines „europäischen Rassismus" auf die Stellung Europas innerhalb eines weltweiten Systems zurück, andererseits ist es nicht zu trennen von den Fragen der kollektiven Rechte, der Nationalität und der Behandlung von Minderheiten, deren realer politischer Rahmen nicht jedes einzelne Land, sondern Europa selbst ist.

Jetzt werden die Dinge kompliziert, und die Ereignisse der jüngsten Aktualität haben, in ihrer enthüllenden Funktion, zumindest einen Teil unserer Voraussetzungen in Frage gestellt. Denn *was ist dieses Europa, von dem wir reden*? Wir können auf diesen Bezug nicht verzichten. Doch sind wir vollkommen unfähig, seinen Sinn in eindeutiger Weise festzulegen. Wir können uns heute auf Europa weder als politische Einheit noch als historisch-kulturelle Einheit noch als „ethnische" Einheit beziehen. Die vielleicht dunkelste Frage ist zu wissen, ob „Europa zu definieren" die Möglichkeit bedeutet, „die Europäer zu definieren". Für die Analyse der institutionellen und ideologischen Aspekte des Rassismus[1] ist diese Frage allerdings von erstrangiger Bedeutung.

Das offizielle Bild, von dem wir selbst lange Jahre gezehrt haben, ist, daß solche Definitionen Europas und des Europäertums *prinzipiell möglich* seien. Die Frage war zwar, ob sich der „Aufbau Europas" letztlich zum Nachteil der nationalen Besonderheiten aufzwingen würde, doch niemand zögerte vor dem Bezug auf das Wort „Europa" tatsächlich zurück. In unserem Arbeitsprojekt war dieser Bezug selbstverständlich, und das, was Probleme schuf, waren die „Migrationen", der „Rassismus". Nun ist heute das Gegenteil richtig: *vor* jeder ernsthaften Analyse des Rassismus und seines Verhältnisses zu den Migrationen müssen wir uns fragen, was das Wort Europa sagen soll und was es künftig bedeuten wird.

Doch entdecken wir so in Wirklichkeit die *Wahrheit* der vorherigen Situation: Europa ist nicht etwas, was mehr oder weniger schnell, mehr oder weniger einfach „aufgebaut" wird, es ist ein historisches Problem ohne vorgefaßte Lösung. Die „Migrationen" und der „Rassismus" sind Elemente jenes Problems.

Warum hat sich die Situation umgekehrt? Wir wissen es alle: aufgrund der möglichen Auswirkungen der *drei historischen Ereignisse*, die innerhalb eines Jahres aufeinander gefolgt sind: *der politische Zusammenbruch des Systems der sozialistischen Staaten, die Einigung Deutschlands* und *das Ausbrechen einer schweren Krise im Nahen Osten*, die sich jederzeit in einen Krieg verwandeln kann, der vielleicht kein „Weltkrieg", aber evidenterweise auch kein „lokaler" sein wird. Keines dieser drei Ereignisse hat bislang alle seine Folgen gezeitigt, was unsere Analyse zugleich unerläßlich und ungewiß macht. Unzweifelhaft gibt es *zwischen ihnen* eine enge Verbindung. Das Wesen dieser Verbindung ist aber keine bloße Abfolge. Auf jeden Fall ist sicher, daß sich nunmehr ihre jeweiligen Auswirkungen nicht unabhängig voneinander entfalten können — *je nach dem wie sie sich entwickeln, werden sich die Existenz und das Wesen einer „europäischen" Einheit vollkommen anders darstellen.*

Einige der aufgeworfenen Fragen können wir schematisch erwähnen. Der Zusammenbruch des „realen" Sozialismus ist definitiv: die politische Krise und die ökonomische Krise haben sich schließlich überschnitten. Gewissermaßen ist es die Vollstreckung des Testaments von 1968. Doch diese Krise führt weder zu einer Erneuerung des Sozialismus noch zur Einführung des politischen Liberalismus, von dem die neuen technokratischen „Eliten" träumen. Sie führt zunächst zur administrativen Auflösung, zur Verschlimmerung des ökonomischen Mangels und zum Aufflammen des Nationalismus auf allen Ebenen. Das Ende der politischen Spaltung Europas ist ein *fortschrittliches* Ereignis von immenser historischer Bedeutung. Man kann verstehen, daß es unter Intellektuellen von einer gewissen Begeisterung für die Idee einer wieder zu entdeckenden oder wieder aufzubauenden „europäischen Kultur" begleitet wird, doch die ideologische Realität, die jener Kultur auf Massenebene entspricht, ist *zunächst* die eines instabilen Gleichgewichts zwischen der Verschärfung nationaler Partikularismen und dem Fortschreiten des „amerikanischen" Konsum- und sozialen Kommunikationsmodells. Im Fallen zieht der „reale Sozialismus" zugleich den diktatorischen Apparat der Einheitspartei, des bürokratischen Staates etc. und die Gleichheitsutopie der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts mit. Das Ergebnis ist aber keineswegs das „Ende der Geschichte", der Sieg eines „liberalen" Systems der Schlichtung gesellschaftlicher Konflikte: im Gegenteil kann man nach der Aufhebung des großen vereinfachenden Gegensatzes zwischen „Ideologien" und „Lagern" eine schnelle Differenzierung des „Liberalismus" selbst voraussagen: insbesondere ein Wiederaufleben des Problems der *Demokratie im Kapitalismus* von dem Moment an, an dem die Identität beider Begriffe nicht mehr durch die Präsenz eines zugleich anti-kapitalistischen und anti-demokratischen Systems im Osten „garantiert" ist.

Die unsicherste und zugleich akuteste Frage von allen ist zum heutigen Zeitpunkt jene nach den Folgen der Nahost-Krise. Selbstredend werden sie von ganz anderer Natur sein, je nach dem, ob man in den Krieg kippt oder nicht und je nach dem, ob dieser mehr oder weniger lang, mehr oder weniger zerstörerisch sein wird, doch werden sie unvermeidlich zu einer Neugestaltung der heute vorhandenen „Lager" führen.

Jedenfalls gibt es zumindest drei Feststellungen, die man treffen kann und die innerhalb jeder Hypothese Bestand haben:

Erstens versetzt das Ende des „Kalten Kriegs" die USA in die Position der einzigen Supermacht, doch diese Situation bedeutet keine Abschwächung der Konflikte, sondern unter den heutigen Bedingungen die Unmöglichkeit einer stabilen Weltordnung, die Notwendigkeit eines effektiven Rückgriffs auf die Gewalt und wahrscheinlich die Konstituierung zahlreicher „regionaler" Imperialismen.

Zweitens verlassen wir eine Phase, in der den Ländern des Nordens der „Export der Krise" in die Dritte Welt gelungen war, das heißt, ihre eigene ökonomische Stabilität durch die absolute Verarmung der anderen bezahlen zu lassen, und wir betreten eine Phase, in der die Konfrontationen zur Kontrolle der Rohstoffe das ökonomische und gesellschaftliche Gleichgewicht in den „entwickelten" Ländern selbst wieder in Frage stellen werden.

Drittens sehen wir, wie sich die „Koppelung" zwischen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung im Nahen Osten und derjenigen der europäischen Länder verschärft, anders gesagt, wie sich im religiösen, kulturellen, ökonomischen und politischen Bereich ein hochgradig konfliktgeladenes Ensemble rekonstituiert. Die zwei Zusammenhänge, die die „arabische" und die „europäische" Nation bilden, sind eng ineinander verzahnt und können sich nicht unabhängig voneinander entwickeln. Der künftige „eiserne Vorhang" kann sich irgendwo durch das Mittelmeer ziehen oder irgendwo am Südosten des Mittelmeers liegen, und er wird nicht einfacher fallen als der vorherige.

Das führt uns dazu, über die möglichen Folgen nachzudenken, die die derzeitigen Ereignisse für den „europäischen Aufbau" haben können. Die erste Hypothese, die ich formulieren werde, ist negativ: trotz den vollzogenen Schritten zur Transnationalisierung der europäischen Gesellschaften, die man nicht wird annullieren können, und trotz den vermutlich irreversiblen institutionellen Veränderungen, wird *das kleine politisch-wirtschaftliche Europa nicht wie vorgesehen möglich sein.*

Diese kleine, teilweise supra-nationale, teilweise föderative europäische Einheit, hat sich so entwickelt, daß sie mit der amerikanischen Macht zwar konkurriert, doch im Rahmen der militärischen Ost-West-Konfrontation mit ihr verbunden ist. Der politische Sieg der Vereinigten Staaten über die Sowjetunion wird weltweit von der relativen Schwächung der ökonomischen Vorherrschaft der Vereinigten Staaten und von der Öffnung Osteuropas als privilegierter Raum für die Expansion des kapitalistischen Marktes begleitet, also von einer voraussehbaren Verschärfung der Konkurrenz zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Doch haben in dieser Konkurrenz nicht alle europäischen Ländern dieselben Interessen und dieselben Möglichkeiten. Die chauvinistischen, anti-deutschen Diskurse, die man in Frankreich und in anderen europäischen Länder hören kann, seitdem die Vereinigung beider Deutschlands eine unausweichliche Perspektive geworden ist, gründen auf Analogien und auf einer Vorstellung der nationalen Konflikte in Europa, die vermutlich zu einem anderen Zeitalter gehören: nichtsdestoweniger setzte der europäische Aufbau ein relatives *Gleichgewicht* zwischen mehreren Ländern voraus. Jetzt ist er mit einem enormen inneren Macht*mißverhältnis* konfrontiert, der von einer flagranten Ungleichheit flankiert wird, was die Fähigkeit betrifft, die „neue Ostgrenze" ökonomisch wie politisch zu nutzen. Ebenso zeigt die Golfkrise sehr deutlich, daß verschiedene EG-Länder nicht dieselben Interessen bei der Konfrontation zwischen dem amerikanischen Imperialismus und den „Unterimperialismen" des Nahen Ostens haben (oder sie schätzen ihre Interessen unterschiedlich ein). Alle diese Spaltungsfaktoren sind dauerhaft, auch wenn ihre politische Auswirkung nicht unmittelbar vorhersehbar ist.

Es lohnt sich daher, die beiden folgenden Interpretationsmodelle hypothetisch zu untersuchen.

Erstens wird Europa immer weniger eine (einem föderativen Staat oder multinationalen Reich ähnliche) *geschlossene* Einheit sein, sondern ein *offener* Zusammenhang aus verschiedenen konzentrischen Kreisen supra-nationaler Institutionen in einem instabilen Gleichgewicht, der einen Begegnungsraum (und unter Umständen einen Konfliktraum) zwischen unterschiedlichen ökonomisch-kulturellen Komplexen bilden wird, deren historische Besonderheit mindestens so ausgeprägt sein wird wie jene der „europäischen Einheit" selbst: ein *Euro-amerikanisches* Ensemble, ein *Euro-mediterranes* (im wesentlichen euro-arabisches) Ensemble und ein *Euro-sowjetisches* oder *Euro-orientales* Ensemble, das alle oder Teile der Länder umfassen wird, die unter sozialistischer Prägung gestanden haben. Es gibt nicht ein, sondern mehrere „europäische Häuser".

Zweitens: dieser nach außen *offene* Zusammenhang wird nichtsdestoweniger nach innen von einer bestimmten Zahl nicht abzuschaffender Grenzen *unterteilt* werden: nicht allein *politische* Staatsgrenzen, sondern vor allem bewegliche *soziale*, auf den Landkarten unsichtbare Grenzen, die sich in den administrativen Ordnungen und gesellschaftlichen Praktiken materialisieren werden, Grenzen zwischen *Bevölkerungen* mit unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlichem Platz in der Arbeitsteilung. Ja, dieses Europa wird mehr und mehr der Treffpunkt zwischen verschiedenen Typen politisch-ökonomischer Migrationen werden, insbesondere derjenigen, die aus dem „Süden" und derjenigen, die aus dem „Osten" kommen. Sowohl aus ideologischen wie auch aus wirtschaftlichen Gründen wird man versuchen, ihnen unterschiedliche *Statuten* zu geben, ungeachtet der geschaffenen Situationen (insbesondere der post-kolonialen Situationen) und der (insbesondere in Helsinki) gegebenen Versprechungen.

Was sich also abzeichnet, ist ein europäischer „melting pot" (oder ein hierarchischer Komplex ethno-sozialer Gruppen), der an die amerikanische Situation zwar erinnert, sich aber von dieser gerade dadurch unterscheidet, daß er, statt das Verschwinden der Ursprungsnationalitäten zu meinen, auf deren Perpetuierung und Vervielfachung gründet.

Wenn diese Perspektiven zutreffen, bedeutet das eine Umkehrung des geschichtlichen Verlaufs von Jahrhunderten. Während Europa dreihundert Jahre lang seine politischen Modelle und die Folgen der Konfrontationen zwischen seinen Nationen und „Blöcken" in die ganze Welt exportiert hat, zeichnet sich nun das Gegenteil ab. „The world strikes back": Europa ist der Ort par excellence, an dem sich die politischen Probleme der ganzen Welt kristallisieren — wenn nicht das schwächste Kettenglied, so doch der neuralgische Punkt ihrer Widersprüche.

Wir kommen also zurück auf die Frage des Rassismus, wie er sich darstellt und entwickelt in einem solchen Rahmen. Ich bin immer mehr davon überzeugt, daß das, was wir hier haben nicht einfach eine Variante des ehemaligen Rassismus ist. Sondern es ist eine neue Konfiguration, die das umso mehr sein wird, weil sie die Originalität der sozialen Struktur der Kräfteverhältnisse widerspiegelt, die sich innerhalb Europas am Ende des 20. Jahrhunderts entwickeln.

Daher verändert sich jetzt der Sinn des Begriffs *Rasse* und seiner diversen Ergänzungen oder Substituten (wie Farbe, Kultur, Ethnizität, Exteriorität, Immigration, gelegentlich Religion etc.), wie er sich schon zwei oder drei Mal in der modernen Geschichte gewandelt hat. Doch damit sich ein solches Gebilde tatsächlich kristallisiert, indem es sich zugleich in der täglichen Wahrnehmung der „Unterschiede", der „Alterität" der Menschengruppen und in der technischen Sprache der Verwaltung, der Kommunikation und der Gesellschaftswissenschaften festsetzt, sind vermutlich drei Faktoren von vollkommen verschiedenem Typ notwendig:

1) Das Vorhandensein einer *Tradition* oder eines teils bewußten, teils unbewußten Schemas von *kollektivem Gedächtnis*, das mit der Geschichte der Institutionen und der Kultur verwoben ist und periodisch von historischen Ereignissen, die sein Andauern signalisieren, reaktiviert wird;

2) das aktuelle Vorhandensein einer *gesellschaftlichen Diskriminierungsstruktur*, die in den ökonomischen und Klassenverhältnissen notwendigen Funktionen erfüllt und zumindest teilweise der Organisation des Staates innewohnt;

3) schließlich eine institutionelle Krisen*konjunktur*, in der das Verhältnis der Institutionen zu den eigenen ideologischen Grundlagen und das für die „Identität" konstitutive Verhältnis der Individuen zur Institution heftig erschüttert sind, wodurch ein Phänomen

intellektueller und moralischer Unsicherheit produziert wird.

Tatsächlich können diese Elemente in der aktuellen Situation so gut wie überall in Europa ausgemacht werden. Zählt man sie auf, beginnt man *zugleich* zu begreifen, daß der Rassismus in Europa sehr tiefe, *permanente* Wurzeln und Grundlagen hat, und daß eine einzige Konjunktur vollständig genügt, damit er wieder zum *politischen* Phänomen wird.

Denn die europäische Kultur enthält ihrem Wesen nach zwei spezifisch rassistische *ideologische Schemata*, die in der Lage sind, fortwährend Effekte kollektiver Wahrnehmung zu produzieren: das koloniale Schema und das Schema des Antisemitismus. Wenngleich wohlbekannt, müssen hierzu einige Anmerkungen gemacht werden. Zunächst ist die „Dekolonisierung" weder vollständig gewesen noch wurde sie begleitet von einer kollektiven Bewußtseinsnahme dessen, was die „Aufteilung der Welt" unter die sogenannten „zivilisierten", in Wirklichkeit eher barbareiträchtigen Nationen bedeutet hatte. Und wenn die Kolonisierung im Kern ein europäisches Unternehmen gewesen ist, ist *auch* der Antisemitismus ein europäisches Phänomen gewesen. Ohne die Verurteilung des Nationalsozialismus im geringsten abzuschwächen, ist es an der Zeit, mit dem Mythos einer absoluten deutschen Besonderheit in dieser Beziehung Schluß zu machen: die Art und Weise, wie an beiden Enden des heutigen Europas, in den ehemals sozialistischen Ländern und in Frankreich, die Intensivierung des Nationalismus von der Rekonstituierung eines offenen Antisemitismus begleitet wird, kann uns leider die Augen öffnen. Es gibt auch andere Fremdenfeindlichkeiten, doch wenn die maximale Intensität des rassistischen Diskurses und Verhaltens dazu neigt, sich auf Bevölkerungen „arabisch-islamischen" Ursprungs zu fixieren, liegt es in meinen Augen zweifellos daran, daß hier eine *Kondensierung* des kolonialen und des antisemitischen Schemas stattgefunden hat.

Der Rückblick auf die traditionellen Schemata des europäischen Rassismus ist unerläßlich, wollen wir die *Paradoxa* der Beziehung zwischen rassistischer Ideologie und *nationalistischer* Ideologie analysieren können: meistens ist der Rassismus vom Blickpunkt des Nationalismus aus keineswegs *funktional*, im Gegenteil löst er in diesem zugleich nutzlose und störende Widersprüche aus. Allerdings gibt es praktisch kein historisches Beispiel eines Nationalismus *ohne* rassistischen Zusatz. Ich denke, daß der Rassismus eine „Flucht nach vorne" aus den Widersprüchen des Nationalismus darstellt, unter dem Druck seiner historischen Notwendigkeit bei gleichzeitiger praktischer Unmöglichkeit (in dem Sinn, daß kein einziger Nationalismus *realiter* sein Ideal einer gereinigten, vollkommen hegemonischen Gemeinschaft verwirklichen kann.) Doch diese Flucht nach vorne wäre nicht praktikabel, wenn sie nicht zugleich eine *Flucht nach hinten* wäre, das heißt, wenn die rassistischen Denkschemata nicht in der Vergangenheit des Nationalismus angelegt wären.

Davon abgesehen ist vollkommen klar, daß keinerlei Erklärung durch die Vergangenheit die Gründe wiedergibt, weshalb die rassistischen Schemata der nationalen, ethnischen und sozialen „Differenz" neu reaktiviert und kombiniert werden. *Zugleich* müssen also die *strukturellen Grundlagen* des gegenwärtigen Rassismus ausgemacht werden.

Am häufigsten analysiert worden ist die sozio-ökonomische Grundlage. Genauer ausgedrückt geht es um die *institutionelle Diskriminierung*, die in den Beschäftigungsstrukturen liegt, in der systematischen Verwendung eines Mechanismus der *Differentialreproduktion der Arbeitskraft* durch den Kapitalismus: jedenfalls global gibt es eine Entsprechung zwischen den Qualifikationshierarchien, dem Anteil der ausländischen Arbeiter und den unterschiedlichen Reproduktionsweisen, die es dem Kapital ermöglichen, die Ausbildungskosten für die nicht qualifizierten Arbeiter einzusparen, indem man sie aus beherrschten Regionen der Weltwirtschaft kommen läßt, in denen es teilweise keine Handelsproduktion und keine „sozialen Rechte" gibt, die die Arbeiterbewegungen der „fortgeschrittenen Länder" seit über einem Jahrhundert durchgesetzt haben.

Jener Analyse, die mir in sich unanfechtbar scheint, möchte ich nur zwei Ergänzungen hinzufügen.

Zuerst trifft zu, daß die Differentialreproduktion der Arbeitskraft in der Geschichte des Kapitalismus ein konstantes Phänomen ist. Die sozialen und politischen Auswirkungen dieses Phänomens sind heute jedoch durch die Revolution, die in der Organisation und Funktion der *Kommunikationen* stattgefunden hat, modifiziert worden. Die heutige kapitalistische Welt ist nicht nur eine „Weltökonomie", sondern auch ein Raum weltweiter vereinheitlichter und monopolisierter Kommunikationen, in dem alle Bevölkerungen füreinander gewissermaßen unmittelbar „sichtbar" und in Kontakt miteinander sind. Demzufolge bleiben sich die *beiden* durch die kapitalistische Entwicklung kulturell und sozial getrennten *„Menschheiten"* nicht *äußerlich* (jene beiden entgegengesetzten Menschheiten, die sich die rassistische Ideologie als jene der „Untermenschen" und jene der „Übermenschen", jene der „Unterentwickelten" und jene der „Überentwickelten" vorstellt), nicht durch große Entfernungen getrennt und nur „am Rande" zueinander in Kontakt gesetzt. Im Gegenteil durchdringen sie zusehends einander innerhalb desselben Kommunikations- und Lebensraums. Der Ausschluß nimmt die Form eines *weltweiten inneren Ausschlusses* an, d.h. genau jene Gestalt, die seit Beginn der Moderne nicht allein den Fremdenhaß und die Angst vor dem Fremden, sondern den Rassismus als Angst und Haß vor einem anderen zugleich nahen und verschiedenen *Nachbarn* unterhält.

Die Entwicklung des Klassenrassismus, eingeschlossen die Länder, in denen eine internationalistische Tradition der Arbeiterbewegung existierte, entspricht dem Übergang von einer Phase der „extensiven" Akkumulation, in der die immigrierten Arbeiter massenhaft rekrutiert und auf bestimmte Tätigkeiten eingeschränkt worden sind, zu einer Phase der Krise und der Arbeitslosigkeit, der eine neue eher „intensive" Akkumulation folgt, die die nicht-qualifizierte Arbeit auf das Minimum reduziert. Diese Abfolge von Phasen ist im EG-Raum genau mit der relativen *Stabilisierung* der in den 50er und 60er Jahren importierten Bevölkerungen ausländischer Herkunft zusammengefallen (in Deutschland die Türken, in Frankreich die Maghrebiner): das heißt „Familienzusammenführung" und Aufkommen einer „zweiten", gar „dritten" Generation, die nicht mit denselben Mitteln wie die vorherige diskriminiert werden kann. Die Spaltung innerhalb der Arbeitskraft bleibt ein Klassenverhältnis, doch ist der Hauptaspekt tendenziell nicht mehr die *Überausbeutung*: es ist die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt im Kontext der Arbeitslosigkeit, es ist die *gemeinsame* Verarmung der Massen der „nationalen" und „ausländischen" Arbeiter und die Formierung der *Ghettos*, die eine „industrielle Reservearmee" beherbergen, oder um den Ausdruck von Julius Wilson zu benutzen, eine multi-ethnische und multi-kulturelle *underclass*. So kommt man auf das strukturelle Phänomen, das die aktuelle Phase charakterisiert und die Spannungen zwischen den Ausgebeuteten selbst pausenlos schürt: die *ethnische „Differenz" wird zwar global maximiert (im Weltmaßstab), doch lokal (im Stadtmaßstab) minimisiert*. Wenn man dieses Paradoxon nicht genau analysiert, kann man die Formierung des „Neo-Rassismus" nicht begreifen, insbesondere nicht den tendenziellen Übergang der (zur Zeit des Sklaventums und der Kolonisierung gebildeten) „biologischen" Stereotypen zu den „kulturellen" Stereotypen (die der Suche nach den „kleinen Unterschieden" zwischen gleichermaßen verarmten Proletariern entsprechen).

Doch diese Elemente von Analyse sind ungenügend. Sie abstrahieren von der wesentlichen *Vermittlung*, durch die in den modernen Gesellschaften ökonomische Tendenzen zu kollektiven Vorstellungen artikuliert werden: ich meine die *Rolle des Staates* bis in die Organisation der täglichen Beziehungen zwischen den Individuen und demzufolge die Auswirkungen der Krise der staatlichen Institutionen auf das „Massendenken".

Diese Dimension wirft uns auf die Frage der Verbindung zwischen Rassismus und Internationalismus und ihrer heutigen Form zurück. Ich schlage folgende These vor: grundsätzlich ist der moderne Rassismus nie eine bloße, auf die Pervertierung des kulturellen oder soziologischen Unterschieds gründende *Beziehung*

Foto: Abisag Tüllmann

zum Anderen, sondern eine *durch den Eingriff des Staates vermittelte* Beziehung zum Anderen. Oder noch besser (und hier verlangt eine grundsätzlich *unbewußte* Dimension konzeptualisiert zu werden): es ist *ein Konfliktverhältnis zum Staat, das auf abgelenkte Weise „erlebt" und auf eine Beziehung zum Anderen projiziert wird.*

Denn es ist der Staat, als Nationalstaat, der die „nationalen Minderheiten" oder pseudonationalen Minderheiten (ethnische, kulturelle, berufliche) real produziert. Ohne seinen juristischen und politischen Eingriff würden sie nur abstrakt bleiben. Erst von dem Zeitpunkt an existieren die Minderheiten real, an dem sie *kodifiziert* und *kontrolliert* werden. Genauso ist es der Staat, der seit über einem Jahrhundert eine Korrelation eingeführt hat, so strikt wie möglich (doch total kann sie nie sein), zwischen den Rechten der *Staatsbürgerschaft* oder der *Nationalität* und den individuellen oder kollektiven *sozialen* Rechten und damit selbst ein *„national-sozialer"* Staat geworden ist. Alle „fortgeschrittenen" Staaten, besonders die europäischen Staaten, sind national-soziale Staaten. Schließlich ist es der Staat, der kontradiktorisch das entwickelt, was man einen *verunsichernden Sicherheitsapparat* nennen könnte: das heißt einen Verwaltungs-, Polizei- und Justizapparat, der einen Teil der Bevölkerung schützen soll, indem er zugleich die Risiken für einen anderen Bevölkerungsteil anwachsen läßt, ohne daß die Trennungslinie zwischen beiden „Gruppen", beiden „Bevölkerungen" jemals klar gezogen werden kann, gerade dort, wo es notwendig wäre.[2] Beispielsweise führt der moderne Staat die „illegale" Zirkulation der ausländischen Arbeitskraft ein, um sie gleichzeitig zu unterdrücken ... So steht er selbst als Ursache seiner eigenen Präsentation da, als zugleich übermächtige und machtlose Maschine, eine für die Individuen tief traumatisierende Darstellung.

Unter diesen Bedingungen scheint mir die entscheidende Frage, über die wir weiter nachdenken müssen, folgende zu sein: *was ist heute der Staat in Europa?*

Zweifellos kann eine solche Frage nicht in einfachen Begriffen gestellt werden, denn sie umfaßt mehr als nur eine Dimension. Sie ist aber die entscheidende Frage zur Analyse des Rassismus, mit welchem wir zu tun haben, und zur Voraussage seiner Entwicklungslinien.

Auch hier ist das erste sich aufdrängende Kennzeichen ein *negatives*. Der Staat ist in Europa heute *weder national noch supra-national*, und weit davon entfernt zu verblassen, verschärft sich diese Zweideutigkeit mit der Zeit. Praktisch ist das, was in der *Aufteilung der Macht* zwischen der Ebene der „Nationalstaaten" und jener der „Gemeinschaftsinstitutionen" als eine Redundanz, als eine Konkurrenz der Institutionen untereinander erscheint, in Wirklichkeit eher ein tendenziell defizitärer oder Zerfallsprozeß des Staates: Machtdefizit, Verantwortungsdefizit, Öffentlichkeitsdefizit. Als Institution der Zentralisierung der Macht, der man die Verantwortung einer Politik zuschreiben kann und die eine (im doppelten Sinn des Wortes) öffentliche Vermittlung zwischen den Interessen und den gesellschaftlichen Kräften ausübt, neigt der „Staat" in Europa dazu, zu verschwinden. Man könnte es so ausdrücken, daß wir eine Phase der *„Privatisierung" des Staates* antreten, die von einem neuen Typus ist und als Multiplizierung und Überlagerung öffentlicher Institutionen erscheint.

Das ist vermutlich Ergebnis der Tatsache, daß es für einen grundsätzlich als *staatliche Institution eines Marktes* konzipierten Staats dieses Typus — was in der Geschichte ohne Präzedenz ist: es ist gewissermaßen die praktisch verwirklichte „liberale" Utopie — kein Vorläufermodell gibt. Umso weniger gibt es das,

als diese Utopie sich in einer historischen Epoche zu verwirklichen anschickt, in der der „freie" Markt nicht mehr existieren kann: jeder Markt ist heute unentwirrbar ein Kräfteverhältnis zwischen öffentlichen und privaten transnationalen Korporationen und eine zugleich *soziale* wie ökonomische Organisation. Und was am europäischen Aufbau sofort auffällt, ist genau die Tatsache, daß er *von einigen Reden abgesehen keine tatsächliche soziale Dimension* besitzt: der europäische Staat ist als Sozialstaat weder von den Marktkräften noch von den Regierungen gewünscht worden, unterschiedliche historische Gründe haben bewirkt, daß die Arbeiterbewegung ihn, als sie noch in der Lage war, Einfluß zu nehmen, nicht durchgesetzt (und auch nicht tatsächlich erwogen) hat. Da aber die Grenze zwischen *sozialem Recht* und *öffentlichem Recht* (bzw. anders ausgedrückt, zwischen „sozialer Staatsbürgerschaft" und „politischer Staatsbürgerschaft") heute unmöglich zu ziehen ist, bedeutet das, daß es keinen *„europäischen" Rechtsstaat* gibt.

Die Konsequenz dieser Lage der Dinge, die wir täglich beobachten und die in der uns hier beschäftigenden Frage allgegenwärtig ist, ist das, was man die Herrschaft des *Etatismus ohne Staat* bezeichnen könnte. Von einem „europäischen" Gesichtspunkt aus ist es Etatismus, d.h. die Kombination von repressiven Verwaltungspraktiken und kontingenten Schlichtungen zwischen Partikularinteressen, was als Staat gilt (und den Eindruck eines staatlichen Wucherns vermittelt). Das Überhandnehmen der Macht ist die Macht eines Vakuums. So sind alle Bedingungen versammelt für die Produktion und den Unterhalt eines kollektiven Gefühls von *identitärer Panik* (denn die Individuen, und besonders diejenigen, die am mittellosesten und am weitesten von der Macht entfernt sind, fürchten zwar den Staat, doch fürchten sie noch mehr sein Verschwinden und seinen Zerfall: das ist das, was die anarchistische und marxistische Tradition nie begriffen und wofür sie extrem teuer bezahlt hat.)

Man wird mich vermutlich fragen, welche Schlußfolgerungen ich aus diesen Vorschlägen zur Analyse des Rassismus ziehe, und vor allem welches praktische Verhalten wir ihm gegenüber entwickeln sollen. Sie maßen sich keine Originalität an, sondern sollen nur eine entschieden *politische* Herangehensweise an diese Frage begründen, was bedeutet, die Ziele und die Handlungsmittel des Anti-Rassismus nicht allein auf dem Gebiet der Ethik, der Ideologie und des gesellschaftlichen Handelns, sondern vor allem auf dem Gebiet der Politik zu suchen. Ich tue dies auch aus dem Gedanken heraus, daß es sich nicht um einen Teufelskreis, sondern um eine *Beziehung der Gegenseitigkeit* handelt: die Entwicklung des Anti-Rassismus als transnationale Bewegung in einem europäischen Raum, über den sie notwendig hinausgeht, enthält heute *einen Teil* der Erneuerungsperspektiven demokratischer Politik.

In Europa ist heute eine tendenziell rassistische Politik vorhanden. Aber existiert eine anti-rassistische *Politik*? Lediglich Versuche ... Und hier neige ich zu sagen: die anti-rassistischen Meinungsbewegungen werden erst dann tatsächlich politische werden, wenn sie sich auf europäischer Ebene organisieren oder koordinieren werden. Eine — besonders schwer zu verwirklichende — Bedingung hierfür ist, daß es den diskriminierten „Minderheiten" selbst auch *zuerst* gelingt, eine gemeinsame Sprache, gemeinsame Zielsetzungen zu finden und ihre Aktionen zu koordinieren.

Mit der Erinnerung, daß es heute *unmöglich* ist, weder von den Lebensbedingungen ausgehend noch vom Gesichtspunkt der Kultur und nicht einmal vom Standpunkt des Rechts, eine klare Trennungslinie zwischen „eingeborenen" und „fremden" Bevölkerungen zu ziehen, habe ich natürlich nahegelegt, daß hier einer der Herde des *Massenrassismus* oder Klassenrassismus liegt (besonders des Rassismus innerhalb der Arbeiterklasse). Das ist eine ziemliche Gefahr, sowohl für die Minderheiten *wie für die Demokratie im allgemeinen*. Aber es ist auch das — bleiben wir vorsichtig —, was die Rekonstituierung von politischen Klassenbewegungen *denkbar* macht. Die klassische Arbeiterbewegung war auf die Produktion zentriert und hatte als historische Voraussetzung und immer weniger effektiven Horizont den Internationalismus. Eine künftige anti-kapitalistische Massenbewegung im Europa von morgen hat gewiß als Voraussetzung einen effektiven Anti-Rassismus, was viel mehr ist als Internationalismus.

Dieser aber wird wiederum nicht in der Lage sein, sich selbst zu reflektieren, wenn nicht in all ihren Dimensionen und in der Bevölkerung selbst die Frage der *Staatsbürgerschaft in Europa* gestellt wird, die ganz einfach die *andere Seite des Problems des Staates in Europa* ist. Ich sage erneut Staatsbürgerschaft in *Europa*, um die Zweideutigkeiten der Idee von „europäischer Staatsbürgerschaft" und a fortiori der Idee der „Staatsbürgerschaft der Europäer" zu vermeiden (was allerdings erreicht wäre, wenn die Staatsbürgerschaft in Europa lediglich als die „Summe" der nationalen Staatsbürgerschaften betrachtet werden würde: aber genau das ist unmöglich).

Der politische Aspekt der Diskriminierungsstruktur im europäischen Raum oder des ethno-sozialen Komplexes, von dem ich anfangs sprach, ist der, daß es unabhängig von den offiziellen Grenzen im europäischen Raum faktisch Individuen gibt, die *Bürger* sind und andere, die *Untertanen* sind: aber die ersten sind *Bürger eines nicht-existierenden Staates*, und die anderen können in der Praxis nicht in einem Zustand der *absoluten Rechtlosigkeit* gehalten werden, es sei denn, man greift auf Formen der organisierten Gewalt zurück. Diese unhaltbare Situation wird genauso lange andauern, wie sich die Frage, *was ist das Volk in Europa*, in der Realität nicht durchsetzt, und das heißt: wie die *Volkssouveränität*, sofern sich Europa als Raum und Beispiel einer „demokratischen" Politik versteht, organisiert und gedacht wird.

Diese Frage wird aber viele weitere nach sich ziehen, die dazu gehören: die Frage der Universalität des Wahlrechts, nicht nur als solches, sondern als Symbols des *Rechts auf Politik* für alle und folglich des Rechts auf *demokratische Kontrolle* der staatlichen Organisationen und der Wirtschaftspolitik; die Frage der *kulturellen Gleichheit* zwischen den verschiedenen historischen Bevölkerungen, die in der Praxis zur Formierung der öffentlichen europäischen Meinung beitragen; die Frage der Äquivalenz von sozialen und bürgerlichen Rechten, die ich weiter oben angedeutet habe. Schließlich die Frage der Artikulation zwischen der *lokalen* Bürgerschaft (vor allem der urbanen) und der internationalen oder *transnationalen* Bürgerschaft. Wenn eine Ausweitung des Modells der nationalen Bürgerschaft oder des national-sozialen Staates auf den europäischen Maßstab unmöglich ist, müssen in der Tat andere politische Wege und andere juristische Formeln zur Intensivierung der bürgerlichen Beziehungen *über* die Nation *hinaus* und jenseits von ihr gefunden werden. Mit diesem langen Umweg über die Fragen der Theorie und der Aktualität habe ich nichts anderes beabsichtigt als die Bekräftigung des unauflösbaren Charakters dieser verschiedenen Erfordernisse.

übersetzt von Eva Groepler

Etienne Balibar

1 Hier sei angemerkt, daß die Frage einer *endogenen*, sich auf sich selbst beziehenden Definition der „Europäer" eine sehr neue Frage ist: bis Mitte des 20. Jahrhunderts betraf die Hauptbedeutung dieses Wortes die Kolonisatorengruppen in den jeweiligen kolonisierten Regionen in der übrigen Welt.

2 Das Wahnbild des *rassistischen Staates*, wie Hitler ihn eingeführt hatte, ist genau das: die Individuen der überlegenen Rasse sollten sich permanent in absoluter Sicherheit und die der unterlegenen Rasse in absoluter Unsicherheit fühlen; aber der Mechanismus neigt dazu, umgekehrt zu funktionieren: diejenigen, die aufgrund des Staates im Zustand der Unsicherheit sind, nehmen sich selbst als Angehörige einer „anderen Rasse" wahr und werden so wahrgenommen.

Foto: Abisag Tüllmann

SALVE.